

STUDIEN

FLUCHT UND VERTREIBUNG IM SYRIEN-KONFLIKT

**EINE ANALYSE ZUR SITUATION
VON FLÜCHTLINGEN IN SYRIEN
UND IM LIBANON**

Die vorliegende Veröffentlichung ist Ergebnis eines Forschungsprojekts zum Syrien-Konflikt, das zwischen August 2013 und April 2014 im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführt worden ist. Es wurde finanziert aus Sondermitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und ermöglichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstmals, sich intensiver mit den aktuellen Entwicklungen in Syrien und in den Nachbarländern zu befassen. Auf eine Nennung der Namen der syrischen und libanesischen WissenschaftlerInnen und AutorInnen, die vor Ort geforscht und die Studie erstellt haben, muss an dieser Stelle aus Sicherheitsgründen leider verzichtet werden.

Ziel des Projekts ist ein besseres Verständnis der humanitären Auswirkungen des Syrien-Konflikts und insbesondere der Lage der Millionen von Menschen, die im Zuge der gewalttätigen Auseinandersetzungen in den letzten Jahren vertrieben wurden beziehungsweise geflohen sind. Die Publikation konzentriert sich auf die Situation in Syrien und im Libanon, unter besonderer Berücksichtigung der Lage der palästinensischen Flüchtlinge. Zum besseren Verständnis der politischen Gesamtsituation und zur Einbettung der Flüchtlingsproblematik in übergreifende Prozesse ist der Studie ein Vorwort vorangestellt.

IMPRESSUM

STUDIEN wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Juli 2014

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALT

Vorwort – Ursachen und Hintergründe des Syrien-Konflikts	5
Einleitung	7
1 Flucht und Vertreibung innerhalb Syriens	9
1.1 Die wichtigsten Zufluchtsregionen und -orte	9
1.1.1 Die Lage der Flüchtlinge in Tartus	10
1.1.2 Die Lage der Flüchtlinge in Latakia	10
1.1.2.1 Spezifische Präferenzen bei der Niederlassung	10
1.1.2.2 Konfessionskonflikte	10
1.1.3 Die Lage der Flüchtlinge in Aleppo	12
1.1.4 Die Lage der Flüchtlinge in Damaskus.	13
1.1.4.1 Humanitäre Organisationen in Damaskus	13
1.1.4.2 Probleme politischer Natur.	13
1.1.4.3 Hindernisse bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe	14
1.1.5 Die Lage in Homs	14
2 Die Situation der PalästinenserInnen seit Ausbruch des Syrien-Konflikts	15
2.1 Palästinensische Flüchtlinge in der Arabischen Republik Syrien.	15
2.1.1 Die Verteilung der PalästinenserInnen und ihre Flüchtlingslager in Syrien.	16
2.1.2 Syrien und die Palästina-Frage	16
2.1.3 Die Verwicklung der palästinensischen Flüchtlingslager in den Syrien-Konflikt.	17
2.1.4 Binnenvertreibung und die aktuelle Situation in den Flüchtlingslagern	20
2.2 Die Reaktion der UNRWA auf den Notstand in den palästinensischen Flüchtlingslagern und auf die Binnenvertreibung in Syrien	21
2.3 Positionen der palästinensischen politischen Parteien und Organisationen zum Syrien-Konflikt	22
2.4 Die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon vor und während der syrischen Revolution.	26
2.4.1 Soziale und bürgerrechtliche Situation der palästinensischen Flüchtlinge	26
2.4.2 Sicherheitslage und politische Situation in den palästinensischen Flüchtlingslagern	28
2.5 Die palästinensischen Flüchtlinge: von Syrien in den Libanon	29
2.5.1 Die humanitäre Lage der palästinensischen Flüchtlinge aus Syrien	29
2.6 Die palästinensische Zivilgesellschaft	30
2.6.1 Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen palästinensischen Organisationen in Syrien.	31
2.6.2 Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen palästinensischen Organisationen im Libanon	32
3 Libanon und der Syrien-Konflikt	34
3.1 Syrische Flüchtlinge im Libanon	34
3.1.1 Beweggründe syrischer Flüchtlinge, «freundlich gesinnte Gegenden» des Libanon zu verlassen	35
3.1.2 Die Lage der Flüchtlinge in den schiitisch dominierten Gegenden.	37
3.1.3 Die Lage der Flüchtlinge in Beiruts südlichen Vororten	37
3.1.4 Die Lage der Flüchtlinge im Südlibanon	38
3.2 Gebrochene Zusagen der libanesischen Regierung	38
3.3 Die «neuen» Flüchtlinge und die politische Realität des Libanon – Versuch einer Einschätzung.	39
Abkürzungsverzeichnis.	41

VORWORT – URSACHEN UND HINTERGRÜNDE DES SYRIEN-KONFLIKTS

Nunmehr gehen die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien, deren humanitäre wie sicherheitspolitische Bilanz von Tag zu Tag verheerender wird, bereits in das vierte Jahr. Dieses zuvor als sehr stabil geltende Land stellt damit heute einen der gefährlichsten Krisenherde der Welt dar, der in vielerlei Hinsicht bereits für die gesamte Region des Nahen Ostens bedrohliche Ausmaße angenommen hat. Hier spielt sich eine der momentan größten menschlichen Tragödien ab – mit bereits um die 150.000 Toten und Millionen Entwurzelter. Selbst vor dem Einsatz international geächteter chemischer Waffen wird nicht zurückgeschreckt. Auch droht zusehends die Gefahr, dass sich zumindest Teile des Landes zu einer Hochburg dschihadistischer und anderer extremistischer Gruppierungen entwickeln.

Was Mitte März 2011 – inspiriert vom «Arabischen Frühling» in Tunesien und in Ägypten – als Aufruhr gegen staatliche Willkür in der Südprowinz Daraa begann, mündete alsbald in einen blutigen Bürgerkrieg, ausgelöst durch den von staatlichen Sicherheitskräften zu verantwortenden Schusswaffengebrauch gegen friedliche DemonstrantInnen. Im Land gährte schon vorher eine wachsende Unzufriedenheit mit dem in Syrien seit 1963 ununterbrochen an der Macht befindlichen Baath-Regime, das sich durch einen autokratischen Herrschaftsstil auszeichnet und in der arabischen Welt eine absolute Führungsposition beansprucht. Mit den in Daraa begonnenen Protesten, die sich bald auf das übrige Land ausweiteten, verband sich die Hoffnung, nun endlich auch in Syrien eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft herbeiführen zu können. Diese Hoffnung hat sich jedoch als trügerisch erwiesen, da der innersyrische Konflikt auffällig rasch von äußeren Interessen – globalen wie insbesondere auch regionalen – überlagert worden ist. Nicht nur militarisierte sich der Konflikt zusehends durch diese äußere Einflussnahme. Er nahm auch den Charakter eines Stellvertreterkrieges an, bei dem es um jeweils rivalisierende Bestrebungen nach einer politischen Neuordnung geht und bei der der «sunnitisch-schiitische Konflikt» eine entscheidende Rolle spielt.

Mit besonderer Vehemenz positionieren sich in der Region die Türkei, Katar und Saudi-Arabien als entschiedene Gegner des Assad-Regimes und Verbündete der mehrheitlich sunnitischen syrischen Opposition, die sie sowohl politisch, finanziell als auch militärisch unterstützen. Die Türkei unter Erdogan betreibt ein besonders riskantes Spiel. Wiederholt hat sie es darauf angelegt, als NATO-Mitglied einen Bündnisfall zu provozieren. Ebenso gefährlich ist ihre Unterstützung extremistischer Kräfte im Syrien-Konflikt wie zum Beispiel der Organisation Jabhat al-Nusra, die der al-Qaida nahestehen soll und bereits mit Giftgasangriffen in Verbindung gebracht worden ist. Für Saudi-Arabien zählt dagegen vor allem die Schwächung Irans, sei-

nes Hauptkonkurrenten um die Vormachtstellung in der mittelöstlichen Region, wobei das erzkonservative saudische Königshaus von einem besonderen religiös-ideologischen Eifer getrieben wird. Für die Hüter heiliger islamischer Stätten und Vertreter des Wahhabismus – eine besonders dogmatische Ausrichtung des sunnitischen Islam – kommt Irans Konzept von einem «schiitischen Halbmond» einem Dolchstoß gleich. Aus ihrer Perspektive ist der Sturz des Assad-Regimes eine willkommene Möglichkeit, den iranischen Einfluss in der Region einzuhegen und innerhalb der arabischen Welt, darunter in Syrien und Libanon, die machtpolitische Kräftebalance wieder zugunsten der SunnitInnen auszutariieren. Demgegenüber zeigten sich die Türkei und Katar – in Bezug auf Iran auf «Normalität» und die Fortsetzung ihrer guten Beziehungen bedacht – zwischenzeitlich sichtlich daran interessiert, Kräften des politischen Islam, insbesondere der Muslimbruderschaft, den Weg zur politischen Macht in Damaskus zu ebneten. Deswegen kam es bereits zur Belastung der diplomatischen Beziehungen zwischen Katar und Saudi-Arabien, da die Muslimbruderschaft den Saudis inzwischen als Terrororganisation gilt.

Die USA und ihren westlichen Verbündeten, darunter vor allen anderen Frankreich und Großbritannien, versuchen ebenfalls, den Syrien-Konflikt dafür zu nutzen, um die dortigen Machtverhältnisse in ihrem Sinne zu verändern. Das Assad-Regime ist ihnen nicht nur aufgrund seiner Nähe zu Russland, sondern insbesondere aufgrund seiner engen Verbindung zum Mullah-Regime in Iran sowie zur libanesischen Hisbollah schon seit Längerem ein Dorn im Auge. Damit erklärt sich die sofortige Parteinahme für die Aufständischen, denen man seit Beginn des Konflikts finanziell sowie logistisch (unter anderem mit Waffen und militärischer Ausbildung) massiv unter die Arme greift. Allerdings sieht es gegenwärtig so aus, als ob die von westlicher Seite unterstützte «Freie Syrische Armee» an Boden verlore, beschleunigt noch dadurch, dass sie sich in einer Art Zwei-Fronten-Krieg befindet: Auf der einen Seite kämpft sie gegen die regulären syrischen Streitkräfte, auf der anderen Seite wird sie von extremistischen und dschihadistischen Gruppen angegriffen, deren Kämpfer sich inzwischen aus 80 Ländern – darunter auch Deutschland – rekrutieren und sich auch untereinander bekriegen.

Selbstverständlich schlägt bei der bisherigen erfolgreichen politischen und militärischen Selbstbehauptung des Assad-Regimes in hohem Maße die Verlässlichkeit seiner ausländischen Verbündeten zu Buche. So hat Russland mit dem Gebrauch seines Vetorechts eine militärisches Eingreifen legitimierende UN-Sicherheitsratsresolution verhindert. Hinzu kommen weitreichende militärische, finanzielle und andere materielle Hilfen vonseiten Russlands

und des Irans, darunter im Land dringend benötigte Nahrungsmittellieferungen, die offensichtlich für das Regime eine tragende Säule bilden. Keinesfalls von geringerer Relevanz ist aus dessen Sicht schließlich noch die militärische Unterstützung der Hisbollah. Immerhin sind deren Kämpfer außerordentlich gut für den Nahkampf ausgebildet und laufen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur schiitischen Konfession nicht Gefahr, im militärischen Gefecht mit sunnitischen Oppositionellen in einen Glaubenskonflikt zu geraten, wie dies bei sunnitischen Soldaten der syrischen Armee der Fall sein könnte.

Nichtsdestoweniger aber verfügt das syrische Regime offensichtlich auch im Innern – vor allem unter AlawitInnen und ChristInnen, aber auch bei Teilen des städtischen sunnitischen Bürgertums – nach wie vor über einen nicht zu unterschätzenden Rückhalt. Das rührt nicht zuletzt daher, weil es der Opposition bislang nicht gelungen ist, eine akzeptable politische Alternative anzubieten, und sie sich zu unentschieden gegenüber radikalen Gruppierungen und Tendenzen verhält. Derweil versuchen sich die in den Nordprovinzen siedelnden syrischen KurdInnen, soweit dies möglich ist, aus dem Konflikt herauszuhalten. Stattdessen wollen sie in dem von ihnen als Rojava bezeichneten Gebiet einen lang gehegten Plan umsetzen: die Errichtung eines autonomen syrischen Teilstaates mit direkter kommunaler Demokratie. Allerdings müssen auch sie sich zunehmenden Angriffen seitens extremistischer Rebellen erwehren, weswegen sie großen Wert auf die Fähigkeit zur Selbstverteidigung legen.

Angesichts dieser überaus komplizierten Lage und aufgrund des extremen Leidens der syrischen Zivilbevölkerung, das mit den anhaltenden brutalen Kämpfen im Land verbunden ist, weiterhin auf militärische Mittel in diesem Konflikt zu setzen und ihn von außen noch anzuhetzen, nur um das Assad-Regime irgendwann doch noch von der Macht zu verdrängen, ist abenteuerlich und schlichtweg menschenverachtend. Zum einen scheinen Assad und seine AnhängerInnen weitere Menschenopfer und Zerstörungen billigend in Kauf zu nehmen, zum anderen droht eine kaum mehr zu kalkulierende Eskalation der Auseinandersetzungen. Daher kommt es nicht zuletzt darauf an, überall den zivilgesellschaftlichen Druck zu erhöhen, damit in Syrien endlich umgesteuert wird – weg von der militärischen Option hin zur konsequenten Suche nach politischen Lösungen. Beispielgebend dafür ist die Anfang März

2014 im österreichischen Schläining von der «Initiative for a Political Solution» organisierte Zusammenkunft von rund zwei Dutzend syrischen Oppositionellen unterschiedlichster und teilweise gegensätzlicher Provenienz. Der hier verabschiedete «Aufruf für den Frieden» enthält die Forderung nach einem Waffenstillstand zwischen allen Kriegsteilnehmern und nach dem Abzug aller ausländischen bewaffneten Kräfte von syrischem Territorium. Zugleich tritt die Initiative für eine «Friedenskonferenz» unter Beteiligung aller in den Konflikt involvierten Parteien ein, damit der humanitären Tragödie endlich Einhalt geboten werden kann und Syrien die Chance auf eine friedliche und demokratische Zukunft erhält.

Wie fürchterlich die Auswirkungen des Syrien-Konflikts bereits zum jetzigen Zeitpunkt sind, das verdeutlichen die nachfolgenden Ausführungen zur Flüchtlingskrise. Am Beispiel der syrischen und insbesondere der palästinensischen Zivilbevölkerung wird veranschaulicht, wie Flucht und Vertreibung nicht nur das normale tägliche Leben, sondern auch die physische Existenz von Millionen von Menschen bedrohen. Die Studie gibt auch einen Eindruck davon, welcher Druck auf den zivilgesellschaftlichen Hilfsorganisationen und den umliegenden Staaten lastet. So hat das kleine Nachbarland Libanon mit einer Gesamtbevölkerung von knapp 4,5 Millionen Menschen in den letzten Jahren schätzungsweise 1,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen – und gerät damit mehr und mehr an seine Belastungsgrenze.

Dagegen zeichnen sich die reichen Länder im Westen durch eine äußerst restriktive Aufnahmepolitik aus. So ist es gerade einmal 100.000 syrischen Flüchtlingen seit Ausbruch des Konflikts gelungen, nach Europa zu gelangen und dort einen Asylantrag zu stellen. Von den 28 EU-Staaten erklärte sich lediglich die Hälfte dazu bereit, überhaupt Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Auch Deutschland gibt diesbezüglich ein eher trauriges Bild ab. Von den 10.000 Flüchtlingen, zu deren Aufnahme sich die Bundesregierung bereit erklärt hatte, konnten aufgrund von formalen Hürden bis Anfang Juni 2014 lediglich 4.200 einreisen. Angesichts der Dramatik der Flüchtlingssituation vor Ort reicht diese «Bereitschaft» bei Weitem nicht aus. Das Ausmaß der humanitären Katastrophe in Syrien verlangt, dass unverzüglich weitere großzügigere und unbürokratischere deutsche und europäische Sonderprogramme aufgelegt werden.

EINLEITUNG

Vertreibung und Flucht zählen zu den vielfältigen tragischen Konsequenzen des Syrien-Konflikts. Schätzungen internationaler und lokaler Organisationen zufolge, die sich die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in Syrien zur Aufgabe gemacht haben, sind wegen der andauernden Gewalt und der Ausbreitung der Kampfhandlungen bislang circa 150.000 ZivilistInnen getötet und mehr als neun Millionen Menschen vertrieben worden. Unzählige Häuser, ja ganze Stadtviertel sind zerstört, und Orte, wo früher ZivilistInnen lebten, sind heute Schauplatz brutaler Kämpfe zwischen den Kräften der regulären syrischen Armee, verschiedenen Milizen und islamistischen Gruppierungen. Die Bevölkerung, die zurückgeblieben ist, leidet vielerorts unter einem akuten Mangel an Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung sowie unter ständiger Angst, Drangsalierung und Belagerung. Den meisten BewohnerInnen von Aleppo, Homs, Damaskus, Deir al-Zor und al-Riqqah ist nichts anderes übriggeblieben, als ihre Heimat zu verlassen, um sich und ihre Familien in Sicherheit zu bringen.

Viele SyrierInnen sind in die Gebiete des Landes geflüchtet, die sich noch unter der Kontrolle des syrischen Regimes befinden. Andere flüchteten in die Nachbarstaaten Jordanien, Libanon, Irak und in die Türkei, aber auch in andere Teile der Welt. Dennoch: Diejenigen, die in «sichereren» Städten innerhalb Syriens wie Latakia und im Libanon untergekommen sind, stellen die große Mehrheit der im Zuge des Konflikts heimatlos Gewordenen dar. Daher widmet sich der erste Teil der Studie dem Thema Flucht und Vertreibung aus innersyrischer Perspektive und dokumentiert die Lage in den wichtigsten Zufluchtsregionen und -orten des Landes.

Einbezogen in die Untersuchung sind verschiedene syrische Städte, allerdings steht die Stadt Latakia aus mehreren Gründen in diesem Bericht im Vordergrund. Zum einen ist Latakia die Stadt, die die größte Zahl an Vertriebenen aufgenommen hat, was ihre Bevölkerungsstruktur erheblich verändert hat. Zum anderen ist Latakia – und damit steht der Ort stellvertretend für das gesamte Küstengebiet Syriens – eine Hochburg des syrischen Regimes. Die Region um Latakia gilt als überaus regimetreu. Aus ihr kommt die Mehrheit der Milizmitglieder, die aufseiten der Truppen des Assad-Regimes kämpfen. Zudem ist Latakia insofern von besonderem Interesse, als sie die einzige Region innerhalb Syriens ist, in der noch eine Koexistenz der verschiedenen Konfessionsgruppen gegeben ist. In anderen Teilen Syriens fanden dagegen bereits umfassende religiöse Säuberungen in Form von gewaltsamen Vertreibungen und Massakern statt.

Der zweite Teil des Berichts beschäftigt sich mit dem Schicksal einer ausgewählten Bevölkerungsgruppe Syriens, nämlich den PalästinenserInnen. Es ist nämlich davon auszugehen, dass sich deren bereits vor

dem Beginn der Auseinandersetzungen prekäre Lage in Syrien, aber auch in den Nachbarländern, im Laufe der Kämpfe noch verschlechtert hat. Zunächst beschreiben wir die allgemeine Situation der PalästinenserInnen in Syrien, inklusive des Verhältnisses des syrischen Regimes zur Palästina-Frage und seiner Beziehungen zu den verschiedenen politischen Organisationen und Fraktionen der PalästinenserInnen. Auch die Wandlungen, die dieses Verhältnis seit Beginn der Syrien-Krise durchlaufen hat, und deren Auswirkungen auf die Lage der palästinensischen Bevölkerung in Syrien werden erörtert. Zudem beinhaltet dieser Teil des Berichts auch einen Überblick zu den Zufluchtsorten von PalästinenserInnen in Syrien seit Beginn des Krieges, zu ihrer geografischen Verteilung im Libanon und zu den Stellungnahmen der verschiedenen palästinensischen politischen Fraktionen.

Der dritte Teil Berichts befasst sich mit den Auswirkungen der Syrien-Krise auf das Nachbarland Libanon, insbesondere auf die Grenzgebiete zu Syrien, und stellt die Reaktionen der libanesischen Regierung auf diese Entwicklungen dar. In diesem Teil wird auch der Frage nachgegangen, wie die libanesische Hisbollah an dem Krieg in Syrien beteiligt ist, besonders nach dem Beschluss der Miliz, die syrische Armee in ihrem bewaffneten Kampf gegen die syrische Opposition zu unterstützen. Das ist deswegen wichtig, um zu verstehen, wie syrische Flüchtlinge im Libanon aufgenommen werden, wie sich ihre Beziehung zur libanesischen Gesellschaft im Allgemeinen gestaltet und insbesondere zur Hisbollah, die nun offiziell an den Kampfhandlungen in Syrien beteiligt ist. Allerdings wäre es notwendig, diesen Aspekt des Konflikts – die Verwicklung der Hisbollah in den Syrien-Konflikt sowie die Rolle islamistischer Gruppierungen – aufgrund seiner Komplexität noch intensiver zu verfolgen, was im Rahmen dieses Forschungsprojekts nicht möglich war. Hierfür bedürfte es einer weiteren umfassenden Studie, die mehr Zeit in Anspruch nehmen und eine andere Vorgehensweise bei der Recherche benötigen würde. Wir hoffen, diese in der nahen Zukunft durchführen zu können.

Dem Projektteam ist es gelungen, eine beachtliche Menge an Informationen zu den Ereignissen und Entwicklungen in Syrien und im Libanon zusammenzutragen. Allerdings ist zu erwähnen, dass die schwierige Sicherheitslage in vielen der umkämpften, aber auch der Fluchtregionen sowie die Brisanz der verschiedenen Themen, die Gegenstand dieses Berichts sind, eine noch umfassendere Erhebung zu den Lebensbedingungen der Vertriebenen und Geflohenen in den beiden Untersuchungsländern Syrien und Libanon verhindert hat. So ist uns etwa der Zugang zu manchen der palästinensischen Flüchtlingslager verwehrt geblieben. Außerdem konnten wir nicht so viele Interviews, wie ursprünglich geplant, durchführen.

An dieser Stelle möchten wir auch noch auf die im Kontext des Syrien-Konflikts und der regionalen Entwicklungen sehr wichtige Kurdenfrage hinweisen. Die syrischen KurdInnen sind gegenwärtig die einzige Bevölkerungsgruppe im Land, die auf eine Art «föderalistischer Lösung» für ihre Siedlungsgebiete hoffen kann, auch wenn diese momentan noch umkämpft sind. Das Projektteam hat jedoch bewusst darauf ver-

zichtet, die dortigen Entwicklungen näher zu betrachten, zum einen, weil diese schon an anderer Stelle im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung untersucht worden sind, und zum anderen, um ausführlich auf wichtige Aspekte der Syrien-Krise und ihre Dynamik eingehen zu können, die ansonsten in der Fachliteratur und der Berichterstattung nicht genügend beachtet werden.

1 FLUCHT UND VERTREIBUNG INNERHALB SYRIENS

Schätzungen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) zufolge¹ gibt es ungefähr 6,5 Millionen Binnenvertriebene in Syrien (dazu werden alle Personen gerechnet, die gezwungen waren, ihren ständigen Wohnort bzw. ihren Hauptwohntort zu verlassen, und sich noch auf syrischem Boden aufhalten). Andere Schätzungen liegen sowohl über als auch unter diesem Wert. Die Hauptfluchtursachen in Syrien sind die Angst ums nackte Leben, die Angst vor Gefechten, denen immer wieder ZivilistInnen zum Opfer fallen, aber auch vor einem Wechsel der militärischen Kontrolle über Wohngebiete, die Racheaktionen an ZivilistInnen zur Folge haben können. Viele ZivilistInnen haben ihre Häuser und ihre Existenzgrundlagen verloren und werden diese, zumindest solange die Kämpfe anhalten, auch nicht wieder aufbauen können.

Die Lage der alawitischen Bevölkerung unterscheidet sich von der der sunnitischen Bevölkerung. Der Beweggrund zur Flucht für AlawitInnen ist hauptsächlich ihre Angst vor Racheakten der Opposition, die alle AlawitInnen mit dem syrischen Regime in Verbindung bringt beziehungsweise mit ihm gleichsetzt. AlawitInnen flüchten meist in Gebiete, in denen schon vorher andere AlawitInnen ansässig waren und wo sie unter Umständen auch Verwandte haben und über Eigentum verfügen (dies trifft vor allem auf die alawitische Stadtbevölkerung zu, da AlawitInnen, historisch betrachtet, meist in den Bergregionen Syriens heimisch sind). Im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen mögen die durch die Vertreibung verursachten Leiden für die Gruppe der AlawitInnen eher gering ausfallen. Allerdings ist zu erwarten, dass die Binnenvertreibung der AlawitInnen dauerhafter sein wird als bei den meisten anderen Volksgruppen.

Es gibt aber auch AlawitInnen, die aus Angst vor der militärischen Einnahme ihrer Dörfer und historischen Siedlungsgebiete durch die Opposition fliehen mussten und nun als Vertriebene in Städten der Umgebung oder in weiter entfernten Dörfern leben müssen. Die Vertreibung dieser Gruppe der AlawitInnen ähnelt somit der Vertreibung der sunnitischen Bevölkerung. Allerdings besteht ein Unterschied darin, dass SunnitInnen im Allgemeinen ein größerer Fluchtraum zur Verfügung steht als AlawitInnen. Überall außerhalb der Küstenregion Syriens und ihrer historischen Heimatregionen müssen AlawitInnen inzwischen um ihr Leben und um ihre Existenz fürchten.

Andere Gruppen von Binnenvertriebenen nannten als Gründe für ihre Flucht die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten und die Nichtverfügbarkeit von Grundnahrungsmitteln in den Gegenden, in denen sie bislang wohnten. Grundsätzlich kann in Bezug auf deren soziale Lage zwischen drei Gruppen von Vertriebenen/Geflohenen unterschieden werden:

1. Finanziell gut positionierte Flüchtlinge: Diese Gruppe ist eine Minderheit unter den Vertriebenen in

Syrien. Sie konnte es sich leisten, in anderen Teilen des Landes Häuser zu kaufen oder neue Geschäfte (meist im Großhandel) oder Werkstätten zu eröffnen. Dabei greifen sie oftmals auf lokale Beziehungen und Geschäftspartner zurück. Dieser Gruppe geht es im Vergleich zu den anderen Gruppen relativ gut.

2. Große Gruppen von meist weniger begüterten Flüchtlingen aus verschiedenen Orten, aber hauptsächlich aus Aleppo, die sich mithilfe von «Weiterempfehlungen der Sicherheitsbehörden» in Regionen, die vom Assad-Regime kontrolliert werden, niedergelassen haben. Vielen werden von staatlichen Stellen eingestellt, um ihnen ein Einkommen zu ermöglichen. Ungefähr 30 Prozent der Binnenvertriebenen gehören dieser Gruppe an. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie notwendigerweise alle regimetreu wären, denn die Regierung verfolgte gezielt die Strategie, Vertriebene abzufangen und von einer Flucht ins Ausland abzuhalten und somit internationalem Druck zu entgehen.

3. Alle anderen, die seit 2011 Opfer willkürlicher Vertreibung geworden sind. Anfangs flohen die Vertriebenen vornehmlich in Gegenden, die ihnen aufgrund der sozialen Strukturen (zum Beispiel aufgrund eines sunnitischen Umfelds) vertraut waren. Später flohen die Vertriebenen weiter in alle Landesteile, in denen sie Aufnahme fanden.

1.1 DIE WICHTIGSTEN ZUFLUCHTSREGIONEN UND -ORTE

Die beiden Küstenstädte Latakia und Tartus haben mit drei Millionen Menschen die deutliche Mehrheit (etwa 75 Prozent) aller Binnenvertriebenen aufgenommen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass ihnen das gelang, ohne Lager zu diesem Zweck errichten zu müssen.² Die Anzahl der Neuankömmlinge übersteigt die ursprüngliche Einwohnerzahl der Küstenorte inzwischen um ein Vielfaches. Sie vermischen sich mit der ursprünglichen Bevölkerung sowohl in den Städten als auch in den Dörfern. Trotz der extrem angespannten politischen Lage, einschließlich der religiösen und konfessionellen Aspekte des Konflikts, kam es während der Aufnahme der Geflohenen zu keinen größeren Zwischenfällen. Dass dies alles andere als selbstverständlich ist, zeigt der Blick auf die jordanischen Reaktionen auf die Ankunft von syrischen Flüchtlingen und die Errichtung des Flüchtlingslagers Tal al-Za'tari an der jordanisch-syrischen Grenze.

¹ Vgl. Al Jazeera (UNO fordert 6,5 Milliarden US-Dollar Hilfe für syrische Flüchtlinge), 16. 12. 2013, unter: <http://aljazeera.net/home/print/f6451603-4dff-4ca1-9c10-122741d17432/6c7eea70-3558-4b91-993a-89f5594d43f0>. ² Nur im Stadion der Stadt Latakia wurde ein Auffanglager für Flüchtlinge errichtet, und zwar für die erste Welle der aus Aleppo kommenden Binnenvertriebenen. Dieses Lager besteht bis heute.

1.1.1 Die Lage der Flüchtlinge in Tartus

Im Gouvernement Tartus haben alle Städte und Regionen Flüchtlinge aufgenommen: entlang des Küstenstreifens in Arab al-Shate', Dreikisch, Safita, al-Scheikh Bader, al-Qadmus, Baniyas und in den umliegenden Dörfern. Sie wurden in alten, oftmals leer stehenden oder für den Abriss bestimmten öffentlichen Gebäuden untergebracht, wie zum Beispiel in denen des Hafens- und Seeverkehrsamtes al-Tawkilat, al-Muhandisin, al-'Aqarat al-Qadimah und al-Shu'un wal Ta'minat al-Qadimah. Weitere Gebäude, in denen nicht wie vorgesehen investiert wurde (z. B. das Gebäude der Nationalen Pfadfinder), werden als Unterkunft verwendet, aber auch leer stehende Fabriken (z. B. die alte Seidenfabrik in Dreikisch), Sporthallen etc. Binnenvertriebene hausen auch in Fabriken, die noch in Betrieb sind und in die täglich ArbeiterInnen strömen. In dem Hauptgebäude der «Behörde für Soziales und Arbeit» sind mehr als 350 Familien untergebracht.

1.1.2 Die Lage der Flüchtlinge in Latakia

Lokalen ExpertInnen zufolge, mit denen wir im Laufe dieses Projekts Interviews geführt haben, schätzen, dass mehr als 1,5 Millionen Binnenvertriebene aus ganz Syrien Zuflucht in der Stadt Latakia gefunden haben. Die Mehrheit dieser Vertriebenen stammt aus den nördlich von Latakia gelegenen ländlichen Gegenden (Salma, Kansba, al-Hiffa etc.) und aus Aleppo und Idlib. Einige Vertriebene stammen auch aus dem Gouvernement al-Riqqah und aus al-Qamischli im Gouvernement al-Hasakeh. Dennoch ist festzuhalten, dass die Mehrheit derjenigen Vertriebenen, die aus den weiter entfernten Gebieten Syriens kommen, ChristInnen sind.

Auch in Latakia übersteigt die Anzahl der Neuankömmlinge die Anzahl der ursprünglichen BewohnerInnen, die im Jahr 2010 vom zentralen Statistikamt in Syrien auf 983.000 geschätzt wurde.³ Da die meisten der in Latakia aufgenommenen Binnenvertriebenen sunnitische Muslime und Muslime sind, hat sich die Zusammensetzung der lokalen Bevölkerung zugunsten der SunnitInnen verschoben, die inzwischen die Mehrheit stellen. Es wird sich zeigen, ob diese aus der jetzigen Notsituation heraus entstandenen Veränderungen permanenter Natur sein werden.

Ein gegenläufiger Trend relativiert diese demografische Verschiebung: Eine große Zahl alawitischer Familien ist inzwischen aus verschiedenen Gebieten Syriens in ihre historische Heimat in Latakia zurückgekehrt. Es ist anzunehmen, dass diese Rückkehr eines Teils der ehemaligen Bevölkerung dauerhafter sein wird als die Zuwanderung der sunnitischen Muslime und Muslime. Denn es ist zu erwarten, dass die sunnitischen Familien gegebenenfalls irgendwann in ihre ehemaligen Wohnorte zurückziehen werden. Dass die gerade nach Latakia zurückgekehrten alawitischen Familien zukünftig ihren Lebensmittelpunkt wieder außerhalb der Region finden werden, erscheint dagegen eher unwahrscheinlich.

1.1.2.1 Spezifische Präferenzen bei der Niederlassung

Die Hauptzufluchtsorte von Binnenvertriebenen in der Provinz Latakia sind al-Raml al-Janubi, al-D'atur, Saqqubin, Quneinis, al-Shate' al-Azraq und al-Ra'ed al-'Arabi Chalets sowie al-Basiet und al-Badrusiyyeh. Mit Hauptzufluchtsorten sind diejenigen Gegenden gemeint, in denen Binnenvertriebene in öffentlichen Gebäuden unterkommen, insbesondere in Schulen, oder wo sie sich weitgehend in die Viertel und Nachbarschaften integrieren, entweder dadurch, dass sie Wohnungen mieten oder Familien gefunden haben, die sie aufnehmen. Nur in seltenen Fällen sind Vertriebene in der Lage, eine Wohnung zu kaufen. Das einzige Auffanglager für Flüchtlinge in Latakia befindet sich im Stadion der Stadt.

Hierzu ist anzumerken, dass die Verteilung der Binnenvertriebenen auf diese Gegenden nicht willkürlich erfolgt, sondern vielmehr spezifischen Präferenzen der Vertriebenen entspricht. Die sunnitischen Flüchtlinge aus den ländlichen Regionen nördlich von Latakia bevorzugen es, sich in der Gegend von al-Raml al-Janubi niederzulassen, während die AlawitInnen aus denselben ländlichen Gebieten es vorziehen, zu ihren Verwandten in den vorwiegend alawitischen Stadtteilen von Latakia zu ziehen (wie z. B. die Stadtteile al-Da'atur, Saqqubin und al-Zaqzaqaniyyeh). AlawitInnen, die keine Verwandten in Latakia haben, wurden anfangs in zwei Flüchtlingszentren untergebracht (in der Märtyrer-Talal-Yassin-Schule und in der Märtyrer-Rafiq-Skeif-Schule in der Gegend von al-Raml al-Schamali). Später dann fanden sie Zuflucht in der Gegend von al-Junde-riyyeh, nahe der Stadt Latakia. Die aus Aleppo geflohenen Menschen wiederum bevorzugten es, sich in der Nähe des Meeres niederzulassen (in al-Shate' al-Azraq und al-Ra'ed al-'Arabi Chalets, al-Basiet und al-Badrusiyyeh). Zudem stammen fast alle Flüchtlinge, die im Lager im Latakia-Stadion untergebracht sind, aus Aleppo. Christliche Flüchtlinge wiederum bevorzugten Zufluchtsorte, die ihrer gewohnten Umgebung ähnlich sind. Das heißt, es zieht sie vornehmlich in die christlichen Stadtteile von Latakia wie zum Beispiel Mar Taqla und al-Amrikan, sie lassen sich aber auch in den alawitischen Stadtvierteln nieder.

1.1.2.2 Konfessionskonflikte

Auf dem Wohnungsmarkt in Latakia – sei es bei der Vermietung oder beim Verkauf von Häusern oder Wohnungen – spielen Religion und konfessionelle Zugehörigkeiten eine wichtige Rolle. Die meisten lehnen den Verkauf von Eigentum ab, wenn der potenzielle Käufer einer anderen Konfession angehört. Selbst in Fällen, in denen ein Hausbesitzer in Latakia dazu bereit wäre – zum Beispiel weil der versprochene Preis verlockend ist oder weil er eine auf konfessionellen Kriterien beru-

³ Veröffentlichung der vorläufigen Statistik für das Jahr 2012 für Latakia auf der Website der regierungsnahen Zeitung al-Wahdah, unter: http://wehda.alwehda.gov.sy/___archives.asp?FileName=6014660520121224230419.

hende Diskriminierung ablehnt –, ist der soziale Druck durch Nachbarn und Bekannte enorm, nicht an Angehörige anderer Religionen oder Konfessionen zu vermieten oder zu verkaufen.

So ist es inzwischen in Latakia auch zur Regel geworden, nur noch Immobilien in solchen Stadtteilen zu erwerben, in denen die eigene Religions- bzw. Konfessionsgruppe die dominante ist. Dadurch hat sich eine Dynamik verstärkt, die als konfessionelle Abschottung bis hin zur Segregation der lokalen Bevölkerung nach religiöser Zugehörigkeit bezeichnet werden kann. Dennoch ist auch hier durch den Zuzug von Flüchtlingen ein Trend zu beobachten, der einer strikten Trennung der verschiedenen Religions- bzw. Konfessionsgruppen in der Stadt ein Stück weit zuwiderläuft. Viele der vertriebenen SunnitInnen suchen nämlich auch Zuflucht in alawitisch geprägten Stadtteilen und Gegenden,⁴ obwohl auch hier die Mehrheit sunnitisch dominierte Stadtteile bevorzugt.

Es ist auch zu beobachten, dass eine große Anzahl von AlawitInnen ihr Gewerbe und ihre Geschäfte (Arztpraxen, Ingenieur- und Immobilienbüros, Läden etc.) inzwischen aus dem vorwiegend von SunnitInnen bewohnten Stadtzentrum in die eher alawitisch geprägten Viertel am Stadtrand verlegt hat. Der Grund hierfür ist, dass es die alawitische Bevölkerung zunehmend vermeidet, sich in der Innenstadt Latakias aufzuhalten. Die sunnitischen Gewerbetreibenden haben auf diese Entwicklung mit der Eröffnung von Filialen (zusätzlich zu ihren Hauptgeschäften im Zentrum) in den vorwiegend von AlawitInnen bewohnten Außenbezirken reagiert, um so den durch die reduzierte Kundschaft hervorgerufenen Einkommensverlusten entgegenzuwirken. Manche reiche AlawitInnen haben auch ganze Märkte in den alawitischen Vierteln am Rande der Stadt eröffnet, um der dort ansässigen Bevölkerung den Gang in die Innenstadt und den Einkauf bei sunnitischen Händlern zu «ersparen». Auch Krankenhäuser wurden in diesen Gegenden neu gebaut. Sie versorgen nun einen Teil der lokalen Bevölkerung, der vorher in den innerstädtischen Hospitälern behandelt worden wäre.

Neben der Konfessionszugehörigkeit gibt es auch politische Überzeugungen und Affiliierungen, die einen Einfluss darauf nehmen, wo sich Flüchtlinge niederlassen. Zum Beispiel stehen viele der Vertriebenen aus Aleppo und al-Riqqah dem syrischen Regime nah, was die Tendenz unter ihnen verstärkt, in alawitischen Gegenden Zuflucht zu suchen. Politische Differenzen können auch zu Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen von Geflüchteten führen, so zum Beispiel zwischen denen, die aus Aleppo und al-Riqqah stammen, einerseits und den SunnitInnen, die aus Idlib und den ländlichen Gebieten im Norden der Provinz Latakia vertrieben wurden, andererseits. So werden MitarbeiterInnen von Einrichtungen zur Unterstützung von Flüchtlingen jeden Tag zu Zeugen von heftigen Streitigkeiten, Beschimpfungen und gegenseitigen Erniedrigungen.

Wichtig ist jedoch zu erwähnen, dass im Vergleich zum Beginn des Konflikts die Feindseligkeiten zwischen Angehörigen verschiedener Konfessionen und Glaubensrichtungen in Latakia stark zurückgegangen sind. Als die Proteste der Oppositionsbewegung begannen, reagierten Teile der alawitischen Bevölkerung mit offenem Hass. Es kam zu einem Boykott sunnitischer Händler. Zugleich wurde ein Landwirtschaftsmarkt in Jibleh speziell für alawitische Bauern eröffnet – so wie zuvor schon in Banias. Dass der religiöse Hass nicht weiter eskalierte, sondern sich eher abgeschwächt hat, ist darauf zurückzuführen, dass es im Gouvernement Latakia im Vergleich zu anderen syrischen Gebieten bislang eher ruhig geblieben ist. Trotzdem wird es jahrelanger intensiver Bemühungen bedürfen, um das verloren gegangene Vertrauen zwischen den verschiedenen Konfessionen in Latakia wiederherzustellen.

Es wird in Latakia wahrscheinlich noch zu weiteren Veränderungen kommen, mit dem Ergebnis, dass die AlawitInnen dort nicht länger die Bevölkerungsmehrheit stellen werden. In Anbetracht der Gewalt, die Syrien heute erlebt, bleibt Latakia nur die Wahl zwischen zwei Entwicklungswegen. Der erste Weg besteht darin, sich an anderen syrischen Regionen mit einer ähnlich gemischten Bevölkerungsstruktur ein Beispiel zu nehmen, wie zum Beispiel Homs, und dementsprechend auf eine friedliche Koexistenz aller Volksgruppen hinzuwirken. Gelingt es nicht, den ersten Weg einzuschlagen und sich von dem Hass zu befreien, dann bliebe noch der zweite: Latakia würde in einen Teufelskreis von Konflikten und Gewalt hineingeraten, mit katastrophalen Folgen für alle dort lebenden Menschen.

Die Zusammensetzung der Bevölkerung in Latakia ähnelt zwar der in Homs, ist aber in einer Hinsicht weit aus «explosiver». Latakia ist die Heimat des syrischen Präsidenten und seiner wichtigsten Gefolgsleute, das heißt der bedeutendsten Köpfe der syrischen Sicherheits- und Militärinstitutionen. Latakia ist auch der letzte Rückzugs- und Zufluchtsort für den alawitischen Teil der Bevölkerung. Es ist daher zu erwarten, dass die Reaktionen der AlawitInnen extrem gewalttätig ausfallen würden, sollten sie sich in ihrer Heimat, den Provinzen Latakia und Tartus, bedroht fühlen. Der Kampf um diese beiden Gouvernements wäre einer auf Leben und Tod. Aufgrund dessen ist auch anzunehmen, dass die Kämpfe, wenn sie denn ausbrechen sollten, die brutalsten sein würden in diesem schon über Jahre anhaltenden Konflikt.

Bislang deuten alle Entwicklungen jedoch darauf hin, dass sich Latakia auf dem Weg der friedlichen Koexistenz befindet. Eine Bestätigung hierfür fanden wir auch in den Aussagen und Erklärungen etlicher BewohnerInnen. Sie machen sich aber auch Gedanken über die Hintergründe der relativen Stabilität, in der

⁴ Die sunnitischen Binnenvertriebenen, die Zuflucht in alawitischen Gegenden suchen, glauben, dass diese Gegenden vor Bombardierungen verschont bleiben werden, falls es zu Kämpfen in Latakia kommen sollte. Außerdem bevorzugen auch einige Binnenvertriebene diese Gegenden wegen der dort vorherrschenden freien und liberaleren Lebensart.

sie leben. Hängt die besondere Lage in Latakia damit zusammen, dass die bewaffnete Opposition es bislang nicht gewagt hat, diese Hochburg des Assad-Regimes anzugreifen? Oder hat es zwischen den beiden sich bekämpfenden Seiten etwa Absprachen gegeben, dieses Gebiet von politisch-militärischen Kämpfen zu verschonen? Die sunnitische Bevölkerung in Latakia will auf jeden Fall verhindern, dass der Konflikt diese Gegend erreicht. Sie lehnt es deshalb auch ab, die bewaffneten sunnitischen Oppositionsgruppen mit ihren Söhnen und Männern oder auch nur logistisch zu unterstützen. Ihre Überlegungen sind legitim und auch deswegen von Bedeutung, weil es anderenorts, zum Beispiel in Aleppo, durchaus eine ähnliche Ausgangssituation gegeben hat. Die lokale Bevölkerung dort hatte zunächst auch versucht, ihre Stadt von militärischen Kämpfen freizuhalten, wurde dann aber doch in den tödlichen Konflikt hineingezogen.

Bislang sind zwei Anläufe bekannt geworden, mit denen versucht worden ist, auch die syrische Küstenregion zu einem Schauplatz von kriegerischen Auseinandersetzungen zu machen. Auch diesbezüglich gibt es viele offene Fragen und Zweifel. Der erste Versuch, in das Küstengebiet einzudringen, wurde wohl vor mehr als einem Jahr von der Stadt al-Hiffeh aus unternommen. Der zweite Versuch fand in den ländlichen Gebieten im Norden von Latakia Anfang August 2013 statt. Beide Versuche hatten zwei Gemeinsamkeiten: Erstens ignorierte das Assad-Regime die von der Opposition getroffenen Vorbereitungen zu einem Angriff, obwohl es davon aus der lokalen Bevölkerung zuvor in Kenntnis gesetzt worden war. Zweitens gelang es den Regierungstruppen, die von der Opposition eroberten Gebiete in Rekordgeschwindigkeit zurückzugewinnen. Zugleich verzichteten sie darauf, die Kämpfe fortzusetzen, um noch weitere Gebiete zurückzuerobern, die sich schon mehr als anderthalb Jahren unter der Kontrolle der Opposition befinden. Das erweckt den Anschein, als gäbe es im gegenseitigen Einverständnis festgelegte Frontlinien und weitere Absprachen zwischen den beiden Konfliktparteien, um eine Ausweitung des Bürgerkriegs in dieser Region zu verhindern.

In diesem Kontext muss auch erwähnt werden, dass sich die AlawitInnen in den Küstenprovinzen bislang im Großen und Ganzen eher zurückgehalten haben. Von ihnen gingen keinerlei gewalttätigen Reaktionen aus, auch dann nicht, als Bewaffnete der Opposition zwölf alawitische Dörfer im Norden Latakias angegriffen und dabei ZivilistInnen getötet und entführt hatten. Unter den Entführten befand sich auch eine angesehene Persönlichkeit der alawitischen Glaubensgemeinschaft. Von ihm kursierten zeitweilig in den sozialen Medien demütigende Fotos sowie Gerüchte, er sei ermordet worden. Trotz dieser Ereignisse kam es in der Provinz Latakia zu keinen Übergriffen auf die sunnitische Bevölkerung und auch nicht auf die zahlreichen sunnitischen Binnenvertriebenen. Dies zeigt, dass die Bevölkerung hier immer noch den Weg der friedlichen

Koexistenz und Konfliktvermeidung dem der gewalttätigen Auseinandersetzung vorzieht.

1.1.3 Die Lage der Flüchtlinge in Aleppo

Im Zuge der Operation zur Befreiung Aleppos, die Mitte Juli 2012 stattfand und von der Opposition «al-Furqan» genannt wurde, flüchteten ZivilistInnen massenhaft aus den Gebieten der Stadt, die unter die Kontrolle der kämpfenden Regimenter fielen. Von dieser Operation waren vor allem die östlichen und südlichen Gegenden der Stadt betroffen. Manche der BewohnerInnen flüchteten in sichere Orte innerhalb des Gouvernements Aleppo, andere brachten sich in der Küstenregion in Sicherheit.

In den Teilen von Aleppo, die vom Assad-Regime gehalten werden, herrscht ein relativ hohes Maß an Sicherheit, weil in diesen Gegenden nur eine einzige Gruppe die Gewalt ausübt, und das ist die reguläre syrische Armee. In den Gegenden, die die Opposition eingenommen hat, ist die Sicherheitslage deutlich schlechter, da verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Gesinnungen um Macht und Kontrolle rivalisieren. Diese Gruppen bestehen zu großen Teilen aus Unruhestiftern und Kleinkriminellen. Die reguläre syrische Armee kontrolliert den südwestlichen Bereich der Stadt (al-Hamdaniyyeh, einen Teil von Saif al-Dawleh, das neue Aleppo, al-Furqan, die al-Nil-Straße, al-Aschrafiyyeh, al-Syrian al-Jadidah, al-Sulaimaniyyeh, al-Midan, al-Jabiriyyeh) und auch Stadtteile im Herzen Aleppos wie das Viertel rund um den Hauptbahnhof (die Bagdad-Station), al-'Aziziyyeh, al-Hamidiyyeh und Tallal. Die Opposition hingegen dominiert den südöstlichen Bereich der Stadt (Hay al-Scha'ar und Hay al-Qaterji, al-Sakur, al-Fayd, Hay al-Salhiyyeh, Hay al-Firdaus) und die ländlichen Gebiete der Provinz.

Anfangs neigten die Menschen dazu, in die vom Regime kontrollierten Stadtteile zu ziehen. Nach einigen Monaten, mit dem Ende der Belagerung Aleppos, änderte sich dies, weil von nun an die von der Opposition eingenommenen Gebiete einen Zugang zur Türkei ermöglichten und dort wieder Handel betrieben und in den Industriebetrieben wieder produziert wurde. Die wichtigste Hilfsorganisation, die in Aleppo tätig ist, ist der Rote Halbmond. Einige weitere zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Jesuitenmission oder das Kloster Dear Vartan unterstützen ebenfalls Flüchtlinge. Den EinwohnerInnen, die sich zwischen den beiden Stadthälften bewegen wollen, steht nur ein einziger Übergang, nämlich der in Bustan al-Qasr, offen. Dieser wird abwechselnd von bewaffneten Soldaten beziehungsweise Kämpfern beider Seiten kontrolliert. Diese Situation erschwert die Tätigkeit humanitärer Organisationen. Hinzu kommen immer wieder Überfälle auf Hilfskonvois, die von Bewaffneten beider Seiten begangen werden. Der Alltag der Menschen in Aleppo ist von extremer Not und Härte gekennzeichnet. Ein massiver Preisanstieg der Nahrungsmittel macht das Überleben fast unmöglich. Gegenwärtig kosten ein Fladenbrot 25 und ein Karton Eier 1.300 syrische Lira.

1.1.4 Die Lage der Flüchtlinge in Damaskus

Dem Roten Halbmond (der zuverlässigsten Quelle) zufolge leben allein in der Stadt Sahnaya, südwestlich gelegen von der Hauptstadt Damaskus, 145.000 Binnenvertriebene, die aus den verschiedensten Gegenden dorthin geflohen sind (manche Quellen geben eine dreimal so hohe Zahl an). Die Gebiete in der Provinz Rif Damaskus mit den meisten Flüchtlingen sind in absteigender Reihenfolge: al-Kaswah und Sahnaya in der westlichen Ghouta-Gegend (etwa 50.000 Familien allein in al-Kaswah), Jeramana (etwa 25.000 Familien), die peripheren Gegenden (al-Tabbaleh, al-Duweila'a, al-Dukhaniyyeh) und das al-Qalamoun-Gebiet. Eine nicht geringe Anzahl an Binnenvertriebenen lebt darüber hinaus in Qudsiyyah und Dummar.

In Orten wie Sha'aba in der östlichen Ghouta-Gegend wurde eine Vereinbarung mit den Binnenvertriebenen getroffen, demzufolge diese Orte aus dem Konflikt herausgehalten werden sollten. Das heißt, dass weder die Regierungstruppen noch die Freie Syrische Armee (FSA) dort geduldet waren. Eine Zeitlang waren dies daher besonders sichere Zufluchtsstätten, die den Vertriebenen weitere Erfahrungen der Zerstörung und Gewalt ersparten. Mit der Ausdehnung der Kämpfe wurden diese Vereinbarungen jedoch gebrochen. Die vormaligen Gastgeber wurden selbst zu Vertriebenen, und ihre «Gäste» mussten ein weiteres Mal fliehen. Dies geschah in al-Qalamoun und in al-Zahirah, zwei Gegenden, die in der Nähe der palästinensischen Flüchtlingslager al-Tadamun und Yarmouk liegen. Das palästinensische Flüchtlingslager Yarmouk unterliegt heute einer tödlichen Belagerung. Es gibt noch einige wenige Gegenden in Damaskus, die von militärischen Kämpfen bislang verschont geblieben sind, darunter die nördlichen Vororte al-Tall und Hafier. Auch dort lebt eine große Anzahl an Binnenvertriebenen, allein in Hafier mindestens 1.500 Familien.

1.1.4.1 Humanitäre Organisationen in Damaskus

Im Folgenden werden die wichtigsten in Damaskus tätigen humanitären Organisationen aufgelistet (dies sind dieselben, die auch in den Gebieten tätig sind, die sich unter der Kontrolle des Regimes befinden, Unterschiede gibt es nur hinsichtlich der lokalen Hilfsorganisationen). Zu den großen und international agierenden Institutionen zählen der Rote Halbmond, UNICEF, The Syria Trust for Development (al-Amanah al-Suriyyeh lal Tanmiyyeh), das Internationale Komitee vom Roten Kreuz sowie das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), das sich auch um syrische PalästinenserInnen kümmert, die vertrieben wurden. Angeblich kooperiert die UNRWA nicht mit syrischen Organisationen oder Individuen, wobei einige AktivistInnen in Latakia Gegenteiliges berichteten. Das UN-Hilfswerk stellt jedem palästinensischen Binnenflüchtling neben Sachleistungen 30 US-Dollar im Monat zur Verfügung.

Hinzu kommen syrische Organisationen wie der al-Bustan-Wohltätigkeitsverein (Jam'iyyet al-Bustan) un-

ter der Leitung von Rami Makhlof, einem Cousin von Präsident Baschar al-Assad. Er ist einer der einflussreichsten Männer im syrischen Regime und in der syrischen Wirtschaft. Inzwischen steht er als einer der wichtigsten syrischen Persönlichkeiten auch auf der internationalen Fahndungsliste. Der Sahnaya-Wohltätigkeitsverein (Jam'iyyet Sahnaya al-Khairiyyeh) ist eine schon ältere, von Drusen gegründete Organisation, die sehr aktiv ist und viele verschiedene Hilfsleistungen anbietet. Auch die christlichen Kirchengruppen (Jam'iyyet al-Kaniseh al-Masihiyeh) bestehen schon seit Längerem und unterstützen Mittellose und Flüchtlinge. Der Verein Jam'iyyet al-Fariq al-Tibbi ist ein Zusammenschluss von ÄrztInnen, ApothekerInnen und anderen, die medizinische Hilfe leisten und unter dem Dach des Gesundheitsministeriums operieren können. Dennoch sind sie nicht als regimetreu einzustufen. Darüber hinaus bietet die Einrichtung Markaz al-Demokratiyyeh wa Huquq al-Insan humanitäre und soziale Hilfe an und kämpft für die Einhaltung der Menschenrechte. Sie steht in Verbindung mit einer politischen Bewegung namens Muwataneh (Staatsbürgertum). Sie hat eine besondere Präsenz aufgrund des Mitwirkens einiger bekannter Persönlichkeiten. Schließlich gibt es noch die zivilgesellschaftliche Hilfsorganisation Jam'iyyet al-'Amal al-Madani fi Suria, die dem Nationalen Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel (NCB) nahesteht.

Nahrungsmittel stellen die wichtigsten Hilfsgüter dar. Danach folgen Hygieneartikel (Reinigungsmittel, Handtücher, Zahnpasta, Desinfektionsmittel, manchmal Waschschrüssel, Seife und Shampoo), Töpfe, Teller, Löffel, Kleidung, Matratzen, Decken und Isomatten sowie Schulartikel (Stifte, Schultaschen). Manche Organisationen bieten Kurse und Unterricht für Kinder an, um einen Teil der verlorenen Schulstunden nachzuholen. Manche Organisationen verschaffen Binnenvertriebenen Jobs in speziellen Werkstätten, in denen vor allem Handarbeiten verrichtet werden (wie z. B. die Verarbeitung von Wolle, Nähen, das Trocknen von Obst, das Bearbeiten von Gemüse für den Markt). ÄrztInnen, PsychologInnen und andere SpezialistInnen bieten ihre Dienste an, die sich insbesondere an Kinder richten.

1.1.4.2 Probleme politischer Natur

Im Allgemeinen werden die Binnenvertriebenen gut behandelt. Es wird ihnen ausreichendes Mitgefühl entgegengebracht, und in der Regel wird nicht nach religiöser oder konfessioneller Zugehörigkeit oder politischen Präferenzen unterschieden. Dennoch kommt es in manchen Fällen vor, dass Geflüchtete, wenn sie unter Verdacht geraten, in Verbindung mit bewaffneten Gruppierungen zu stehen, «bestraft» werden. Dies ist Ausdruck des allgegenwärtigen Konflikts und tritt besonders nach spezifischen Ereignissen wie Explosionen, Attentaten, Mordanschlägen oder militärischen Aktionen auf. Ein Beispiel ist das einer regimetreuen Lehrerin in Sahnaya: Sie warf einen Schüler aus der

Klasse (seine Familie wurde aus der Gegend von Daraya vertrieben), weil ihrer Auffassung nach alle aus Daraya stammenden Personen kriminell sind, die bewaffneten Gruppen Schutz bieten. In solchen Fällen greifen häufig lokale Persönlichkeiten wie Angehörige der Kirche oder auch Sheikhs ein, um zu schlichten. In dem Fall des geschassten Schülers wurde dafür gesorgt, dass er wieder zur Schule gehen konnte. Er und seine Angehörigen erhielten zudem eine Entschuldigung.

Ein größerer Zwischenfall ereignete sich in Jeramana, wo einige geflüchtete Familien angegriffen wurden, als Vergeltungsmaßnahme für den Mord an einigen regimetreuen Schlägern (allgemein bekannt als Shabiha). Dabei schossen die Angreifer in die Luft und bedrohten die Familien, die schließlich aus Panik die Flucht ergriffen und Jeramana verließen. In Reaktion auf diesen Zwischenfall veröffentlichten die führenden drusischen Geistlichen in dieser Region eine Stellungnahme, in der sie dazu aufriefen, alle Vertriebenen als Gäste zu betrachten und diese auch entsprechend zu behandeln.

1.1.4.3 Hindernisse bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe

Da die syrischen Sicherheitsapparate humanitäre Aktionen und soziale Dienstleistungen als politische Tätigkeit betrachten, sind viele der HelferInnen und Freiwilligen immer wieder Schikanen und Belästigungen ausgesetzt. Nicht selten werden sie zum Verhör vorgeladen und sogar festgenommen. Die syrischen Sicherheitsorgane befürchten, dass es einer der aktiven Organisationen gelingen könnte, an Popularität zu gewinnen und diese dann für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Sie haben außerdem Bedenken, dass unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe Güter wie zum Beispiel Waffen, Kommunikationstechnologien und medizinische Instrumente an die bewaffnete Oppositionsgruppen geliefert werden. Mohammad, ein junger Helfer in der Gegend von Jeramana, berichtete: «Mehr als einmal wurden wir bedroht, einige von uns mussten sich deshalb auch öfters verstecken. Einmal wurde ich zum militärischen Geheimdienst bestellt wegen meiner Tätigkeit als Helfer. Ein anderes Mal sollte ich bei der Staatssicherheit vorsprechen. Ich bin aber nicht hingegangen. Die meisten jungen Leute, Männer und Frauen, waren ähnlichen Schikanen ausgesetzt. [...] Ein Mädchen und zwei junge Männer wurden drei Stunden festgehalten, nur weil sie an den vergangenen Festtagen Kleidung verteilt hatten.»

1.1.5 Die Lage in Homs

Die Vertreibung der Bevölkerung in Homs fand über einen längeren Zeitraum statt. Zuerst flohen die Menschen aus den besonders umkämpften Vierteln und aus der Innenstadt in die ruhigeren Stadtteile im Norden von Homs. Die BewohnerInnen des Viertels Bab al-Sab'e flüchteten nach al-Khalidiyyeh und die von Talbiesah und al-Rustun nach al-Ghanto und nach Teir M'alleh und al-Dar al-Kabirah. Nach der Fluchtwelle in Richtung Norden zog es einen Teil der Bevölkerung in die wohlhabenderen Stadtteile im Westen von Homs (al-Wa'er, Karam al-Schami, al-Inscha'at, al-Mal'ab). Die Bevölkerung von Tal Kalakh und al-Qusayr verließ meist die Stadt: Manche flohen nach al-Qalamoun (al-Nabak, Yabroud, Deir 'Atiyyah, Qara), andere in die Dörfer al-Farqalis und al-Qaryatein.

Mit der Ausdehnung der Kämpfe in die von sunnitischen Muslima und Muslimen bewohnten Gegenden musste auch dieser Teil der Bevölkerung ihre Heimat verlassen. Viele von ihnen gingen in den Libanon. Das besondere Ausmaß an Hass und Feindseligkeit zwischen den unterschiedlichen Konfessionen und Glaubensgemeinschaften in Homs (die vielfältigen Gründe hierfür können an dieser Stelle nicht näher erläutert werden) machte es den SunnitInnen unmöglich, in alawitisch geprägte Gebiete zu flüchten. Für sie blieb in Syrien als Zufluchtsort vor allem die sunnitische Gegend rund um Sheen, die für ihre Regimetreue bekannt ist.

Auch manche Regimetreue in Homs mussten flüchten, als die Kämpfe schließlich auch ihre Wohngegenden erreichten. Diese Gruppe von Binnenvertriebenen wird von dem bereits weiter oben erwähnten Wohltätigkeitsverein von Rami Makhlof betreut, was von der Regierung medienwirksam ausgeschlachtet wird. Hilfsorganisationen, die der Opposition nahestehen, bieten diesen Vertriebenen keine Hilfe an. Man kann behaupten, dass Homs die Provinz in Syrien ist, die die hässlichsten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften erlebt hat und in der das größte Ausmaß an Hass herrscht. Dies hat, wie oben kurz beschrieben, zu verschiedenen Fluchtwellen geführt und zu einer Ausdifferenzierung der humanitären Aktivitäten. Zudem herrscht seitdem Chaos in der Stadt. In Homs gilt nur noch das Gesetz des Stärkeren. Plünderungen und Diebstahl gehören zum Alltag. Von beiden Seiten – der bewaffnete Opposition und den regimetreuen Truppen – wird eine willkürliche Schreckensherrschaft ausgeübt, die unter anderem auch die Verteilung von Hilfsgütern erschwert.

2 DIE SITUATION DER PALÄSTINENSERINNEN SEIT AUSBRUCH DES SYRIEN-KONFLIKTS

2.1 PALÄSTINENSISCHE FLÜCHTLINGE IN DER ARABISCHEN REPUBLIK SYRIEN

Beim UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) sind derzeit 528.711 palästinensische Flüchtlinge auf syrischem Boden registriert. Davon leben ungefähr 30 Prozent in Lagern, verteilt auf 14 Gouvernements.⁵ Die in Syrien lebenden palästinensischen Flüchtlinge machen etwa 10 Prozent aller bei der UNRWA registrierten palästinensischen Flüchtlinge und etwa 2,8 Prozent der Bevölkerung Syriens aus. In Syrien gibt es 13 Flüchtlingslager, davon sind neun von der UNRWA anerkannt. Zusätzlich gibt es noch 14 selbstverwaltete Sammelunterkünfte bzw. inoffizielle Flüchtlingslager (Tajammu'). Die UNRWA verwaltet die offiziellen Flüchtlingslager in Kooperation mit dem Generalkomitee für die arabischen palästinensischen Flüchtlinge (al-Hay'a al-'Ammeh li al-Laji'in al-Filistiniyyeen al-'Arab). Das zuletzt genannte Gremium wurde 1949 von der syrischen Regierung ins Leben gerufen, um sich der Anliegen der palästinensischen Flüchtlinge anzunehmen und ihnen Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen.

In Syrien stehen den palästinensischen Flüchtlingen und insbesondere den Flüchtlingen von 1948⁶ die meisten bürgerlichen Rechte zu. Dies geht auf das Gesetz Nummer 260 aus dem Jahr 1956 zurück, das vom syrischen Parlament unter der Präsidentschaft von Shukri al-Quwatli verabschiedet wurde. Dieses Gesetz sieht vor, dass die palästinensischen Flüchtlinge in den Bereichen Bildung, Arbeit und Beschäftigung, Handel und gesetzliche Wehrpflicht genauso behandelt werden wie syrische StaatsbürgerInnen. Allerdings dürfen PalästinenserInnen in Syrien nicht bei Wahlen kandidieren und haben auch nicht das Recht zu wählen. Beabsichtigt war, die palästinensischen Flüchtlinge für die Zeit ihres Aufenthalts in Syrien mit temporären Personalausweisen auszustatten. Da sich Syrien immer als Unterstützer der palästinensischen Sache geriert hat, gilt dieses Gesetz in seiner ursprünglichen Form immer noch. Dementsprechend ging es den in Syrien lebenden PalästinenserInnen lange Zeit vergleichswei-

se gut, zumindest besser als ihren Leidensgenossen im Libanon, denen dort die meisten bürgerlichen Rechte bis heute verwehrt bleiben.

Die Kombination aus weitreichenden Bürgerrechten und der Gastfreundschaft der syrischen Gesellschaft hat dazu beigetragen, dass sich unter den in Syrien lebenden PalästinenserInnen eine «duale Identität» herausgebildet hat. Demzufolge ist die Identifizierung mit Syrien, sei es in Bezug auf soziale oder politische Aspekte, aber auch in emotionaler Hinsicht nicht weniger stark als die mit Palästina. Dieses Zugehörigkeitsgefühl ist bei der jüngeren Generation der PalästinenserInnen, die die meiste Zeit ihres Lebens in Syrien verbracht hat, besonders ausgeprägt.

Palästinensischen Flüchtlingen in Syrien stehen nicht nur die meisten Rechte wie den syrischen StaatsbürgerInnen zu, sie teilen mit vielen von ihnen auch arbeitsbedingtes Leid. Oft liegen die palästinensischen Flüchtlingslager in entlegenen Gebieten, am äußersten Rand der Städte. Die Arbeitslosenquote unter palästinensischen Flüchtlingen beträgt circa 17 Prozent. Die Beschäftigung ist wie folgt verteilt: 31 Prozent arbeiten im Dienstleistungssektor, 29,5 Prozent im Industriesektor, 7,9 Prozent im Handel, 2 Prozent in der Landwirtschaft und der Rest verteilt auf andere Bereiche. Das durchschnittliche Einkommen einer Familie beträgt 12.460 syrische Pfund oder Lira.⁷ Der UNRWA zufolge müssen 27 Prozent der Flüchtlinge mit weniger als zwei US-Dollar am Tag auskommen, und mehr als 12 Prozent der Flüchtlinge können ihre Grundbedürfnisse an Lebensmitteln nicht decken.⁸

Allerdings wurden im Bildungswesen und bei der Alphabetisierung bemerkenswerte Fortschritte erzielt, nicht zuletzt dank des relativ gut entwickelten Unterrichts, den die UNRWA anbietet. Zudem ist in den vergangenen Jahren die Zahl der palästinensischen Studierenden an syrischen Universitäten gestiegen, da das syrische Bildungssystem PalästinenserInnen gegenüber Studierenden anderer arabischer Nationalität begünstigt und ihnen ein kostenfreies Studium ermöglicht.

⁵ Vgl. UNRWA (2013): Fields of Operation Map, S. 1, unter: <http://www.unrwa.org/resources/about-unrwa/unrwa-figures-0>. ⁶ Die Einteilung der palästinensischen Flüchtlinge orientiert sich oftmals an den Jahren, in denen sie geflohen sind. Während die «Flüchtlinge von 1948» (ca. 80 Prozent aller in Syrien lebenden Flüchtlinge) einen vergleichsweise guten rechtlichen Status genießen, verfügen die «Flüchtlinge von 1967» in Syrien noch nicht einmal über Ausweisdokumente. ⁷ Ayyoub, Diyaa (2012): Palästinensische Flüchtlinge in Syrien. In: Haq al-Awdeh 47/2012, unter: [http://badil.org/phocadownload/Badil_docs/publications/haq%20alawda%20\(47\).pdf](http://badil.org/phocadownload/Badil_docs/publications/haq%20alawda%20(47).pdf). ⁸ UNRWA (2013): Syrian Emergency Appeal, unter: <http://www.unrwa.org/resources>.

2.1.1 Die Verteilung der PalästinenserInnen und ihre Flüchtlingslager in Syrien

Die folgende Abbildung gibt einen Eindruck darüber, wo die meisten palästinensischen Flüchtlinge vor Beginn des Syrien-Konflikts im Land lebten.

Abb. 1: Geografische Verteilung der palästinensischen Flüchtlinge auf die Provinzen

Gouvernement/ Provinz	Anzahl der dort lebenden palästinensischen Flüchtlinge	Anteil an allen in Syrien lebenden palästinensischen Flüchtlingen in Prozent
Damaskus	127.642	42,6
Rif Damaskus	111.860	37,3
Aleppo	18.885	6,3
Daraa	16.620	5,5
Homs	11.904	4,0
Latakia	5.992	2,0
Hama	4.978	1,7
al-Qunaitra	607	0,2
Idlib	205	0,1
Tartus	600	0,1
al-Hasakeh	256	0,1
al-Riqqah	335	0,1
Deir al-Zor	39	0
al-Sweida	67	0

Quelle: Sameer/Sa'ed al-Din 2007⁹

Viele der palästinensischen Flüchtlingslager befinden sich in den syrischen Städten. Das Lager Yarmouk ist zwar das größte Flüchtlingslager Syriens, ist aber offiziell nicht von der UNRWA anerkannt.¹⁰ Dieses Lager liegt innerhalb der administrativen Grenzen der Stadt Damaskus, etwa acht Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Das Flüchtlingslager Yarmouk unterscheidet sich von anderen durch seine urbanen Eigenschaften. Es verfügt unter anderem über große Märkte, breite Straßen und eine sehr hohen Bevölkerungsdichte. Es wird auch von SyrierInnen bewohnt. Das Lager Yarmouk zählt außerdem zu den wichtigen kommerziellen Zentren der Hauptstadt (insbesondere die Einkaufsstraßen Lunia und Safad), die auch von DamaszenerInnen besucht werden. Seine Bedeutung resultiert unter anderem auch daher, dass es zur südlichen Vorstadt von Damaskus (al-Dahiyeh al-Janoubiyeh) gehört und daher einen wichtigen Zugang zur Stadt darstellt.

Es gibt im Lager vier vollständig eingerichtete Krankenhäuser, 26 Schulen, drei Gesundheitszentren, ein großes Lebensmittellager und eine Reihe von Bildungseinrichtungen und -programmen, die von der UNRWA und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen betrieben werden. Nach Angaben des UN-Hilfswerks sind viele der Flüchtlinge im Lager Yarmouk hoch qualifiziert: Sie sind ÄrztInnen, IngenieurInnen oder arbeiteten zuvor als Staatsbeamte. Jetzt verdienen sich viele als TagelöhnerInnen und fliegende HändlerInnen. Im Allgemeinen waren die Lebensbedingungen in Yarmouk bis zu seiner Zerstörung (siehe unten) jedoch sehr viel besser als in den anderen palästinensischen Flüchtlingslagern in Syrien.¹¹

2.1.2 Syrien und die Palästina-Frage

Folgt man den Grundsätzen der regierenden Baath-Partei in Syrien und der offiziellen politischen Rhetorik des syrischen Regimes in den letzten 50 Jahren, so ist die Palästina-Frage für das Land von zentraler Bedeutung. In der Ideologie des Baathismus nehmen die palästinensische Sache und der «arabisch-israelische Konflikt» eine herausragende Stellung ein. Syrien gilt nur als eine Teilregion (*qatur*) der «arabischen Nation», sodass das Selbstbestimmungsrecht und andere Interessen des syrischen Volkes der palästinensischen und arabischen Sache in gewisser Weise nachgeordnet sind. Nach der Ideologie der Baathisten kommt der syrischen Parteileitung die Rolle des «arabischen Führers» zu, der als «Symbol der arabischen Revolution» in den Krieg zieht, um Palästina zu befreien und die Araber zu vereinen.

So kam es denn auch, dass die panarabistische Parteiführung den nach Syrien geflohenen PalästinenserInnen noch vor der gewaltsamen Machtübernahme durch die Baath-Partei (1963) die gleichen bürgerlichen Rechte gewährte wie den SyrierInnen selbst. Und somit entstand dann auch eine freundschaftliche und enge Beziehung zwischen den PalästinenserInnen bzw. zwischen ihren neu geschaffenen politischen Strukturen und dem syrischen Baathismus. Was sie vereinte, war das Ziel der Befreiung Palästinas. Die politischen Ereignisse der Region, insbesondere der Ausbruch des libanesischen Bürgerkrieges, brachten jedoch zum Vorschein, wie labil diese Beziehung ist. Die panarabistische Ideologie erwies sich als wenig tragfähig, und auch der hierin enthaltene Opportunismus war kaum mehr zu übersehen.

Heute ist das Verhältnis des syrischen Regimes zu den PalästinenserInnen äußerst ambivalent. Einerseits hält das Regime an seinem antiisraelischen Standpunkt – Israel als Feind der PalästinenserInnen – fest. Andererseits misstraut es den PalästinenserInnen und versucht, sie zu kontrollieren und zu «zügeln». Ein drastisches Beispiel hierfür sind die Ereignisse im palästinensischen Flüchtlingslager Tal al-Za'tar zu Beginn des libanesischen Bürgerkriegs 1975/76. Damals richtete das syrische Regime in dem Lager ein Massaker an, dem Tausende palästinensische ZivilistInnen zum Opfer fielen.

Daraus könnte geschlussfolgert werden, dass es dem syrischen Baath-Regime von jeher darauf ankam, die palästinensische Präsenz in Syrien und deren Interessen in der Region nur für seine eigenen Zwecke, das heißt vor allem die Stärkung der eigenen Machtposi-

⁹ Sameer, Hassan/Sa'ed al-Din, Sumayya (2007): Nicht-syrische EinwohnerInnen Syriens und ihre Charakteristiken (Original-Titel des Buches: al-Sukkan al-Muqimun Gher al-Suriyyin wa Khasa'isahum), unter: <http://www.cbssyr.sy/studies.html>. Die Informationen aus dieser im Auftrag der Regierung erstellten universitären Studie stammen aus dem Jahr 2004. Danach hat es wohl keine offiziellen Erhebungen mehr gegeben. ¹⁰ Die UNRWA bietet ihre Dienste in den offiziellen und inoffiziellen Flüchtlingslagern an. Eine Ausnahme ist die Abfallbeseitigung (vgl. <http://www.unrwa.org/where-we-work/syria>). ¹¹ Vgl. hierzu die Website von UNRWA (Where we work), unter: <http://www.unrwa.org/ar/where-we-work/%D8%B3%D9%88%D8%B1%D9%8A%D8%A7/camp-profiles?field=3277>.

tion, auszunutzen. Demnach war es notwendig, aus der «gerechten» palästinensischen Sache eine Frage der «Ehre der Araber» zu machen, die nicht nur vor den Bedürfnissen des syrischen Volkes Vorrang hat, sondern die es auch rechtfertigt, Krieg gegen Israel zu führen und das Land zum dauerhaften Feind Syriens zu erklären, insbesondere nach der israelischen Besetzung der syrischen Golanhöhen im Jahr 1967.

Wie in jedem autokratischen Regierungssystem dient die Existenz eines Erzfeindes bzw. die Aufrechterhaltung von solchen und ähnlichen Feindbildern als effizientes Instrument, um die eigene Macht zu festigen und die Bevölkerung zu terrorisieren. In Syrien kam es in diesem Zusammenhang zu einem Fokus auf die «nationale Sicherheit». Es entstanden 17 verschiedene Sicherheitsbehörden, und durch die Verabschiedung eines Notstandsgesetzes herrscht im ganzen Land seit 1963 der Ausnahmezustand, der die Einschränkung von Bürgerrechten erlaubt. Dieser Ausnahmezustand wurde unter dem Vorwand aufrechterhalten, dass sich Syrien weiterhin im Krieg befindet. Nach dem Versagen der arabischen Brudernationen sei es das einzige arabische Land, das immer noch gegen Israel kämpfe. Deswegen und weil es sich als wichtiger Teil der «arabischen Nation» noch immer für den Panarabismus einsetze, werde es gezielt angegriffen. Betrachtet man jedoch die Tatsachen, so müsste man zu einem gegenteiligen Fazit kommen: Nach dem Oktoberkrieg von 1973 fanden zwischen Syrien und Israel, das einen Teil Syriens entlang der südlichen Grenze besetzt hält, keine Kampfhandlungen mehr statt. Die sicherste und stabilste Grenze ist seitdem die südliche zwischen Israel und Syrien.

Die palästinensischen Flüchtlinge haben ein klares Bewusstsein hinsichtlich ihrer schwierigen Situation in Syrien. Ein diktatorisches Regime wie das Assad-Regime ist in der Lage, sie jederzeit aus dem Land zu vertreiben, sollten sie sich ihm entgegenstellen oder versuchen, sich seiner Macht zu entziehen. Die Festnahmen und das Verschwinden syrischer BürgerInnen in den Gefängnissen des Regimes hielten den PalästinenserInnen vor Augen, wozu das Regime fähig ist. Sie konnten sich ausmalen, dass man mit ihnen noch schlimmer umspringen würde, sollten sie sich den Machthabern widersetzen. Diese Bedenken haben sich leider allzu oft bewahrheitet.

Die verschiedenen palästinensischen Organisationen, die in Syrien aktiv sind, blieben politisch und militärisch bedeutungslos, weshalb sie darum bemüht waren, sich mit der Regierung zumindest freundlich zu stellen. Andere haben sich der Ideologie des Baathismus vollständig unterworfen und verhalten sich absolut regimetreu. Wie die meisten SyrierInnen reagierte auch die Mehrheit der PalästinenserInnen auf die Unterdrückung im Land mit Schweigen und Angst. Bis heute trägt die militärische «Sicherheitsabteilung Nummer 235» den Beinamen «Palästina-Abteilung» als Hinweis auf ihre «ursprüngliche» Zuständigkeit für den Kampf gegen Israel. In der Praxis ist sie jedoch die

Sicherheitsbehörde, die mit ihren Zwangs- und Foltermethoden auf das Übelste und Brutalste sowohl gegen oppositionelle SyrierInnen als auch gegen missliebige PalästinenserInnen vorgeht.

Wie schon an anderer Stelle erwähnt, haben sich viele PalästinenserInnen in der syrischen Gesellschaft relativ gut aufgenommen gefühlt und genossen deren Gastfreundschaft. Deswegen war ihnen auch der Aufstand gegen das syrische Regime und dessen Tyrannei nicht fremd. Auch sie waren immer wieder zu Opfern bitterer Unterdrückung und Gewalt geworden. Die bürgerrechtliche Gleichstellung mit den SyrierInnen bedeutete, dass sie viele Erfahrungen mit deren Staatsmacht teilten. So kam es dann auch, dass junge Männer aus dem palästinensischen Flüchtlingslager Yarmouk sich mit ihren Altersgenossen aus dem benachbarten syrischen Stadtteil Hay al-Tadamun und deren Protesten identifizierten. Das syrische Regime, dem diese Sympathie nicht genehm war, stellte von Anbeginn der Proteste die PalästinenserInnen als Unruhestifter und Randalierer dar, obwohl sich diese zunächst von dem Geschehen fernhielten und versuchten, eine neutrale Position einzunehmen. *Bouthaina Shaaban*, die Beraterin des syrischen Präsidenten, teilte in einer der ersten offiziellen Erklärungen zu den Protesten in den syrischen Städten mit, dass die PalästinenserInnen im Flüchtlingslager in Latakia Zwietracht gesät, randaliert und Eigentum beschädigt hätten.¹²

Für die meisten palästinensischen Menschen kamen diese Anschuldigungen keinesfalls überraschend, nicht zuletzt aufgrund der schlechten Erfahrungen, die die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon hatten machen müssen. Der Fahnenträger der panarabischen Einheit und vorderster Kämpfer für die palästinensische Sache schreckte genauso wenig wie andere Potentaten vor der Terrorisierung und Ermordung palästinensischer ZivilistInnen zurück. Der Gegensatz zwischen der politischen Rhetorik in Bezug auf die Palästina-Frage und dem unmoralischen Vorgehen des syrischen Regimes zur Verteidigung seiner politischen Interessen könnte kaum größer ausfallen. Die einzige positive Konstante in dem Verhältnis der PalästinenserInnen zu Syrien ist das syrische Volk, das scheinbar in der Lage ist, zu unterscheiden zwischen seiner autokratischen Führung und deren Instrumentalisierung des Israel-Palästina-Konflikts und dem palästinensischen Volk.

2.1.3 Die Verwicklung der palästinensischen Flüchtlingslager in den Syrien-Konflikt

Dass viele PalästinenserInnen an der Protestbewegung gegen das Assad-Regime teilnahmen, als diese die syrischen Großstädte wie Damaskus, Homs und Latakia erreichte, war aufgrund der oben genannten Erfahrungen nicht weiter überraschend. Es gibt darüber hinaus aber noch drei weitere Faktoren, die hierbei eine Rolle spielten. Erstens gibt es konfessionelle und eth-

¹² Vgl. Zeitschrift für Palästinensische Studien [Majallet al-Dirasat al-Filastinyyyeh] 87/2011, S. 201, unter: <http://www.palestine-studies.org/files/pdf/mdf/11049.pdf>.

nische Gemeinsamkeiten: So sind die meisten der palästinensischen Flüchtlinge und die Mehrheit der SyrierInnen arabische SunnitInnen.¹³ Zweitens befinden sich die wichtigsten syrischen Flüchtlingslager in den Großstädten und sind somit nahe am Zentrum des Geschehens. Drittens hatte es eine Reihe von Vorfällen gegeben, welche die Flüchtlinge in den Lagern gegen den syrischen Staat und die regimetreuen palästinensischen Organisationen aufbrachten. So waren zum Beispiel viele junge PalästinenserInnen vom Assad-Regime 2011 dazu genötigt worden, sich an gefährlichen Aktionen zum Gedenken an die israelische Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens (1967) zu beteiligen. Unter anderem hatte man sie dazu aufgefordert, die syrisch-israelische Grenze zu stürmen, was einem Todesurteil gleichkam. Zusammen riefen diese Ereignisse eine Gegenreaktion hervor, in der die wachsende Unzufriedenheit mit dem Regime und seinen Unterstützern aufseiten eines Großteils der PalästinenserInnen zum Ausdruck kam. Im Laufe der Zeit entwickelten sich einige der Flüchtlingslager wie Yarmouk, Khan al-Sheikh, Daraa und al-'Aa'idun (al-Raml) in Latakia zu Brennpunkten für Demonstrationen gegen das Regime und gleichzeitig zur Zielscheibe von dessen Sicherheits- und Militärapparat.

Mit der Bewaffnung der Opposition und der Ausweitung des Konflikts vom Norden auf den Süden Syriens wurden die Flüchtlingslager zu strategisch wichtigen Gebieten, um deren Einnahme und Kontrolle von allen am Krieg beteiligten Parteien hart gekämpft wird. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden das Flüchtlingslager Yarmouk im Süden von Damaskus, al-Husseiniyyeh im Osten und Khan al-Sheikh im Westen des Gouvernements Rif Damaskus, Handarat im Norden Aleppos sowie Barzah, Hittin und die Sammelunterkunft Duma. Diese Flüchtlingslager entwickelten sich zu Krisenherden, und mehr als 75 Prozent ihrer Bevölkerung wurden vertrieben.¹⁴ Es wird geschätzt, dass zwischen 2011 und September 2013 rund 1.600 palästinensische Flüchtlinge in diesen Kämpfen getötet wurden.¹⁵

Den Ausgangspunkt der Verwicklungen der PalästinenserInnen in den Syrien-Konflikt bilden die Ereignisse im Flüchtlingslager Daraa, wo sieben Palästinenser zu Tode kamen.¹⁶ Zuvor hatten sich BewohnerInnen des Lagers bemüht, die SyrierInnen, die in Daraa belagert wurden, mit Lebensmitteln und medizinischer Hilfe zu versorgen. Wegen dieser humanitären Intervention machte das Regime das Flüchtlingslager mehrere Male zur Zielscheibe von militärischen Aktionen. Infolgedessen erklärte die UNRWA im Mai 2011, dass sie ihre Tätigkeit in dem Flüchtlingslager und in den umliegenden Gegenden vorübergehend einstellen würde.¹⁷

Ein anderes Flüchtlingslager al-'Aa'idun (al-Raml) im Süden der Stadt Latakia grenzt an ein Elendsviertel an, in dem viele syrische Familien leben, die ursprünglich aus Idlib und Jisr al-Schghur kommen. Nachdem diese Gegend für einige Monate von der syrischen Armee belagert worden war und die Kommunikations-

und Internetverbindungen teilweise unterbrochen waren, stürmte die Armee das Lager. Das war im August 2011. Der Angriff wurde durch die syrische Marine unterstützt. International stieß diese Aktion wegen des Einsatzes nichtkonventioneller Waffen gegen die Zivilbevölkerung auf breite Ablehnung. Im Laufe der Operation wurden 25 ZivilistInnen, darunter nicht weniger als fünf Palästinenser, getötet und Dutzende festgenommen. Anschließend wurden die BewohnerInnen gezwungen, das Lager zu räumen.¹⁸ Erst auf internationalen Druck erlaubte das Regime später den BewohnerInnen, in ihre Häuser zurückzukehren. Allerdings wurde das Flüchtlingslager nun militärisch regiert: Es wurde in einzelne Sperrbereiche aufgeteilt, und an den wichtigsten Eingängen wurden Kontrollpunkte errichtet, wo es immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen von PalästinenserInnen und SyrierInnen kommt. Trotzdem ist die Bevölkerung nicht geflohen. Auch konnten größere Zerstörungen verhindert werden, was auch damit zusammenhängt, dass es zum damaligen Zeitpunkt keinen bewaffneten, organisierten Widerstand gab, der das syrische Regime vom Lager aus bekämpft hätte.

Ein Gegenbeispiel sind die Entwicklungen im Flüchtlingslager Yarmouk in Damaskus.¹⁹ Die BewohnerInnen dieses Lagers nahmen anfangs nicht an den Protesten gegen das Regime teil, sondern öffneten stattdessen ihre Schulen und andere Zufluchtsorte für Vertriebene aus den nahegelegenen Nachbarschaften in Damaskus, die bombardiert worden waren. Zu diesen Gegenden gehören al-Qadam, al-Tadamun und al-Hajar al-Aswad. Das Flüchtlingslager Yarmouk wurde somit zum größten Aufnahme- bzw. Zufluchtsort für Binnenvertriebene aus Damaskus und den belagerten Vororten. Dies blieb so lange der Fall, bis es im Juni 2011 zum Massaker von al-Khalsa kam, dem eine Reihe von palästinensischen Flüchtlingen zum Opfer fiel.

Das Massaker wurde während des Beisetzungsprozesses der Märtyrer des «Heimkehrmarsches» (Masirat al-'Awdeh) von der Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP-GC) verübt.²⁰ Einen Monat darauf erreichte die Nachricht, man ha-

¹³ Die Bevölkerung in Syrien setzt sich konfessionell anders zusammen als die des Libanons, wo vor Beginn des libanesischen Bürgerkriegs die Mehrheit christlich war. ¹⁴ Badwan, Ali (2013): Die Palästinenser Syriens in der Kalkulation der PLO, in: Al Jazeera.net, 17.6.2013, unter: <http://www.aljazeera.net/mob/6c87b8ad-70ec-47d5-b7c4-3aa56fb899e2/4494634a-ba12-4274-833f-71bdc3cc2de0>. ¹⁵ Vgl. Lajj-net (2013): Bericht der Arbeitsgruppe für die Palästinenser Syriens, unter: <http://lajj-net.net/arabic/default.asp?ContentID=25053&menuID=71>. ¹⁶ Zeidan, Youssef (2012): Die palästinensischen Märtyrer der syrischen Revolution (23.3.2011–15.11.2012), in: Zeitschrift al-Adab (Herbstausgabe), unter: <http://adabmag.com/node/501>. ¹⁷ Vgl. Palestine Press News Agency (UNRWA stellt Dienstleistungen für palästinensische Flüchtlinge ein), 11.5.2011, unter: <http://www.palpress.co.uk/arabic/?Action=Details&ID=6505>. ¹⁸ Vgl. France 24 (Panzer und Kriegsschiffe bombardieren Stadtteile von Latakia und Dutzende fallen den Angriffen zum Opfer), 15.8.2011, unter: <http://www.france24.com/ar/20110815-syria-lattaquie-militaire-offensive-killed-wounded-war-boat-bombing>. ¹⁹ In diesem Bericht wird der Situation im Flüchtlingslager Yarmouk besonders viel Aufmerksamkeit gewidmet, weil es das größte palästinensische Flüchtlingslager Syriens ist und von hier aus besonders viele Menschen in andere syrische Regionen und in den Libanon weitergeflohen sind. ²⁰ Damals herrschten im Flüchtlingslager Yarmouk bereits große Vorbehalte gegenüber der PFLP-GC, weil sie palästinensische Jugendliche dazu angestiftet hatte, sich an der israelischen Grenze den dort stationierten Soldaten mit nackter Brust entgegenzustellen. Das Resultat waren Dutzende Tote, die dann später im Lager Yarmouk beigesetzt werden sollten. Beim Trauermarsch gab es gegen die PFLP-GC gerichtete Parolen. Als Reaktion darauf schossen Anhänger der PFLP-GC in die Menge.

be in der Nähe eines Dorfes unweit von der Stadt Idlib die Leichen von 16 Angehörigen der «Palästinensischen Befreiungsarmee» entdeckt, die Gemüter.²¹ Das Bekanntwerden eines weiteren, grauenvollen Massakers schürte die Wut im Flüchtlingslager Yarmouk noch weiter. Es handelt es sich um das Massaker von al-Traimseh, das auf das Konto der Regierungstruppen geht und bei dem in ländlichen Gebieten rund um Hama 250 SyrierInnen umgebracht wurden. Die Bevölkerung von Yarmouk protestierte gegen die Verübung dieser beiden Massaker. Die syrische Armee reagierte mit dem Einsatz von Feuerwaffen, wobei fünf Menschen zu Tode kamen und Dutzende verletzt wurden. Die Bevölkerung war so empört, dass sie am nächsten Tag abermals auf die Straße ging. An diesem Tag war die Demonstration größer, und sie appellierte an die Einheit zwischen SyrierInnen und PalästinenserInnen.

Für das Assad-Regime stellte diese Demonstration in Yarmouk einen Wendepunkt dar. Es betrachtete die palästinensischen Flüchtlinge von nun an als Unterstützer der Revolution. Der Sprecher des syrischen Außenministeriums, Jihad al-Maqdisi, machte auf Twitter indirekte Andeutungen, dass die PalästinenserInnen wohl die syrische Gastfreundschaft nicht zu schätzen wüssten und dass sie deshalb besser weiterziehen sollten – später entfernte al-Maqdisi diesen Kommentar.²² Seitdem ist die Lage im Lager Yarmouk angespannt. In der zweiten Hälfte des Jahres 2012 wurde das Lager mehrmals willkürlich bombardiert. Da die Angriffe aber relativ begrenzt waren und Gebiete mit einer hohen Bevölkerungsdichte verschont blieben, kam es nicht zu einer Massenflucht. Erst mit dem «blutigen Sonntag», dem 16. Dezember 2012, als das Lager mit seinen öffentlichen Treffpunkten, Schulen und Moscheen, in denen sich viele Vertriebene aufhielten, zum Ziel massiver Luftangriffe wurde, wurde der Leidensdruck zu groß.

Als Kräfte der bewaffneten Opposition im Süden von Damaskus im Dezember 2012 vormarschierten und sich dem Flüchtlingslager Yarmouk näherten, begann die syrische Armee mit der Durchführung einer gezielten militärischen Operation, an der sich auch die Luftwaffe beteiligte. Es wurde erneut das Lager bombardiert. Ziele waren zivile Einrichtungen, in denen sich eine große Zahl von Vertriebenen aufhielt, wie zum Beispiel die Abdel-Qadi-al-Husseini-Moschee und die Fallujah-Schule in der al-Madaris-Straße. Dutzende syrische und palästinensische ZivilistInnen kamen bei diesen Angriffen ums Leben oder wurden verletzt. In den betroffenen Gegenden des Flüchtlingslagers lieferten sich daraufhin an mehreren Fronten die Freie Syrische Armee und Regierungstruppen erbitterte Kämpfe. Dabei schlug sich die PFLP-GC auf die Seite des Regimes und richtete sich gegen die bewaffnete Opposition, die versuchte, in das Lager einzudringen.

Dieser MiG-Angriff auf das Lager Yarmouk gilt als Startschuss für die Vertreibung von mehr als 40.000 EinwohnerInnen. Unter den Geflüchteten befanden sich auch viele Binnenvertriebene aus anderen Gegen-

den Syriens wie al-Tadamun und al-Hajar al-Aswad,²³ die sich schon vorher dort aufgehalten hatten. Seitdem leidet Yarmouk unter einer andauernden Belagerung, begleitet von fast alltäglichen willkürlichen Bombenangriffen. Im Flüchtlingslager fehlt es an grundlegenden Gütern wie Nahrungsmitteln und Medikamenten. Die Krankenhäuser, medizinischen Versorgungszentren und sozialen Einrichtungen wurden bei mehreren gezielten Angriffen fast vollständig zerstört. Die Einheiten der regulären syrischen Armee, die an den Außenposten des Lagers Stellung bezogen haben, verhindern, dass Lebensmittel und Medizin ins Lager gelangen. Während die syrische Armee das Flüchtlingslager belagert, haben die sogenannten Volkskomitees (al-Lijan al-Sha'abiyyeh) der PFLP-GC die interne Kontrolle übernommen und üben nun – stellvertretend für das Regime – die Macht aus. Sie schikanieren und terrorisieren die noch verbliebenen LagerbewohnerInnen, indem sie willkürlich Häuser stürmen, Festnahmen durchführen und generell die Überwachung verschärfen. Zudem finden innerhalb des Lagers auch Kämpfe zwischen den «Volkskomitees» und der Freien Syrischen Armee (FSA) statt, die sich in einigen Gegenden des Lagers verschanzt haben, wie zum Beispiel in der al-Thalathin-Straße oder im al-Tadamun-Viertel. Somit sind Frontlinien innerhalb des Lagers entstanden, die es in zwei Teile trennen: Gebiete unter der Kontrolle des Regimes (bzw. unter der Kontrolle der PFLP-GC) und Gebiete unter der Kontrolle der bewaffneten Opposition (FSA).

Durch die Belagerung und die interne Sicherheitsituation ist die humanitäre Lage im Lager äußerst schwierig. Berichten von AktivistInnen zufolge, die der Organisation «Violations Documentation Center in Syria» vorgelegt wurden, befinden sich im Lager nur noch etwa 50.000 Menschen. Die Mehrheit der syrischen und palästinensischen BewohnerInnen hat das Lager im Wesentlichen in zwei großen Fluchtwellen bereits verlassen. Die erste große Fluchtbewegung fand nach den ersten Luftangriffen auf das Lager in der zweiten Hälfte des Jahres 2012 statt. Die zweite folgte dann am 14. Juli 2013, als das Lager durch die syrische Armee vollständig abgeriegelt wurde. Abdallah, ein Aktivist, erzählt: «Die normalen Menschen haben ihre täglichen Mahlzeiten von drei auf eine reduziert, weil es nicht genug zu essen gibt. Und da es überhaupt kein Mehl gibt, backen die BewohnerInnen Brot zum Beispiel aus Linsen oder aus Hartweizen.» So wurden im September 2013 mehr als 20 Fälle von Dehydrierung, Mangelernährung und Malabsorption bei Frauen und Kindern dokumentiert. Bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts wurde auch ein neunmonat-

²¹ Die Palästinensische Befreiungsarmee wurde 1961 als militärischer Arm der PLO gegründet. Offiziell ist sie den regulären Armeen der Gastgeberländer unterstellt, so auch in Syrien. Sie gilt demzufolge als regimeneutral. ²² Vgl. Al-Adab Zeitschrift (2012) (Herbstausgabe), unter: <http://adabmag.com/node/501>. ²³ Violations Documentation Center in Syria (2013): A Special Report on the Siege of Yarmouk Camp in Damascus and Mo'adameh City in Damascus Suburbs, unter: <http://www.vdc-sy.info/index.php/ar/reports/1379660373#UIBWj1BmiSo>.

ger, ununterbrochener Stromausfall registriert. Da die «Volkskomitees» die meisten ÄrztInnen verhaftet haben und andere geflohen sind, gibt es derzeit im Lager nur noch einen Medizinstudenten, der sich um die Kranken kümmert.²⁴

2.1.4 Binnenvertreibung und die aktuelle Situation in den Flüchtlingslagern

Oft sprechen AktivistInnen von einer «zweiten Nakba» (die erste Nakba bezeichnet die Vertreibung der PalästinenserInnen aus dem heutigen Staatsgebiet von Israel im Jahr 1948), wenn sie die heutige Situation der PalästinenserInnen in Syrien beschreiben. Die Verwendung des Begriffs soll das Ausmaß des Elends und der Gewalt hervorheben, unter dem die Vertriebenen und BewohnerInnen der Flüchtlingslager zu leiden haben. Es ist allerdings ein Los, das sie mit der syrischen Bevölkerung teilen.

Im Jahr 1948 wurden 60 Prozent der palästinensischen Bevölkerung gewalttätig aus ihrem damaligen Siedlungsgebiet vertrieben. Der UNRWA zufolge sind heute mehr als 80 Prozent aller syrischen PalästinenserInnen auf der Flucht. Die UNRWA erklärte außerdem im Januar 2013, dass 360.000 palästinensische Flüchtlinge in Syrien dringend humanitäre Hilfe benötigten. In ihrer letzten Publikation, dem «Syria Regional Crisis Response Plan – July–December 2013», sind aufgrund des jetzigen Krieges 420.000 Hilfsbedürftige angegeben. Dem Dokument ist weiter zu entnehmen, dass es unter den in Syrien lebenden palästinensischen Flüchtlingen 235.000 Binnenvertriebene gibt (darunter 54.000 Kinder) und dass 46.000 Familien bzw. etwa 180.000 Menschen ihre Häuser/Wohnungen teilweise oder ganz verloren haben.²⁵

Es können keine genauen Angaben gemacht werden, wie viele PalästinenserInnen Yarmouk, Khan al-Sheikh, al-Sabineh und andere Flüchtlingslager in Damaskus inzwischen verlassen haben, da es keine HelferInnen oder VertreterInnen von NGOs gibt, die sich frei in den relevanten Gebieten bewegen könnten, um Daten zu sammeln. Außerdem ist es schwierig, syrische und palästinensische Flüchtlinge getrennt voneinander zu erfassen. Es können aber einige allgemeine Angaben gemacht haben: So sind die wohlhabenderen palästinensischen Flüchtlinge in das Zentrum von Damaskus gezogen oder in das sichere Umfeld der Stadt wie Sahnaya, das westliche Ghouta, Jdeideh, 'Artuz, Qudsiyyah oder Jeramana im Südosten. Manche der weniger gutsituierten Familien haben Aufnahme in «sicheren» Flüchtlingslagern gefunden, darunter das Lager in Jeramana oder die inoffiziellen Lager Dummar, Drusha und Rukn al-Din. Die Ärmeren unter den palästinensischen Flüchtlingen leben nun in Schulen und in anderen öffentlichen Gebäuden sowie in von lokalen und internationalen Hilfsorganisationen betriebenen Einrichtungen, wie die des Syrischen Halbmonds. Der Rest der Binnenvertriebenen verteilt sich auf verschiedene Gegenden, auch auf weit abgelegene ärmliche Dörfer. Viele von ihnen leben auch auf

der Straße und suchen Sicherheit in Parkanlagen. Da die Benutzung der Wege und Straßen, die die Dörfer und Vororte mit der Hauptstadt verbinden, sehr gefährlich ist, ziehen viele die Flucht in den Libanon oder nach Jordanien vor.

Die Anzahl der BewohnerInnen in den bislang noch relativ sicheren palästinensischen Flüchtlingslagern (wie Jeramana, Danun, al-Sayyideh, Hama und Homs) hat sich aufgrund des Zustroms an Binnenvertriebenen verdoppelt. Dies stellt aufgrund fehlender Ressourcen eine große Belastung sowie eine gewaltige humanitäre und soziale Herausforderung für die dort Lebenden dar. Hinzu kommt, dass alle palästinensischen Flüchtlingslager in Syrien strengen Sicherheitsüberwachungen und teilweise auch Belagerungen unterliegen. Durch anhaltende willkürliche Bombardierungen sind zudem Grundnahrungsmittel wie Milch für die Kinder immer knapp, mit den entsprechenden Folgen.²⁶ In der Mehrheit der Lager nehmen außerdem Diebstähle und andere Formen der Kriminalität zu. Die UNRWA, andere internationale Organisationen und auch die PLO sehen sich nicht in der Lage, die palästinensischen Flüchtlinge angemessen zu beschützen und zu versorgen.

Die aktuelle Lage in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Syrien kann wie folgt zusammengefasst werden:

1. Flüchtlingslager Yarmouk: Nach den Bombardierungen im Dezember 2012 und den darauffolgenden Militäreinsätzen sind 80 Prozent der ursprünglich etwa 200.000 palästinensischen EinwohnerInnen geflohen. Die Binnenvertriebenen aus dem Lager Yarmouk flüchteten nach Qudsiyyah und Umgebung, in das Flüchtlingslager Khan al-Sheikh und in die Viertel al-Amin und Dummar sowie in einige andere Gebiete. Die BewohnerInnen, die im Lager zurückgeblieben sind, leiden unter der schweren, schon seit mehr als einem Jahr anhaltenden Belagerung. Die syrische Armee verhindert, dass Lebensmittel und Hilfsgüter ins Lager gelangen, da es das Lager zu einer militärischen Sperrzone erklärt hat.

2. Flüchtlingslager Khan al-Sheikh: Ungefähr 50 Prozent der geschätzten 20.000 EinwohnerInnen sind in die nähere Umgebung geflohen, wie zum Beispiel Sa'sa' und al-Qunaitra. Seit mehreren Monaten wird das Lager durchgehend und fast täglich bombardiert. Die BewohnerInnen leiden unter Mangel an Brot und anderen Grundnahrungsmitteln. Manchmal gibt es mehrere Tage hintereinander keinen Strom und kein Wasser.

²⁴ Ebd. ²⁵ Vgl. UNRWA Syria Regional Crisis Response Plan, July–December 2013, unter: <http://www.unrwa.org/userfiles/201306071557.pdf>. ²⁶ In einem Gespräch mit der Zeitung al-Quds al-'Arabi berichtete die «Arbeitsgruppe für die Palästinenser in Syrien» von einem palästinensischen Säugling namens Janan Ahmad Hassan, der starb, weil es im Lager nicht ausreichend Milch für ihn gab. Seiner Mutter war es nicht gelungen, zu ihrem Sohn in das Lager zu gelangen, da dies unter Belagerung stand (vgl. al-Quds al-'Arabi-Zeitung, 20.8.2013). In dem Zeitraum, in dem dieser Bericht erstellt wurde, sind im Lager Yarmouk mehr als 30 Fälle von verhungerten Menschen unterschiedlicher Altersgruppen registriert worden.

3. Flüchtlingslager al-Sabineh: Dieses Lager wurde im März 2013 bombardiert. Daraufhin folgten eine Reihe militärischer Angriffe. Mehr als 90 Prozent seiner auf 30.000 geschätzten BewohnerInnen flüchteten in die Gegenden Sahnaya, al-Kisweh und Danun. Die verbliebene Bevölkerung leidet unter der seit Monaten bestehenden kompletten Abriegelung des Lagers, bei der es untersagt ist, das Lager zu betreten oder zu verlassen. Strom und Internetverbindungen gibt es nicht. Die Telefonlandlinien funktionieren nicht. Die vorher existierende Infrastruktur ist zerstört, und es besteht ein extremer Mangel an Medikamenten und medizinischen Hilfskräften.

4. (Inoffizielles) Sammellager al-Husseiniyyeh: Auch dieses Lager wurde mehrmals bombardiert, große Teile der Gebäude sind zerstört. Fast alle der ehemaligen BewohnerInnen sind nach Jeramana, Danun und Khirbet al-Shabab geflüchtet. Das Lager ist seit Monaten abgeriegelt. Es fehlt an Grundnahrungsmitteln wie Mehl, Brot, Trinkwasser, Kindermilch und auch an medizinischer Versorgung.

5. Flüchtlingslager Daraa: Dies war das erste Flüchtlingslager, in dem es zu einem militärischen Einsatz kam. Mehr als 70 Prozent der Wohngebäude des Lagers sind zerstört. Circa 95 Prozent seiner Bevölkerung sind nach Damaskus, al-Qunaitra, Jordanien und in den Libanon geflohen. Das Lager wird von den Milizen der PFLP-GC kontrolliert und unter Belagerung gehalten.

6. Flüchtlingslager Handarat: Die Anzahl seiner BewohnerInnen wurde auf 6.000 geschätzt. Die meisten flohen in die Universitätsstadt Aleppo und in die Städte Latakia und Hama. In letzter Zeit ist eine geringe Anzahl der ursprünglichen BewohnerInnen des Lagers zurückgekehrt, obwohl das Stromnetz im Lager vollständig zusammengebrochen ist.

7. Flüchtlingslager al-Nairab: Seit sechs Monaten werden hier etwa 20.000 PalästinenserInnen sowohl von der bewaffneten Opposition als auch von der syrischen Armee belagert. Das Lager befindet sich in der Nähe eines stark umkämpften Flughafens, was es strategisch interessant macht. Die BewohnerInnen werden durchgehend von der bewaffneten Opposition bedroht, die sie auffordert, ihre Häuser zu verlassen. Im Lager herrscht Knappheit an Brennstoff und Brot. Ein Bündel mit acht Fladenbrot kostet 10 US-Dollar. Seit ungefähr 14 Monaten gibt es weder Strom noch Trinkwasser.

Die folgende Tabelle veranschaulicht die wichtigsten Veränderungen in der Bewohnerschaft der größten palästinensischen Flüchtlingslager in Syrien (Flüchtlingslager mit stark reduzierter Einwohnerzahl bzw. mit starkem Zuwachs wegen Aufnahme von Binnenvertriebenen).

Abb. 2: Flüchtlingslager in Syrien mit Angaben zur Bevölkerung

Name des Flüchtlingslagers	ursprünglich geschätzte Einwohnerzahl	aktuelle Einwohnerzahl (geschätzt)
Handarat	6.000	0
al-Sabineh	30.000	1.000
al-Husseiniyyeh	40.000	10.000
Yarmouk	200.000	40.000
Danun	7.000	30.000
Jeramana	10.000	40.000
Khan al-Sheikh	20.000	10.000

Quelle: Al Zaytounah Centre 2013²⁷

2.2 DIE REAKTION DER UNRWA AUF DEN NOTSTAND IN DEN PALÄSTINENSISCHEN FLÜCHTLINGSLAGERN UND AUF DIE BINNENVERTREIBUNG IN SYRIEN

Das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) wurde am 8. Dezember 1949 durch Resolution 302 (IV) der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegründet. Es nahm seine Tätigkeit im Mai 1950 auf. Die Erwartung war die, dass das Mandat für die UNRWA nur von kurzer Dauer sein würde. Durch den Fortbestand der Palästina-Frage wurde es jedoch regelmäßig durch die Generalversammlung der UNO verlängert. Die UNRWA ist aktiv im Bereich Bildung, Gesundheit und Soziales, hilft bei der Unterbringung und bietet Kleinkredite und Nothilfe an. Ihr Engagement erstreckt sich auf Jordanien, Libanon, Syrien, den Gazastreifen und die West Bank, einschließlich Ost-Jeruselems.

Die UNRWA hat 28.000 Beschäftigte, die Mehrheit von ihnen sind palästinensische Flüchtlinge. Ungefähr 20.000 sind im Bildungswesen und weitere 4.000 im Gesundheitswesen tätig. Die zwei Hauptsitze der UNRWA befinden sich im Gazastreifen und in Amman. Zu den Einrichtungen, die das Hilfswerk unterhält, gehören 663 Schulen, 8 Berufsschulen, 125 Gesundheitszentren, 65 Einrichtungen und Programme zur Förderung von Frauen und 39 Rehabilitationszentren zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen, Traumatisierungen oder anderen Kriegsschädigungen. Finanziert wird all dies zum größten Teil aus freiwilligen Spenden der Geberländer. Diese kommen für ungefähr 95 Prozent der Mittel auf, die der UNRWA zur Verfügung stehen.²⁸ In Syrien betreibt die UNRWA 118 Schulen, die Unterricht in einem Zwei-Schichten-System anbieten, ein Ausbildungszentrum, 23 lokale Gesundheitsstationen, fünf kommunale Rehabilitationszentren und 13 Frauenförderprogramme. Außerdem vergibt sie auch hier Kredite und persönliche Darlehen, die helfen sollen, kleinere Projekte und Geschäftsideen umzusetzen.²⁹

²⁷ Al Zaytounah Centre (2013): Eine Betrachtung der Situation der Palästinenser in Syrien, unter: <http://www.cbssyr.sy/studies.html>. ²⁸ Die Informationen in diesem Absatz sind den UNRWA-Online-Publikationen entnommen (vgl. <http://www.unrwa.org/>). ²⁹ Vgl. <http://www.unrwa.org/where-we-work/syria>.

Im Juni 2011 veröffentlichte das UN-Hilfswerk, das sich wie eine politisch neutrale Organisation verhalten muss, eine Erklärung ihres Generalkommissars zu den Ereignissen in Syrien und ihren Auswirkungen auf die palästinensischen Flüchtlingslager. In dieser heißt es, er empfinde tiefe Trauer angesichts der vielen verlorenen Menschenleben und Verwundeten unter der palästinensischen Bevölkerung in Syrien. Er rief außerdem alle Beteiligten dazu auf, alles zu tun, um noch weitere Menschenopfer zu verhindern.³⁰ Seit Beginn des Konflikts in Syrien ist die UNRWA bemüht, sich um alle vom Krieg und seinen Folgen betroffenen PalästinenserInnen zu kümmern. Die Eskalation des Konflikts und die unerwartete Miteinbeziehung der palästinensischen Flüchtlingslager in die Kampfhandlungen haben jedoch zu einer Situation geführt, in der die UNRWA die Mittel fehlen, um alle Kriegsgeschädigten und Binnenvertriebenen mit dem Notwendigsten unterstützen zu können. Durch die Belagerungen und Bombardierungen der Flüchtlingslager durch die reguläre syrische Armee und die bewaffnete Opposition wurde außerdem eine Reihe von UNRWA-Einrichtungen zerstört, sodass deren MitarbeiterInnen in vielen Lagern kaum mehr etwas für die Menschen tun können, wie zum Beispiel in den Lagern von Yarmouk und Daraa.

Dort wo die Einrichtungen und Zentren des Hilfswerks noch intakt sind, findet – wie vor allem in Damaskus beobachtet – ein regelrechter Ansturm vonseiten der Flüchtlinge statt, die verzweifelt um Grundnahrungsmittel nachsuchen. Viele warten eine Ewigkeit in Schlangen, nur um etwas Essbares oder eine kleine materielle Zuwendung zu erhalten. Die UNRWA schätzt, dass seit Beginn des Konflikts 90.000 palästinensische Familien Anträge auf finanzielle Unterstützung gestellt haben.³¹ Ähnlich wie im Bereich der Gesundheitsversorgung scheint das Hilfswerk Ressourcenengpässe und Schwierigkeiten zu haben, diesen Bitten um finanzielle Hilfe in den Krisengebieten nachzukommen. Diese Situation stößt auf Unverständnis und Empörung unter den palästinensischen Flüchtlingen, die sich seit 1948 – dem Jahr der Nakba – daran gewöhnt haben, dass sie auf die Unterstützung der UNRWA zurückgreifen können. Die Folge sind Proteste und Sitzstreiks vor den Einrichtungen des Hilfswerks.

Die UNRWA stellt seit mehr als 60 Jahren Dienste und Angebote in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Infrastruktur etc. für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten bereit. Zurzeit scheint ihr jedoch das Budget zu fehlen, um in Syrien ausreichend Nothilfe leisten zu können. Die Lebensmittelrationen, die die UNRWA an palästinensische Familien verteilt, sind begrenzt. Sie reichen einer kleinen Familie gerade einmal für eine Woche. Zudem erscheint das Antrags- und Bewilligungsverfahren zu langwierig und bürokratisch. Dies hat sich zum Beispiel bei der Versorgung mit Winterdecken oder bei den Überweisungen der finanziellen Hilfen gezeigt. Mittlerweile fällt es der Organisation auch schwer, ihre Bildungsangebote in Syrien aufrechtzuer-

halten. Viele der UNRWA-Angestellten sind selbst zu Opfern der Kriegshandlungen geworden (etwa 70 Prozent von ihnen waren gezwungen, zu fliehen), und die Schulen sind entweder zerstört, oder sie sind nur schwer zu erreichen (dies trifft auf die Flüchtlingslager Yarmouk, Sabineh und Khan al-Sheikh zu). Manchmal werden sie auch als Zufluchtsorte für Binnenvertriebene aus anderen Gegenden genutzt (wie in Danun und Jeramana). Unterricht ist daher an einer großen Zahl von Schulen nicht mehr möglich. Zurzeit sind nur noch 58 UNRWA-Schulen von ursprünglich 118 völlig intakt. Von den 25 UNRWA-Gesundheitszentren sind nur noch acht vollständig funktionsfähig, acht weitere arbeiten mit begrenzter Kapazität, und sieben sind vorübergehend geschlossen worden.³²

Die UNRWA hat die Weltgemeinschaft und Geberländer im September und Dezember 2012 und ein weiteres Mal im Juni 2013 dazu aufgerufen, sie noch stärker dabei zu unterstützen, ihre Aufgabe in Syrien wahrzunehmen. Sie geht davon aus, dass etwa 400.000 palästinensische Flüchtlinge unmittelbar unter dem kriegserischen Konflikt zu leiden haben und dringend Hilfe benötigen.³³ Trotz aller Mängel und Probleme leistet die UNRWA Bemerkenswertes: Im letzten Quartal 2012 hat sie 21.600 Familien mit Lebensmitteln unterstützt sowie 230.000 Flüchtlinge in ihren Gesundheitsstationen und Kliniken behandelt und versorgt. 24.000, das sind 37 Prozent aller palästinensischen Kinder, konnten mit ihrer Hilfe zur Schule gehen. Außerdem hat die UNRWA ein rund um die Uhr besetztes Krisenzentrum eingerichtet und 36 ihrer Angestellten im Bereich Notfall- und Katastrophenhilfe und 89 in Erster Hilfe schulen lassen. 45.853 palästinensische Familien, deren Häuser im Zuge des Konflikts teilweise oder ganz zerstört wurden, erhielten eine einmalige Zahlung von 250 US-Dollar.³⁴

2.3 POSITIONEN DER PALÄSTINENSISCHEN POLITISCHEN PARTEIEN UND ORGANISATIONEN ZUM SYRIEN-KONFLIKT

Nur selten in der Vergangenheit haben sich die palästinensischen Parteien und Bewegungen neutral verhalten, wenn es im Nahen Osten zu größeren Konflikten kam. Angefangen beim «Schwarzen September» über den libanesischen Bürgerkrieg bis hin zum Golfkrieg: Die palästinensischen Parteien und ihre Fraktionen bezogen stets Position. Meist beeinflussten sie den Verlauf eines Konflikts, indem sie bewusst ihr Gewicht in die Waagschale warfen und eine der beteiligten Parteien unterstützten. In Syrien war die Situation anders. Wegen der strengen Sicherheitsmaßnahmen des syrischen Regimes in der Zeit nach dem Ende des

³⁰ Al-Mustaqbal Zeitung (UNRWA: Die Ereignisse im Flüchtlingslager Yarmouk erfordern eine dringende Lösung der Flüchtlingsfrage), 10.6.2011, unter: <http://www.almustaqbal.com/storiesprintpreview.aspx?storyid=470687>. ³¹ UNRWA (2013): 25 ways you can help Palestine refugees, unter: <http://www.unrwa.org/userfiles/201304151632.pdf>. ³² Vgl. UNRWA (2013): Syria Regional Crisis Response Plan, July–December 2013, unter: <http://www.unrwa.org/userfiles/201306071557.pdf>. ³³ UNRWA (2013): 25 ways you can help Palestine refugees, unter: <http://www.unrwa.org/userfiles/201304151632.pdf>. ³⁴ Ebd.

Libanon-Kriegs war es den palästinensischen Organisationen nur eingeschränkt möglich, im Land offensiv aufzutreten. Ihr politischer Aktionismus in dieser Zeit war eher reaktionär als pro-aktiv. Dies verwundert wenig angesichts der Tatsache, dass es nicht einmal den SyrierInnen selbst gestattet war, aktiv an der Gestaltung des politischen Lebens in ihrem eigenen Land mitzuwirken. Syriens Machtfülle und besondere strategische Position in der Region bewegten die PLO und andere palästinensischen Organisationen dazu, sich auf einen Kompromiss einzulassen. Zu den Leitlinien, auf die man sich einigte, zählen eine «positive Neutralität» (keine Parteinahme, aber humanitäre Unterstützung) und die «Unparteilichkeit der Flüchtlingslager» im Konflikt. Tatsächlich aber haben diese Leitlinien wegen der militärischen und politischen Entwicklungen in Syrien schnell an Bedeutung verloren. Heute ist es so, dass das Unparteilichkeitsgebot mit der Haltung einer Reihe von palästinensischen Organisationen zum syrischen Regime kollidiert. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, die wichtigsten palästinensischen Parteien und Bewegungen und deren Beziehung zum syrischen Regime im Folgenden kurz vorzustellen sowie auf ihre aktuellen Haltungen im Syrien-Konflikt einzugehen.

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ist eine Dachorganisation, in der zehn Bewegungen und Gruppierungen der PalästinenserInnen zusammengeschlossen sind. Diese sind die Bewegung zur Nationalen Befreiung Palästinas (kurz Fatah), die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP), die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), die Palästinensische Volkspartei (PPP), die Palästinensische Volkskampffront (PPSF), die Palästinensische Befreiungsfront (PLF), die Palästinensisch-Arabische Front (PAF), die Organisation der Sa'iqqa, die Arabische Befreiungsfront (ALF) und die Demokratische Union Palästinas (FIDA). Außerhalb der PLO gibt es noch weitere Gruppierungen wie die bereits erwähnte Volksfront zur Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP-GC), die Hamas und die islamische Dschihad-Bewegung.³⁵

Zwischen den palästinensischen Parteien und deren Fraktionen bestehen große Unterschiede hinsichtlich ihrer Ideologie und ihren Einschätzungen der historischen und politischen Entwicklungen in der Region seit dem Jahr 1948 und dessen, was diese für das palästinensische Volk bedeuten. Seit ihrer internationalen Anerkennung als einzige legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes beansprucht die PLO die Führungsposition unter den PalästinenserInnen. Die Fatah-Bewegung und Hamas sind die zwei palästinensischen Organisationen mit dem größten Einfluss auf die palästinensische Bevölkerung. Seit 2007 ist die Macht zwischen ihnen aufgeteilt, und zwar so, dass Fatah die meisten Teile des Westjordanlandes kontrolliert und somit auch die Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde übernommen hat, während die Hamas den Gazastreifen kontrolliert und dort als Regierungsmacht auftritt.³⁶

Fakt ist, dass vor der Unterzeichnung des Oslo-Friedensabkommens keine grundsätzlichen Differenzen zwischen den verschiedenen politischen Organisationen bezüglich des Kampfes gegen Israel bestanden. Der Friedensprozess von Oslo aber spaltete das palästinensische politische Spektrum in zwei Lager: Eines befürwortete den Frieden mit Israel, das andere lehnte ihn ab. Die Fatah-Bewegung als wichtigste politische Fraktion der PLO ließ sich auf die langwierigen Friedensbemühungen und Verhandlungen ein. Das Gegenlager mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Friedensprozess und seiner Verweigerung, das Oslo-Abkommen anzuerkennen, wurde von dem syrischen Regime unterstützt. Zu den palästinensischen Organisationen, die am Prinzip des militärischen Kampfes gegen Israel festhielten, zählen die Hamas, die islamische Dschihad-Bewegung und die Abu-Ali-Mustafa-Brigaden. Es ist an dieser Stelle hervorzuheben, dass die innerpalästinensischen Differenzen, Spaltungen und Positionierungen keineswegs frei von politischem Machtkalkül (bezogen auf die Region und die internationale Ebene) sind. Sie werden auch beeinflusst von den sich wandelnden Interessen und politischen Orientierungen in der Region und davon, mit welchen Konsequenzen diese für die palästinensische Sache verbunden sind.

Die Fatah-Bewegung

Die Bewegung zur Nationalen Befreiung Palästinas (kurz Fatah) verfolgt den Kurs einer säkularen, nicht ideologisch geprägten nationalen Befreiungspolitik. Die Bewegung wurde Mitte des letzten Jahrhunderts von Yasser Arafat und seinen Gefährten gegründet. Sie ist die größte politische Fraktion innerhalb der PLO. Ihr gehören die militärischen Flügel der al-'Asifah und der Märtyrerbrigaden der al-Aqsa (arab.: Shuhada' Kata'ib al-Aqsa) an. Nach der Unterzeichnung des Oslo-Friedensabkommens und der Bildung der Palästinensischen Autonomiebehörde erzielte Fatah die Mehrheit in den Parlamentswahlen von 1996 und stellte somit auch die Mehrheit der Regierung in Ramallah. Bis 2004 war Yasser Arafat der Führer der Bewegung, zu seinem Nachfolger wurde Mahmoud Abbas.

Der politische Kurs der Fatah-Bewegung war nicht immer konsistent. Seit Beginn ihrer Entstehung verfolgte die Bewegung das Ziel der Befreiung Palästinas durch den bewaffneten Kampf. Erst mit dem Friedensprozess von Oslo schwenkte sie um und ließ sich auf Friedensverhandlungen mit Israel ein. Infolge dieses Kurswechsels kam es zu einigen Spaltungen innerhalb der Bewegung, wobei die Abspaltung der al-'Asifah-Fraktion mit Unterstützung Syriens die bedeutendste war. Büros der Fatah-Bewegung gibt es sowohl in Syri-

³⁵ Vgl. die offizielle Webseite der Fatah-Bewegung unter: http://www.fatehorg.ps/index.php?action=show_page&ID=11455&lang=ar. ³⁶ Im Jahr 2006 fanden in den palästinensischen Gebieten Parlamentswahlen statt, bei denen Hamas die Mehrheit der Sitze gewann. Dies führte zu einer innerpalästinensischen Spaltung zwischen der Fatah-Bewegung und Hamas, in deren Folge die damals gebildete Regierung abgesetzt wurde.

en als auch im Libanon – wobei ihr politischer Einflussbereich in den palästinensischen Flüchtlingslagern des Libanon größer ist als in Syrien. Ihre Zentrale befindet sich in Ramallah.

Die Beziehung zwischen der PLO, repräsentiert durch die Fatah-Bewegung als ihrer Hauptvertreterin, und dem syrischen Baath-Regime war stets durch Spannungen und Instabilität gekennzeichnet. Zwar fanden auf syrischem Boden im Gegensatz zum Libanon und zu Jordanien nie bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Organisationen und Regierungseinheiten statt, dennoch verfolgten der ehemalige PLO-Vorsitzende Yasser Arafat und der syrische Präsident Hafis al-Assad wiederstreitende politische Richtungen. Dies führte beide Seiten in politische Sackgassen, besonders was den libanesischen Bürgerkrieg und später die auf die Konferenz von Madrid folgenden Friedensverhandlungen und das Oslo-Abkommen betraf. Diese politischen Diskrepanzen resultierten in einem vollständigen Bruch zwischen beiden Seiten, im Verlauf dessen, noch zu Arafats Zeiten, die Vertretungen und Büros der PLO in Damaskus geschlossen wurden.

Die Situation entspannte sich erst dann etwas, als Baschar al-Assad und Mahmoud Abbas, jetziger Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, an die Regierung kamen. Zu Beginn der Proteste und des Konflikts verurteilte die PLO die Vorgehensweise des syrischen Regimes und forderte es zum Beispiel auf, den Beschuss des palästinensischen Flüchtlingslagers al-Raml in Latakia zu beenden.³⁷ Diese parteiische Stellungnahme der PLO fällt aus dem Rahmen, wenn man die ansonsten eher zurückhaltende und pragmatische Haltung der PLO und mit ihr auch die der Fatah-Bewegung gegenüber den Ereignissen in Syrien betrachtet. Präsident Abbas bestand auf der Notwendigkeit, sich unparteiisch zu verhalten und alles daran zu setzen, nicht in den kriegerischen Konflikt hineingerissen zu werden. Dabei ging er davon aus, dass die PalästinenserInnen in Syrien geduldete Gäste seien und dass eine Wiederholung der Erfahrungen, die die PalästinenserInnen im Libanon-Krieg hatten machen müssen, auf jeden Fall zu vermeiden sei.³⁸

Zweimal seit Beginn des jetzigen Konflikts haben VertreterInnen der PLO Damaskus einen Besuch abgestattet, um sich darüber auszutauschen, wie die Neutralität der palästinensischen Flüchtlingslager zu wahren und deren Einbeziehung in den Konflikt zu verhindern sei. Allerdings brachten diese Diskussionen keine praktischen Erfolge. Ein Ergebnis des ersten Besuchs der PLO war die Wiedereröffnung einiger PLO-Einrichtungen in Damaskus, die bislang unter der Kontrolle der Fatah-Bewegung – al-Intifada³⁹ gestanden hatten. Der zweite Besuch führte zu einem im April 2013 verkündeten Beschluss der PLO, monatlich eine Million US-Dollar zur Verfügung zu stellen, von denen 750.000 US-Dollar direkt in die Flüchtlingshilfe fließen sollten. Das macht 1.500 syrische Lira pro Person. Der Fatah-Bewegung kann zugute gehalten werden, dass

sie damit einer nicht unbeträchtlichen Zahl an Binnenvertriebenen und Kriegsgeschädigten in den Flüchtlingslagern geholfen hat, vor allem bei der Unterkunft. Diese Unterstützungsaktivitäten sind aber davon abhängig, inwieweit sich die Fatah-Bewegung im Land frei bewegen kann.

Hamas

Hamas steht für Islamische Befreiungsbewegung und für einen sunnitisch-islamistischen Kurs, der Palästina mit Waffengewalt befreien will und Verhandlungen mit Israel ablehnt. Seit ihrer Gründung im Jahr 1988 durch Sheikh Ahmad Yassin und andere ägyptische Muslimbrüder im Gazastreifen steht die Hamas-Bewegung in enger Verbindung zur Muslimbruderschaft. Der militärische Flügel der Hamas, die Qassam-Brigaden, hat ihren Hauptsitz in Gaza, wo sich auch der Sitz der abgesetzten Regierung sowie seit 2007 das Hauptquartier der Hamas befinden.

Die Beziehungen zwischen der Hamas und Fatah sind schlecht und angespannt wegen ihrer abweichenden Haltung gegenüber Israel, aber auch aufgrund des brutalen und zum Teil militärisch ausgetragenen Macht- und Führungskampfs zwischen den beiden Organisationen, der insbesondere in den Jahren 2006 und 2007 im Gazastreifen und im Westjordanland eskalierte. Leiter des Politbüros der Hamas-Bewegung ist Khaled Meshaal, Chef der abgesetzten Regierung ist Ismail Haniyyah.

Im Jahr 1999 wurde das Hamas-Büro in Jordanien aufgrund einer Reihe von unüberbrückbaren Differenzen zwischen der Bewegung und der jordanischen Regierung geschlossen, und die MitarbeiterInnen wurden des Landes verwiesen. Daraufhin verlegte die Hamas ihre Auslandszentrale nach Syrien. Hamas wurde vom syrischen Regime mit offenen Armen aufgenommen, trotz der Vorgeschichte des Regimes mit der Muslimbruderschaft. Mit dem Machtantritt von Baschar al-Assad (2000) wurde die Beziehung zwischen der Hamas und dem Regime besonders eng, verstehen sich doch beide als Teil der vom Iran angeführten «Achse des Widerstands». So fielen die ersten Erklärungen der Hamas zu Beginn der syrischen Revolution auch eher beschwichtigend aus und nahmen Rücksicht auf die Interessen des syrischen Regimes. Erst im Laufe der Entwicklung der Ereignisse schlug Hamas einen anderen Ton an, der sich eher an den Aufständen und den Ereignissen auf der Straße orientierte. Im April 2011 gab die Hamas dann eine öffentliche Erklärung ab, die als Wendepunkt in ihrem Verhältnis zum syrischen Regime betrachtet wird: «Unsere Sichtweise ist die, dass die inländischen Ereignisse die Angelegenheit unserer

³⁷ Al-Sharq al-Awsat Zeitung (Die PA verurteilt die Bombardierung palästinensischer Flüchtlingslager ... und die PLO erklärt: was hier geschieht ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit), 16.8.2011, unter: <http://www.aawsat.com/details.asp?section=4&article=636000&issue=11949#UksJplZmiSo>. ³⁸ Fernsehinterview mit Palästinenser-Präsident Mahmoud Abbas auf Al Jazeera vom 11.3.2012. ³⁹ Die Fatah-Bewegung – al-Intifada ist eine Splittergruppe der Fatah-Bewegung. Sie setzte sich während des libanesischen Bürgerkriegs mit Unterstützung des syrischen Regimes von dieser ab.

Brüder in Syrien sind. Wir als Hamas-Bewegung möchten trotzdem im Einklang mit unseren Prinzipien und der Hochachtung, die wir den arabischen und islamischen Völkern entgegenbringen, unserer Hoffnung Ausdruck verleihen, dass es möglich sein wird, eine Lösung für die aktuelle Situation zu finden, die sowohl die Aspirationen und Hoffnungen des syrischen Volkes erfüllt als auch Syriens Stabilität und den inneren Zusammenhalt des Landes bewahrt und seine Rolle als Teil des Widerstands [gegen Israel] festigt.»⁴⁰

Die veränderte Haltung der Hamas kam auch in der Erklärung des Vizechefs des Politbüros, Musa Abu Marzuq, zum Ausdruck, der bekanntgab, dass die Hamas einer gewalttätigen Lösung des Konflikts durch die Sicherheitskräfte in Syrien ablehnend gegenüberstehe. Dieser Loyalitätsbruch erfolgte jedoch erst, nachdem Hamas-Führer Khaled Meshaal und die Mehrheit der aktiven Mitglieder der Bewegung Syrien schon verlassen und ihr neues Hauptquartier in Katar bezogen hatten.⁴¹ Das syrische Regime reagierte darauf mit einer gegen die Hamas gerichteten Medienkampagne und setzte seine Sicherheitskräfte gegen die im Lande verbliebenen Hamas-Anhänger ein.

Es gibt eine Reihe von Gründen, warum sich die Hamas gegen das Regime und auf die Seite des syrischen Volkes gestellt hat. Zum einen ist sie Mitglied der transnationalen Muslimbruderschaft, die Syrien feindlich gegenübersteht. Des Weiteren wird die syrische Protestbewegung vor allem von SunnitInnen getragen und steht der Ideologie der Hamas näher als der des syrischen Regimes oder der iranischen Führung. Des Weiteren zeichneten sich zu diesem Zeitpunkt Veränderungen in den Machtverhältnissen im Nahen Osten ab, die nicht für die iranische «Achse des Widerstands» sprachen. In Ägypten – das dem Gazastreifen politisch nähersteht – gelangten die Muslimbrüder an die Macht. Im Oktober 2012 erklärte Khaled Meshaal, Chef des Politbüros der Hamas, am Rande einer Konferenz der AKP in der Türkei, dass die Bewegung die syrische Revolution begrüßen würde.

Seitdem sind die sich noch in Syrien aufhaltenden Funktionäre der Hamas einer ständigen Drangsalierung und Verfolgung durch die syrischen Sicherheitskräfte ausgesetzt. Hinzu kommen Angriffe vonseiten der PFLP-GC, was die Fähigkeit der Organisation, in den palästinensischen Flüchtlingslagern Hilfe zu leisten, extrem einschränkt.

Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP-GC)

Die PFLP-GC ist eine panarabistische, linke Organisation, die sich 1968 auf Druck des syrischen Regimes von der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) abgespalten hat. Ahmad Jabril, ehemaliger palästinensischer Offizier in der regulären syrischen Armee, ist seitdem der Führer der Organisation, die ihren Hauptsitz in Damaskus hat. Sie ist eine der palästinensischen Fraktionen, die 1974 die PLO unter der Bezeichnung «Front der Ablehnung» verlassen haben.

Die PFLP-GC gilt als die dem syrischen Regime am nächsten stehende palästinensische Organisation. So agiert sie etwa als Arm der syrischen Armee im Libanon. Sie ist außerdem die einzige palästinensische Organisation, der es gestattet wurde, auf syrischem Boden ihre militärischen Stellungen und Waffen zu behalten. Dementsprechend groß sind ihre Machtbefugnisse auch innerhalb der palästinensischen Flüchtlingslager. Die PFLP-GC positionierte sich seit Beginn der Revolution deutlich an der Seite des Regimes. Ihre Funktionäre wirkten aktiv an der Verbreitung der offiziellen Propaganda zum Aufstand in Syrien mit und übernahmen die Aufgabe, in den palästinensischen Flüchtlingslagern RegimegegnerInnen auszumachen und zu verfolgen. Anfang Juni 2011 schossen Anhänger der PFLP-GC auf palästinensische DemonstrantInnen im Flüchtlingslager Yarmouk, ganz in der Nähe des Hauptsitzes der Organisation al-Khalsah. Später, als die bewaffnete syrische Opposition bis zu den Eingängen des Lagers vorgedrungen war, erteilte das syrische Regime der PFLP-GC den Befehl, für die Sicherheit der palästinensischen Flüchtlingslager zu sorgen und sich dem bewaffneten Widerstand innerhalb der Lager entgegenzustellen. Dadurch gerieten die meisten Flüchtlingslager quasi unter die militärische Zwangsherrschaft der PFLP-GC. Aus Sicht der Opposition unterscheidet sich das Verhalten der Kämpfer dieser Organisation kaum von dem der Soldaten der regulären syrischen Streitkräfte.

Positionen anderer palästinensischer Organisationen

Die Positionen anderer palästinensischer Organisationen zum Syrien-Konflikt variieren zwischen Unterstützung des Regimes und einer neutralen Haltung. Offene Unterstützung erhält das syrische Regime von den Shabiha-Milizen (al-Sa'iq), die ausschließlich in Syrien präsent sind. Sie sind eine der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei treu ergebene militärische Organisation, die außerdem die Kontrolle über die palästinensischen Gewerkschaften in Syrien innehat. Eine neutrale Haltung zum Konflikt in Syrien nehmen die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) ein. Die Bewegung des Islamischen Dschihad dagegen bezieht öffentlich keine Stellung. Einig ist man sich, dass die palästinensischen Flüchtlingslager unparteiisch bleiben müssen. Hinter verschlossenen Türen werden allerdings auch andere Positionen vertreten. Viele werfen den palästinensischen Funktionären vor, die in Syrien lebenden PalästinenserInnen, die täglich Tod und Vertreibung ausgesetzt sind, im Stich gelassen zu haben. Denn faktisch hat sich schon längst erwiesen, dass die Einhaltung der Unparteilichkeit der Flüchtlingslager so gut wie unmöglich ist.

⁴⁰ Diese Presseerklärung wurde vom Hamas-Büro für Öffentlichkeitsarbeit «zu den aktuellen Ereignissen im Bruderland Syrien» im April 2011 abgegeben. ⁴¹ Der Umzug nach Doha, der Hauptstadt von Katar, erfolgte im Februar 2012.

Die verschiedenen Positionen der politischen palästinensischen Organisationen zum Syrien-Konflikt können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Eine von Anfang an eindeutige Unterstützung des Assad-Regimes, inklusive deren politischer Deutung der Aufstände als «Komplotz», dessen Ziel es sei, die «Achse des Widerstands» zu schwächen und Syriens Allianz mit dem Iran und der Hisbollah zu unterminieren. Vertreten wird diese Position von der PFLP-GC, die auch die bewaffneten «Volkskomitees» in den meisten palästinensischen Flüchtlingslagern organisiert und lenkt.

2. Die Haltung der Hamas-Bewegung, die sich nicht von Anfang an, aber im Laufe der Ereignisse für die syrische Revolution ausgesprochen hat, im Einklang mit ihren vorangegangenen Solidaritätsbekundungen gegenüber den Revolutionen im arabischen Raum, die sich gegen totalitäre Regime wenden. Zudem betont die Hamas ihre Loyalität gegenüber dem syrischen Volk, das die palästinensischen Flüchtlinge und auch den palästinensischen Widerstand mit offenen Armen aufgenommen habe.

3. Die Position der PLO und der ihr zugehörigen Fraktionen, die sich inzwischen darauf geeinigt haben, sich auf einen Punkt zu konzentrieren: nämlich durch die Einhaltung des Unparteilichkeitsgebots die palästinensischen Flüchtlingslager in Syrien aus dem Konflikt herauszuhalten und ihre Militarisierung durch den Abzug aller bewaffneten Kämpfer aus den Lagern zu verhindern.

2.4 DIE PALÄSTINENSISCHEN FLÜCHTLINGE IM LIBANON VOR UND WÄHREND DER SYRISCHEN REVOLUTION

Die Anzahl der bei der UNRWA registrierten palästinensischen Flüchtlinge im Libanon beträgt 474.053. Ein großer Teil von Ihnen lebt in den insgesamt elf Flüchtlingslagern des Landes (vgl. zur Aufteilung Abb. 3).⁴² Sie stellen 10 Prozent der Bevölkerung des Libanon und machen 9 Prozent aller palästinensischen Flüchtlinge aus.⁴³ Die PalästinenserInnen sind hauptsächlich im Zuge zweier großer Fluchtwellen in den Libanon gekommen. Die erste folgte der Nakba im Jahr 1948, die zweite war die Folge der Ereignisse des «Schwarzen Septembers» 1971 in Jordanien.

Abb. 3: Anzahl und Verteilung der palästinensischen Flüchtlinge auf die elf offiziellen Flüchtlingslager im Libanon

Name	Gegend	Anzahl der BewohnerInnen
'Ain al-Hilweh	Saida	54.116
Al-Rashidiyyeh	Tyrus	31.478
Burj al-Shamali	Tyrus	22.789
al-Baddawi	Tripoli	16.500
Burj al-Barajneh	Beirut	17.945
al-Bas	Tyrus	11.254
Shatila	Beirut	9.842
Wifil	Baalbak	8.806
al-Miyyeh miyyeh	Saida	5.250
Dbayyeh	Beirut	4.351
Mar Ilyas	Beirut	626

Quelle: UNRWA⁴⁴

2.4.1 Soziale und bürgerrechtliche Situation der palästinensischen Flüchtlinge

Die Aufnahme- und Lebensbedingungen der PalästinenserInnen im Libanon unterscheiden sich von denen in Syrien. Zum einen ist der rechtliche Umgang mit ihnen ein anderer, zum anderen begründen sich die Unterschiede aus der Verwicklung der PLO in den libanesischen Bürgerkrieg (1975–1990), was spürbare Konsequenzen für die im Libanon lebenden PalästinenserInnen hatte.

Während die palästinensischen Flüchtlingslager in Syrien einer strengen Überwachung durch verschiedene staatliche Sicherheitsbehörden unterliegen, unterstehen die Lager im Libanon einer Art autonomer Verwaltung durch die PLO und ihren verschiedenen Fraktionen. Ihnen ist es erlaubt, auf diesen Territorien Waffen zu tragen und Sicherheits-Checkpoints einzurichten. Mit der Ausnahme von Mar Ilyas sind alle palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon permanent von einem militärischen Sicherheitsring umgeben, kontrolliert von der libanesischen Armee. In den meisten Flüchtlingslagern wie zum Beispiel in 'Ain al-Hilweh kommt noch ein weiterer äußerer Sicherheitsring hinzu, in dem die verschiedenen palästinensischen Organisationen die Identität jeder Person, die das Lager betreten will, überprüfen.

Im Vergleich zur Situation in anderen Ländern der Region leben die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon unter besonders harten sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. 66 Prozent der BewohnerInnen der Lager sind arm, wobei diejenigen als arm gelten, die nicht in der Lage sind, ihre Grundbedürfnisse an Lebensmitteln zu decken. In der libanesischen Gesellschaft beträgt die Armutsrate 35 Prozent. Von den Ar-

⁴² Vor dem libanesischen Bürgerkrieg gab es noch weitere Flüchtlingslager, zum Beispiel Jisr al-Basha, al-Nabatiyyeh und Tal al-Za'atar, die inzwischen vollständig zerstört sind. Das Flüchtlingslager Nahr al-Bared wurde 2007 während militärischer Auseinandersetzungen zwischen der libanesischen Armee und fundamentalistischen islamistischen Gruppierungen in Schutt und Asche gelegt. Zurzeit arbeiten die Menschen an seinem Wiederaufbau. Vor seiner Zerstörung lag die Einwohnerzahl bei etwa 33.000. Nach seiner Zerstörung verteilten sich seine EinwohnerInnen auf andere Flüchtlingslager im Libanon. ⁴³ Vgl. Lagerprofile der UNRWA unter: <http://www.unrwa.org/where-we-work/lebanon/camp-profiles?field=15>. ⁴⁴ Ebd.

men in den Flüchtlingslagern leiden 15 Prozent unter akuter Armut und einem Mangel an Nahrungssicherheit und bedürfen dringender Hilfe. 63 Prozent der Bedürftigen im Flüchtlingslager leiden unter «relativer Armut». 56 Prozent der BewohnerInnen sind arbeitslos. Zwei Drittel der Erwerbstätigen sind entweder im Baugewerbe, als StraßenhändlerInnen oder in der Landwirtschaft tätig. Sie allesamt zählen zu den Armen. Nur die Hälfte der Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren geht zur Schule, nur 6 Prozent der PalästinenserInnen haben einen Universitätsabschluss – im Vergleich zu 22 Prozent der libanesischen Bevölkerung. 95 Prozent der palästinensischen Flüchtlinge haben keine Krankenversicherung. 66 Prozent leben in Unterkünften, die feucht sind, und 8 Prozent in Hütten aus Holz oder Wellblech. Ungefähr 8 Prozent der Familien wohnen in extrem dicht besiedelten Gebieten.⁴⁵

Im Libanon gibt es kein Gesetz und keine Verordnung, die definiert, was ein palästinensischer Flüchtling ist. PalästinenserInnen werden hier als eine besondere Kategorie von AusländerInnen mit einem vorübergehenden Aufenthaltsstatus geduldet. Das einzige Ausweisdokument, über das viele palästinensische Flüchtlinge verfügen, ist eine Registrierungskarte der UNRWA. Zuständig für die Ausstellung von Reisedokumenten ist die «Generaldirektion für politische und Flüchtlingsangelegenheiten»⁴⁶ im libanesischen Innenministerium. Ein palästinensischer Flüchtling besitzt daher auch keine bürgerlichen und sozialen Rechte im Libanon. Der Aufenthalt palästinensischer Flüchtlinge auf libanesischem Territorium gilt allerdings nach Erlass Nr. 136 von 1969 als legal und befreit sie somit von der Pflicht zur regelmäßigen Erneuerung ihrer Aufenthaltserlaubnis.

Seit 1950 hat es von verschiedenen Seiten immer wieder Bemühungen gegeben, den PalästinenserInnen im Libanon die Einbürgerung zu ermöglichen, auch mit dem Ziel, über demografische Verschiebungen die konfessionellen und politischen Machtverhältnisse im Land zu ändern. Das hat andererseits dazu beigetragen, dass die Anwesenheit einer so großen Zahl von palästinensischen Flüchtlingen mit großer Besorgnis betrachtet wird. Daher schwingen in allen Diskussionen über den bürgerrechtlichen Status der PalästinenserInnen im Libanon immer auch macht- und sicherheitspolitische Überlegungen mit. 1969 führte das zwischen der libanesischen Regierung und der PLO geschlossene «Abkommen von Kairo» zu einer Verbesserung der Situation der palästinensischen Flüchtlinge. Sie waren von nun an besser vor Kontrollen und Übergriffen durch die libanesischen Sicherheitsorgane geschützt.⁴⁷ Mit dem Ende des Abkommens und dem Rückzug der PLO aus dem Libanon verschlechterte sich die Lage der palästinensischen Flüchtlinge dort allerdings wieder zusehends.

Nach dem Abkommen von Taif, das das Ende des 15 Jahre andauernden libanesischen Bürgerkrieges einläutete, hegten viele politische Kräfte im Libanon weiterhin große Skepsis gegenüber der Einbürgerung der

PalästinenserInnen, weiterhin aus Angst davor, dass das fragile konfessionelle Gleichgewicht im Land erschüttert werden könnte und diese sich im Land sowohl in geografischer als auch in politischer Hinsicht ausbreiten würden. Die Regierung verbot sogar die Erneuerung der Infrastruktur sowie die Reparatur und den Wiederaufbau von zerstörten Häusern in den Flüchtlingslagern. Dies führte angesichts einer wachsenden Bevölkerung zu extremer Enge und zum Teil zu menschenunwürdigen Lebensverhältnissen in den palästinensischen Flüchtlingslagern.

In der Folge kam es zur Gründung von libanesisch-palästinensischen Komitees, um die rechtliche Lage der palästinensischen Flüchtlinge im Land zu untersuchen und Lösungsvorschläge für verschiedene Probleme zu unterbreiten. Erneut wurden ihnen die vollen Bürgerrechte in Aussicht gestellt. Im Gegenzug sollten die in den Flüchtlingslagern agierenden Organisationen jedoch alle ihre Waffen an den libanesischen Staat abgeben. Als die Zeit kam, diesen Vorschlag in die Praxis umzusetzen, machte die libanesische Regierung jedoch einen Rückzieher.

Seit dem Jahr 2001 ist es palästinensischen Flüchtlingen dagegen sogar ausdrücklich verboten, im Libanon Eigentum zu besitzen und zu (ver-)erben (Gesetz 296).⁴⁸ Auch arbeitsrechtlich unterliegen sie einer Reihe von Diskriminierungen. Zunächst galt für sie Erlass Nummer 17561 aus dem Jahr 1964, wonach jede/r AusländerIn verpflichtet war, beim Ministerium für Arbeit eine Arbeitserlaubnis zu beantragen, wenn er/sie die Absicht hatte, im Land einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Später (ab 1982) galt dann Erlass Nummer 1/289, in dem 24 Berufe und Erwerbsfelder aufgeführt sind, von denen palästinensische Flüchtlinge ausgeschlossen sind. Die Zahl der «verbotenen Berufstätigkeiten» wurde in den folgenden Jahren auf 73 erhöht. Erst im Jahr 2010 verabschiedete das libanesische Parlament eine Änderung des Arbeitsgesetzes (Paragraph 59), die einige Erleichterungen enthält. Seitdem können palästinensische Flüchtlinge zum Beispiel im Tourismussektor arbeiten und haben als Erwerbstätige auch ein Recht auf den Einbezug in die Sozialversicherung.⁴⁹

⁴⁵ Vgl. Socio-Economic Survey of Palestinian Refugees in Lebanon 2010, erstellt durch die UNRWA und die Amerikanische Universität in Beirut (AUB), unter: <http://www.unrwa.org/userfiles/2011012074253.pdf>. ⁴⁶ Das «Zentrale Komitee für die Angelegenheiten palästinensischer Flüchtlinge» wurde im Jahr 1950 gegründet. Die Namensänderung in «Generaldirektion für politische und Flüchtlingsangelegenheiten» erfolgte im Jahr 2002. ⁴⁷ Das Abkommen von Kairo von 1969 gestattete es unter anderem der PLO, ihren Kampf für die Befreiung Palästinas von libanesischem Boden aus zu führen. Es regelte auch, dass die PalästinenserInnen für die innere Sicherheit der Flüchtlingslager selbst zuständig sind. Seitdem obliegt die Verwaltung der inneren Angelegenheiten sogenannten Volkskomitees (Popular Committees). Den libanesischen Sicherheitskräften (Armee und Polizei) war es gemäß diesem Abkommen bis zu seiner Annulation von libanesischer Seite 1987 nicht erlaubt, die Lager zu betreten. ⁴⁸ Huweidi, Ali (2011): Regulierende Gesetze der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon. In: Haq al-Awdeh Zeitung, Dezember 2011, Nummer 51, unter: <http://www.alawda-mag.com/default.asp?issuelD=52&contentID=2023&menuID=28>. ⁴⁹ Vgl. Youkal Net (Das libanesische Parlament bewilligt die Arbeitsgenehmigung für palästinensische Flüchtlinge sowie das Gesetz zur Erdölexploration), 17.8.2010, unter: http://youkal.net/archive/index.php?option=com_content&view=article&id=7907:2010-08-17-12-16-57&catid=49:2009-12-16-09-51-07&Itemid=119.

2.4.2 Sicherheitslage und politische Situation in den palästinensischen Flüchtlingslagern

Die aktuelle Sicherheits- und politische Lage in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon kann wie folgt zusammengefasst werden:

1. 'Ain al-Hilweh, Saida: Dieses Lager gleicht in Bezug auf die Sicherheitslage einer isolierten «Insel», obwohl es zurzeit das Lager ist, aus dem am häufigsten «sicherheitsrelevante Vorkommnisse» gemeldet werden. Alle palästinensischen politischen Kräfte sowie eine Reihe von bewaffneten extremistischen islamistischen Organisationen sind dort vertreten. Nach einem einvernehmlichen Abkommen unterliegt die Kontrolle des Lagers daher drei verschiedenen Seiten: der PLO, der Allianz (Hamas und Unterstützern) und islamistischen Organisationen. Oft kommt es zu Störungen dieses militärischen und politischen «Gleichgewichts», was häufig in direkten Zusammenstößen und gewalttätigen Auseinandersetzungen resultiert.

Von den PLO-Fraktionen ist die Fatah-Bewegung die einflussreichste im Lager, gefolgt von der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP), der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF), der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), der Arabisch-Palästinensischen Front und der Arabischen Befreiungsfront (ALF). Aufseiten der Allianz ist die Hamas-Bewegung die stärkste, wobei ihr Einfluss weniger auf ihrer Waffengewalt als vielmehr auf ihrem soliden Rückhalt in der Bevölkerung beruht. Von Bedeutung sind des Weiteren die islamische Dschihad-Bewegung und die Volksfront zur Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP-GC). Die wichtigsten islamistischen Kräfte innerhalb dieses Flüchtlingslagers sind Jund al-Sham, Ansar Allah, 'Usbat al-Nur und 'Usbat al-Ansar. Diese Organisationen sind sowohl im Libanon als auch in Palästina aktiv. Ihre Strukturen sind weitestgehend unbekannt, ähnlich wie bei der Internationalen al-Qaida. Einige dieser islamistischen Organisationen sind jedoch schon älter. 'Usbat al-Ansar besteht seit 1985. Andere wurden erst kürzlich ins Leben gerufen. So wurde Jund al-Sham im Jahr 2004 gegründet und trat im Zusammenhang mit den Ereignissen im Flüchtlingslager Nahr al-Bared in Erscheinung, als sie sich heftige Auseinandersetzungen mit der libanesischen Armee lieferte, infolgedessen das gesamte Lager zerstört wurde.

Das Flüchtlingslager 'Ain al-Hilweh ist nach dem Lager Nahr al-Bared der zweitgrößte «Nachwuchslieferant» für die extremistischen islamistischen Organisationen, die sich in dem Flüchtlingslager in den letzten Jahren breitgemacht und den traditionellen palästinensischen Gruppierung Einfluss und Machtanspruch streitig gemacht haben. Sie scheuen vor keinerlei bewaffneter Auseinandersetzung zurück und griffen sogar die Fatah-Bewegung an. Seit Beginn der Revolution in Syrien und ihrer Militarisierung kursieren viele Gerüchte, nach denen sich Mitglieder dieser Milizen dorthin abgesetzt hätten, um zu kämpfen. Als es in der libanesischen Stadt Saida zu einem Gefecht zwischen der Gruppe des libanesischen Sheikh Ahmad al-Assir

und der libanesischen Armee kam, waren auch diese extremistischen Gruppen aus dem Lager beteiligt. Später kam es auch zu schweren Zusammenstößen mit der libanesischen Armee in der zum Flüchtlingslager gehörenden Gegend von al-Ta'mir.

2. Al-Rashidiyyeh, Tyrus: Hier kontrolliert die Fatah-Bewegung ganz klar den südlichen Teil des Flüchtlingslagers, wo sie nicht nur an den Eingängen verschiedene Checkpoints errichtet hat. Bemerkenswert ist, dass es in diesem Lager keine Büros der Hamas-Bewegung gibt. Hamas genießt lediglich unter einem kleinen Teil der Bevölkerung Sympathien. Die anderen palästinensischen Fraktionen sind im Lager unterschiedlich stark vertreten. Die starke Präsenz der Fatah-Bewegung bzw. der PLO in diesem Lager war lange Zeit Garant dafür, dass es aus den aktuellen Konflikten herausgehalten werden konnte und keinen Platz bot für Kriminelle und Extremisten. Bemerkenswert ist auch – im Vergleich zum Flüchtlingslager 'Ain al-Hilweh – die geringe Verbreitung von Waffen im Lager.

3. Burj al-Shamali, Tyrus: Wie auch im Flüchtlingslager al-Rashidiyyeh sind die Mehrheit der EinwohnerInnen AnhängerInnen der Fatah-Bewegung. Allerdings sind die anderen Organisationen, darunter auch die Hamas, in diesem Lager stärker vertreten als in al-Rashidiyyeh. Bedeutend sind neben der Fatah noch die PFLP und die DFLP, gefolgt von der islamischen Dschihad-Bewegung. Sie sind alle in den sogenannten Volkskomitees vertreten, die die Flüchtlingslager im Libanon verwalten. Die Sicherheitssituation im Burj al-Shamali ist relativ stabil, da das der Fatah unterstehende Volkskomitee im Lager streng durchgreift.

4. Al-Bas, Tyrus: Die palästinensischen Organisationen teilen sich hier die Führungsmacht, wobei die Fatah-Bewegung meist die Oberhand behält. Die folgenden Organisationen sind im Lager politisch vertreten: Hamas, DFLP, PFLP, PLF, ALF, al-Nidal Front, islamische Dschihad-Bewegung, Shabiha-Miliz, die Volkspartei, Ansar Allah und die al-Tahrir-Partei. Die Sicherheitssituation im Lager ist stets instabil aufgrund der starken Spannungen zwischen der Fatah und Hamas, die unentwegt um die Vormachtstellung konkurrieren.

5. Burj al-Barajneh, Beirut: Dieses Flüchtlingslager hat eine brisante geografische Lage. Es liegt am südlichen Eingang Beiruts, in direkter Nachbarschaft zu Beiruts südlicher Vorstadt (al-Dahiyeh al-Janubiyeh), in der die Hisbollah ihre Sicherheits- und politischen Zentren hat und Checkpoints in unmittelbarer Nähe des Lagers unterhält. Daher steht dieses Lager im Fokus verschiedener palästinensischer und nichtpalästinensischer Gruppierungen und Akteure. Diese Situation kann der Grund dafür sein, dass es in den letzten Jahren keiner Fraktion gelungen ist, die Kontrolle über das Lager zu erringen. Es ist schwer zu sagen, welche Organisation hier politisch und militärisch die stärkste ist. Die Abwesenheit islamistischer Organisationen (ausgenommen der Hamas) und die vergleichsweise schwache Stellung der Fatah in diesem Flüchtlingslager legen nahe, dass der Hisbollah nahestehende lin-

ke Organisationen wie die PFLP-GC oder die DFLP hier einen beachtlichen Einfluss haben. Die Sicherheitssituation ist nicht durchgehend stabil, es kommt immer wieder zu Auseinandersetzungen. Eine der letzten Zusammenstöße, bei dem ein Palästinenser getötet und weitere verletzt wurden, ereignete sich zwischen BewohnerInnen des Lagers und der Hisbollah. Einige PalästinenserInnen hatten sich geweigert, sich an einem der Hisbollah-Checkpoints kontrollieren zu lassen.⁵⁰

6. Shatila, Beirut: Auch dieses Lager hat eine geografisch schwierige Lage. Es befindet sich in der Mitte von Beirut und zieht sich entlang der Grenzlinie, die die von der Hisbollah und der Amal-Bewegung kontrollierten Gegenden von den benachbarten sunnitischen Stadtvierteln trennt. Das Lager steht daher auch im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit verschiedener politischer Gruppierungen und Akteure. Die palästinensischen BewohnerInnen werden gezielt von verschiedenen libanesischen Kräften rekrutiert, um den sunnitisch-schiitischen Konflikt, der sich parallel zu Syrien auch im Libanon verschärft hat, weiter anzuhetzen. Deswegen hat sich auch die Sicherheitssituation im Lager in der letzten Zeit zunehmend verschlechtert. Im Flüchtlingslager Shatila dominieren die Fatah und die PFLP. Der Hamas und der Hisbollah nahestehende linke Organisationen sind hier nicht aktiv.

Im Allgemeinen ist die Lage in fast allen Flüchtlingslagern im Libanon dauerhaft angespannt. Die Abwesenheit offizieller libanesischer Sicherheitsorgane in den Flüchtlingslagern begünstigt den Drogenhandel, die Aktivitäten von kriminellen Gangs und die Verbreitung von Waffen. Das Leben der ZivilistInnen in den Flüchtlingslagern ist daher stets bedroht. Gewalttätige Zusammenstöße sind keine Seltenheit, manchmal auch persönlicher Natur, können aber schnell in tagelange bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten palästinensischen Fraktionen oder aber auch in Kämpfe mit libanesischen Organisationen ausarten. Die fragile Sicherheitslage in den Lagern und das Problem, dass die eigentlich für den Schutz der BewohnerInnen Verantwortlichen bestimmte politische Interessen vertreten, hat die Lager zu wichtigen Exporteuren von Waffen und Kämpfern gemacht, die im Libanon, aber auch anderenorts zum Einsatz kommen. Immer mehr BewohnerInnen der Flüchtlingslager werden somit gezielt in kriegerische Konflikte hineingezogen und werden zu sinnlosen Opfern von Kämpfen, in der es nicht um «ihre eigene Sache» geht.

2.5 DIE PALÄSTINENSISCHEN FLÜCHTLINGE: VON SYRIEN IN DEN LIBANON

Zu Beginn der Syrien-Krise im Jahr 2011 flohen nur wenige PalästinenserInnen von Syrien in den Libanon. Dies änderte sich jedoch, als die palästinensischen Flüchtlingslager in Damaskus Mitte 2012 zu Zielscheiben militärischer Angriffe wurden. Die Zahl der aus Syrien geflohenen palästinensischen Flüchtlinge, die sich derzeit im Libanon aufhalten, wird auf 80.000 geschätzt. Von ihnen leben rund 52 Prozent in Lagern und

davon ein Großteil in Saida im Flüchtlingslager 'Ain al-Hilweh (30 Prozent) und in den Lagern in der libanesischen Bekaa-Ebene (rund 20 Prozent). Der Rest lebt verteilt über den gesamten Libanon.⁵¹

Die meisten kommen aus den syrischen Flüchtlingslagern Yarmouk, Sabineh, Filesteen, Daraa und aus den Gegenden al-Hajar al-Aswad und al-Sitt Zainab. Im Libanon konzentriert sich eine Mehrheit dieser Flüchtlinge in der Stadt Saida, wo die Menschen nicht nur im dortigen Lager untergekommen sind, sondern zum Teil auch privat. Es wird geschätzt, dass sich zwischen 400 und 700 Familien bei ihren Verwandten aufhalten. Die Bevölkerung des Flüchtlingslagers 'Ain al-Hilweh ist in kürzester Zeit von geschätzten 45.000 auf 75.000 Menschen angewachsen.⁵²

2.5.1 Die humanitäre Lage der palästinensischen Flüchtlinge aus Syrien

Eines der größten Probleme, mit dem die palästinensischen Flüchtlinge aus Syrien im Libanon konfrontiert sind, ist das Problem der Unterkunft bzw. des Wohnraums. Die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon sind schon überbevölkert, weil die libanesischen Regierung den Ausbau der Lager verhindert hat und somit keine neuen Häuser und Wohnungen entstanden sind. Zugleich müssen diese Lager aber die Ankömmlinge aus Syrien aufnehmen, da sich die meisten die Mieten und Lebenshaltungskosten in den libanesischen Städten nicht leisten können. Die Mehrheit der Flüchtlinge aus Syrien ist also gezwungen, bei ihren Verwandten in und außerhalb der palästinensischen Flüchtlingslager unterzukommen.

Dadurch steigt die ohnehin schon hohe Zahl der in einem Haushalt lebenden Personen. In manchen Fällen teilen sich mehr als 20 Personen einen Raum. Diejenigen, die keine Verwandte im Libanon und den dortigen Flüchtlingslagern haben, versuchen in den Lagern oder in der Umgebung Wohnraum zu mieten. Dies übersteigt meistens ihre finanziellen Möglichkeiten, denn ein Zimmer ist nicht unter 200 US-Dollar zu haben. Daher sehen sich viele gezwungen, sich an die UNRWA oder an die verschiedenen palästinensischen Organisationen zu wenden, um diese um Unterstützung bei der Wohnungssuche zu bitten. Allerdings sind auch die UNRWA und die politischen Gruppierungen mit dieser Aufgabe überfordert. Viele der Organisationen haben ihre Büros und Einrichtungen innerhalb der Flüchtlingslager schon in Notunterkünfte umgewandelt. Die UNRWA versucht, ihre Ressourcen nicht nur für Bildungsangebote und medizinische Versorgung, sondern verstärkt auch für die Schaffung von Unterkünften einzusetzen. Allerdings gelingt ihr das nur

⁵⁰ Vgl. Fernsachrichten der LBC Group TV vom 8.9.2013. ⁵¹ Vgl. Pressekonzferenz des Direktors für UNRWA-Angelegenheiten im Libanon, Ann Dismor, vom 15.6.2013, übertragen von LBC Group TV. ⁵² Abu al-Ghuzlan, Haitham (2013): Das Leid der palästinensischen Flüchtlinge: zwischen den Gefahren einer Heimkehr und den Schwierigkeiten der Vertreibung. In: Haq al-Awdeh Zeitung, September 2013, Nr. 72, unter: <http://www.alawda-mag.com/Default.asp?ContentID=2407&menuID=86>.

bedingt, sodass vielerorts die Wohnungsnot immer schlimmere Züge annimmt. In Reaktion darauf haben die Volkskomitees im Lager 'Ain al-Hilweh im September 2012 die dortige UNRWA-Zentrale gestürmt und obdachlose Flüchtlingsfamilien dort untergebracht. Mit dieser Aktion wollten sie ihren Missmut über die Versäumnisse der UNRWA bei der Bewältigung der akuten Notsituation zum Ausdruck bringen.

Eine weitere große Herausforderung ist die Versorgung der aus Syrien kommenden palästinensischen Flüchtlinge mit ausreichend Nahrungsmitteln. Mehrere Kräfte und NGOs beteiligen sich an der Bewältigung dieser Aufgabe: humanitäre Einrichtungen der palästinensischen Fraktionen, unabhängige Organisationen, die UNRWA und der Rote Halbmond. Auch das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR), das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und «Ärzte ohne Grenzen» leisten humanitäre Hilfe. Das heißt, sie helfen bei der Unterbringung sowie bei der Versorgung von palästinensischen Flüchtlingsfamilien mit Nahrung, Medizin etc., die sich im Norden des Libanons und in der Bekaa-Ebene niedergelassen haben. Die UNRWA bietet humanitäre Hilfe vor allem im Süden des Libanons, wo die Mehrheit der Flüchtlinge und der Flüchtlingslager angesiedelt sind. Den Angaben von AktivistInnen zufolge ist die Versorgung der Flüchtlinge trotz dieser Bemühungen doch eher mangelhaft. Arbeitslosigkeit, ein fehlender Zugang zu Bildungseinrichtungen und vorenthaltende Grundrechte sind neben der prekären Sicherheitslage weitere Probleme vor allem für diejenigen, die schon vor längerer Zeit in den Libanon geflohen sind. Zusammenfassend liegen die Hauptprobleme der Flüchtlinge in den folgenden Bereichen:

1. Unterkunft und Lebenshaltung: Die palästinensischen Flüchtlingsfamilien, die in Flüchtlingslagern Zuflucht gefunden haben, wohnen mehrheitlich in sehr kleinen Wohnungen (meistens nicht größer als 60 qm) unter gesundheitlich bedenklichen Bedingungen (hohe Feuchtigkeit, kaum Licht, extreme Überbelegung). Manche Familien haben ihre ganzen Ersparnisse in die Anmietung einer Wohnung gesteckt und sind nun vollkommen mittellos. Hinzu kommen die Nöte all derjenigen, die schon vor ihrer Flucht aus Syrien in Armut leben mussten. Diese Gruppe macht den Großteil der in den Libanon geflohenen PalästinenserInnen aus.

2. Gesundheit: Die palästinensischen Flüchtlingsfamilien sind aufgrund einer inadäquaten Ernährung und Behausung ernsthaften gesundheitlichen Gefahren und Risiken ausgesetzt. Die UNRWA gelingt die medizinische Versorgung der Flüchtlinge nur unzureichend. Ihre Gesundheitsstationen sind der steigenden Nachfrage nicht gewachsen. Oftmals müssen Verletzte und Kranke tagelang warten, bis sie behandelt bzw. an spezialisierte Kliniken überwiesen werden. Auch Medikamente sind nicht ausreichend vorhanden. Dies trifft besonders die PatientInnen hart, die eine spezielle Medizin benötigen, die regelmäßig eingenommen werden muss.

3. Rechtliche Stellung und Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit: Die Flüchtlinge im Libanon sind dem Gesetz nach nicht Schutzberechtigte des libanesischen Staates. Die meisten von ihnen werden als illegale ZuwandererInnen betrachtet. An Checkpoints werden sie oft verhört, was viele davon abhält, die Flüchtlingslager zu verlassen. Die Möglichkeiten, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, sind dementsprechend recht eingeschränkt. Dies ist zum Nachteil der Betroffenen, aber auch der Familien und Lager, die sie aufgenommen haben, denn der Gesamtbedarf ist stets höher als das vorhandene Einkommen.

4. Bildung und die Situation der Kinder: Die UNRWA hat eine nicht geringe Anzahl von palästinensischen SchülerInnen aus Syrien in ihren Schulen im Libanon aufgenommen. Allerdings unterscheidet sich das Curriculum hier sehr stark von dem in Syrien, und es gibt nicht genügend LehrerInnen, um die große Zahl der neuen SchülerInnen angemessen betreuen zu können. Die Mittel der UNRWA reichen nicht aus, um den wachsenden Herausforderungen im Bildungswesen gerecht zu werden. Auch die medizinische Versorgung der Kinder ist mangelhaft. Es gibt weder genug Spielzeug noch genug Raum zum Spielen. Kinder spielen häufig in den engen Gassen der Lager oder mitten auf der Straße, was oftmals lebensgefährlich ist.

2.6 DIE PALÄSTINENSISCHE ZIVILGESELLSCHAFT

Die palästinensische Zivilgesellschaft ist der Akteur mit der derzeit scheinbar stärksten Präsenz in den Flüchtlingslagern. Dies gilt sowohl für Syrien als auch für den Libanon – auch wenn die Erfahrungen in beiden Ländern unterschiedlich sind. Zivilgesellschaftliche Organisationen füllen in letzter Zeit immer häufiger die Lücken, die die traditionellen Unterstützer der palästinensischen Flüchtlinge – seien es die verschiedenen politischen Fraktionen oder die UNRWA – hinterlassen haben. In Damaskus, seinen Vororten und der Provinz Rif Damaskus ist die Situation besonders brisant, weil hier die bekannten Hilfsorganisationen kaum mehr tätig sind. Dagegen ist die Situation in einigen der palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon vergleichsweise stabil, weil hier die verschiedenen politischen Organisationen und auch die UNRWA noch halbwegs präsent sind und auch eine zusätzliche Unterstützung durch zivilgesellschaftliche Organisationen möglich machen.

Die palästinensische Zivilgesellschaft ist noch relativ jung und sieht sich schon mit extrem schwierigen Herausforderungen konfrontiert. Die von ihr zu bewältigenden Aufgaben und die von ihr wahrzunehmende Verantwortung sind enorm und übersteigen das, was vergleichbaren Einrichtungen in anderen Ländern normalerweise abverlangt wird. Die palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen nicht nur einen Großteil der benötigten humanitären Hilfe zur Verfügung stellen, sie sind dazu auch noch verantwortlich für sämtliche Angelegen-

heiten, die die PalästinenserInnen in den Lagern und außerhalb betreffen. Dieser Herausforderung müssen sie sich zudem unter besonders gefährlichen Bedingungen und mit relativ bescheidenen finanziellen Mitteln stellen.

Unabhängig von den allgemeinen Beweggründen, die oftmals für zivilgesellschaftliches Engagement genannt werden, können für die Region folgende Faktoren angeführt werden, die Einfluss auf die aktuelle Lage haben: Erstens ist kaum zu übersehen, dass politische Organisationen wie die einstmals machtvolle PLO in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Syrien und Libanon an Bedeutung eingebüßt haben. So ist die PLO auch nicht mehr dazu in der Lage, politische Vorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation der PalästinenserInnen zu entwickeln und Lösungen mit den jeweiligen Machthabern auszuhandeln. Andere palästinensische Gruppierungen und Bewegungen sind zu stark in den aktuellen Syrien-Konflikt verwickelt, um effektiv humanitäre Hilfe leisten zu können. Die heutige Ohnmacht der politischen Kräfte kann als Fortsetzung oder Ergebnis ihres Versagens seit dem Osloer Friedensabkommen betrachtet werden. Den Aussagen von AktivistInnen und BewohnerInnen der Flüchtlingslager ist deutlich zu entnehmen, dass die alten palästinensischen Organisationen politisch und sozial im Großen und Ganzen ausgedient haben.

Als zweiter Beweggrund für zivilgesellschaftliche Organisationen, aktiv zu werden, sind die offensichtlichen Versäumnisse und Beschränkungen des UN-Hilfswerks UNRWA zu nennen. Es ist nicht in der Lage, eine Grundversorgung der vom Konflikt betroffenen PalästinenserInnen sicherzustellen. Dies trifft auf alle Kriegsgebiete, aber insbesondere auf das Flüchtlingslager Yarmouk und die Lager in Damaskus, Rif Damaskus und Daraa zu. Der UNRWA wird zudem Intransparenz und das Fehlen von alternativen Not- und Aktionsplänen vorgeworfen. Es gibt in der palästinensischen Öffentlichkeit inzwischen große Vorbehalte gegenüber der UNRWA und ihren MitarbeiterInnen, denen man auch eine gewisse politische Voreingenommenheit vorwirft, wobei oftmals verkannt wird, wie schwierig es für das Hilfswerk geworden ist, überhaupt noch in die kriegsbetroffenen und belagerten Lager hineinzugelangen.

Und drittens haben die wiederholten militärischen Angriffe auf die Flüchtlingslager und die kriegerischen Konflikte, die zum Teil auch innerhalb der Lager ausgetragen werden, einen Großteil der dort ansässigen Einrichtungen und Büros der politischen Organisationen in Schutt und Asche gelegt. Diese Tatsache und die anhaltend schwierige Sicherheitslage werden allerdings von einigen auch als Ausrede benutzt, um die verbliebenen BewohnerInnen einfach ihrem Schicksal zu überlassen. Nicht selten ziehen sich die politischen Organisationen fast vollständig aus den Lagern zurück, wodurch vielerorts ein großes Vakuum entstanden ist.

2.6.1 Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen palästinensischen Organisationen in Syrien

In den Flüchtlingslagern in Damaskus (Yarmouk, Khan al-Sheikh, al-Husseiniyyeh und Khan Danun), Homs, Aleppo und in Daraa könnten die Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Hilfsorganisationen kaum größer sein. Denn um allein um ein Mindestmaß an humanitärer Unterstützung in diesen Lagern zu gewährleisten, bedarf es einer enormen Anstrengung, umfangreicher finanzieller Ressourcen sowie gut vorbereiteter MitarbeiterInnen und Arbeitsteams. Das Flüchtlingslager Yarmouk zum Beispiel wird seit vielen Monaten durchgehend belagert. Wer im Lager zurückgeblieben ist, muss sich von Katzen- und Hundefleisch sowie Abfällen ernähren. Auch andere Flüchtlingslager stehen unter Belagerung, selbst wenn die Situation hier vielleicht weniger schlimm ist als in Yarmouk. Aber auch hier fehlt es der Bevölkerung am Notwendigsten. Es gibt keinen Strom, kein sauberes Trinkwasser und keine funktionierenden Verwaltungsstrukturen mehr.

Die Organisationen, die sich in diesen Lagern engagieren, und die Leistungen, die sie jeweils erbringen, sind zurzeit empirisch kaum zu erfassen. Es gibt viele davon, allerdings sind sie stark verzweigt und arbeiten recht kleinteilig an verschiedenen Orten, oftmals unter verschiedenen Namen und Bezeichnungen. Es gibt keine größeren politisch unabhängigen Wohlfahrtsverbände, wie wir sie aus anderen Ländern kennen. Da es zurzeit so gut wie unmöglich ist, die oben genannten Flüchtlingslager aufzusuchen, musste auf eine genauere Untersuchung der verschiedenen Organisationen vor Ort verzichtet werden.

Die Jafra Foundation: Die Stiftung wurde im Jahr 2000 mit dem Zweck gegründet, Bildungsarbeit mit Jugendlichen zu betreiben, und ist ursprünglich aus der PFLP hervorgegangen. Seit ungefähr eineinhalb Jahren hat sie sich von ihren ursprünglichen politischen Strukturen abgenabelt. Finanzielle Unterstützung für ihre humanitäre Arbeit erhält die Jafra Foundation von verschiedenen internationalen und arabischen Organisationen. Jafra ist in fast allen palästinensischen Flüchtlingslagern in Syrien tätig, darunter Yarmouk, Sabineh, Jeramana, al-Husseiniyyeh, al-Hajar al-Aswad, Barazah, al-Taqaddum sowie das Lager al-'Aa'idun in Homs.

Jafra hat die meisten Einrichtungen der UNRWA und der politischen Organisationen in den Flüchtlingslagern übernommen, nachdem diese aufgegeben worden waren. Im Lager Yarmouk ist sie fast die einzige Organisation, die sich noch um die BewohnerInnen und die verbliebene Infrastruktur kümmert. Die Stiftung beschäftigt Reinigungspersonal, Bauarbeiter zum Wiederaufbau, Landwirte,⁵³ medizinisches Personal und Menschen mit anderen (sozialen) Berufen. Diese werden für ihre Tätigkeit ganz regulär entlohnt.

⁵³ Wegen der Nahrungsmittelknappheit greifen viele der palästinensischen Flüchtlinge in den Lagern in und rund um Damaskus auf lokale Agrarprodukte zurück.

Darüber hinaus arbeitet die Organisation mit ehrenamtlichen HelferInnen. In Yarmouk waren für Jafra zuletzt 100 Freiwillige tätig, in anderen Flüchtlingslagern noch einmal etwa die gleiche Anzahl. In der Zeit von Mitte 2012 bis Februar 2013 gelang es Jafra, Wohnraum für mehr als 900 Familien zu sichern, die aus südlichen Gegenden Syriens in die Provinz von Damaskus geflüchtet waren. Zudem verteilte die Organisation mehr als 7.000 Lebensmittelkörbe, 10.000 Dosen mit Milch und 2.700 Matratzen und Decken an Notleidende in den Lagern. Seit Februar 2013 betreibt Jafra sechs Gesundheitszentren, die medizinische Versorgung und psychische Beratung anbieten. Durch diese Zentren erhalten mehr als 520 Kinder professionelle psychologische Unterstützung. Über diese Leistungen hinaus führt Jafra auch den bisweilen eingestellten Unterricht an den Schulen fort und baut Betreuungsstätten für Kinder auf.

Es gibt darüber hinaus eine größere Anzahl von kleineren Vereinen und Organisationen, die in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Syrien aktiv sind. Diese können aufgrund eingeschränkter Mittel jedoch nur begrenzt Hilfe leisten. Die meisten dieser Organisationen sind Jugendgruppen ohne klare Strukturen. Unter ihnen befinden sich politische Initiativen wie die Arbeitsgruppe für die Palästinenser in Syrien. Diese Gruppe dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und leistet humanitäre Hilfe. Aussagen von AktivistInnen zufolge steht diese Gruppe der Hamas nahe, obwohl sie eher den Eindruck macht, unabhängig zu sein. Weitere Gruppen, die sich in den Flüchtlingslagern engagieren, sind der Palästinensische Wohlfahrtsverband der Hamas-Bewegung und der Wohltätigkeitsverband zur Rettung des palästinensischen Volkes, der der islamischen Dschihad-Bewegung angehört. Letztere war zu Beginn des Konflikts sehr stark im Bereich humanitäre Hilfe engagiert. Mittlerweile aber ist der Umfang ihrer Aktivitäten in den Lagern aufgrund von Finanzierungsproblemen zurückgegangen. Zu den kleineren, unabhängigen Organisationen mit sehr begrenzten lokalen Aktivitäten zählt die Gruppe Sawa'ed.

2.6.2 Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen palästinensischen Organisationen im Libanon

Häufig wird angenommen, dass das zivilgesellschaftliche Engagement in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon – wegen des offeneren politischen Klimas und der besseren wirtschaftlichen Lage – dem in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Syrien weit voraus ist. Bei genauerer Betrachtung der Situation trifft dies jedoch nicht zu. Auch die aktuellen Flüchtlingsströme aus Syrien haben an dieser Situation nicht wirklich etwas verändert. Sind es in Syrien die staatlichen Sicherheitsapparate, die eine strikte Kontrolle über die Lager ausüben, so unterliegen diese im Libanon noch immer einer strengen Überwachung und Drangsalierung durch die verschiedenen politischen Fraktionen, die die Flüchtlingslager militärisch im Griff haben. Aus Sicht dieser Organisationen sind zivilge-

sellschaftliche Tätigkeiten von unabhängigen Gruppierungen eher unerwünscht, da sie selbst bestrebt sind, die finanzielle und militärische Kontrolle über «ihre» Gebiete in den Flüchtlingslagern aufrechtzuerhalten. Daraus folgt, dass jede politische Bewegung bemüht ist, die zivilgesellschaftlichen Gruppen an sich zu binden oder aufgrund eines bestimmten politischen Kalküls zu schikanieren und aus den Lagern zu vertreiben. Wie in Syrien gibt es auch in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon eine Vielzahl an Organisationen, die sich um die Ernährung, um eine medizinische Grundversorgung und andere Bedürfnisse der Flüchtlinge kümmern.

Auch die palästinensische Zivilgesellschaft im Libanon steht dabei vor einer Reihe von Problemen. Erstens mangelt es grundsätzlich an finanziellen Mitteln, und häufig ist die Finanzierung an bestimmte Konditionen gebunden (wie etwa die Art der Ausgaben und ihre Empfänger), was zu einem Vertrauensverlust zwischen den Geldgebern und den Hilfsorganisationen führen kann. Zweitens erschwert die politisch angespannte Lage im Libanon und der Versuch von verschiedenen Seiten, Einfluss auf die Flüchtlingslager (insbesondere die strategisch-politisch wichtigen unter ihnen) zu nehmen, zivilgesellschaftliches Engagement oder drängt die Aktiven in den Untergrund. Drittens tragen auch die Gegebenheiten in den Flüchtlingslagern – vielerorts eine seit dem Bürgerkrieg zerstörte Infrastruktur, heftige interne politische Spannungen und eine Art autokratischer Herrschaft einzelner politischer Fraktionen – nicht unbedingt zur Förderung zivilgesellschaftlicher Tätigkeiten bei. Die Büros vieler NGOs in den Lagern wurden geschlossen, weil sie Differenzen mit den herrschenden palästinensischen Organisationen hatten. Andere wurden gezwungen, bestimmte Konzessionen zu machen und sich der Führungsmacht zu unterwerfen. Und viertens stehen die meisten AktivistInnen, die sich für humanitäre Hilfe und Menschen- bzw. Bürgerrechte der Flüchtlinge einsetzen, unter ständigem Druck und werden zum Teil direkt von den Milizen oder Sicherheitsorganen des libanesischen Staats bedroht. Hinzu kommt, dass viele die Flüchtlingslager nicht verlassen können, da ihnen eine Aufenthaltserlaubnis für den Libanon fehlt.

Basma und Zaitunah (ein Lächeln und eine Olive)

Diese Organisation ist noch kein Jahr alt. Dennoch zählt sie schon zu den bedeutendsten humanitären NGOs, die in Beirut tätig sind. Sie plant, ihre Aktivitäten auch auf Gebiete außerhalb von Beirut (die Bekaa-Ebene und den Südlibanon) auszuweiten. Sie ist eine unabhängige Organisation, die finanzielle Unterstützung von verschiedenen internationalen und arabischen Organisationen erhält. Mehr als 50 Beschäftigte arbeiten für die Organisation für einen geringen, eher symbolischen Lohn.

Sie leitet zurzeit mehr als sechs Projekte in Shatila und in weiteren Flüchtlingslagern, wobei sie auch speziell aus Syrien geflohene PalästinenserInnen unter-

stützt. Sie führt auch frauenspezifische Projekte durch (z. B. Stick- und andere Handarbeitskurse). Darüber hinaus betreibt sie eine Sprachschule und ein Alphabetisierungsprogramm. Durch ihre Kooperation mit «Ärzte ohne Grenzen» kann sie eine kostenlose medizinische Versorgung in ausgesuchten Kliniken anbieten. Zusätzlich zu den oben genannten Projekten leitet die Organisation noch zwei weitere: Eines bietet psychologische Unterstützung für Kriegsgeschädigte an, einschließlich Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen, unter anderem zu den Gefahren der Bewaffnung und zu Möglichkeiten der friedlichen Aufarbeitung der Geschehnisse. In dem anderen werden mithilfe von ExpertInnen Häuser in den Flüchtlingslagern repariert und renoviert, um diese wieder bewohnbar zu machen und gesundheitliche Belastungen zu verringern.

Im Libanon gibt es noch weitere zivilgesellschaftliche Organisationen, die humanitäre Unterstützung anbieten und unter verschiedenen Bezeichnungen auftreten. Eine direkte individuelle finanzielle Hilfe bieten dabei nur die UNRWA, die PLO und einige wenige andere palästinensische politische Organisationen. Die meisten Geberorganisationen aus dem Ausland wollen eher, dass Güter zur Verfügung gestellt oder Dienstleistungen erbracht werden. Es gibt beispielsweise die syrische Organisation Najda Now (Hilfe jetzt), die in den Flüchtlingslagern aufgrund ihrer Nähe zur syrischen Opposition jedoch nicht so gern gesehen ist. Sie ist aktiv in den Bereichen Bildung, Gesundheit und humanitäre Hilfe. Der Fatah-Bewegung gehört die Organisation Ahlaam Laji' (Träume eines Flüchtlings) an. Im Flüchtlingslager Shatila ist besonders die Organisation Markaz al-Shabab wa al-Futuwwah' (Zentrum der Jugend) aktiv. Sie ist ein Ableger der PFLP, erhält aber auch finanzielle Unterstützung aus Europa. Die Organisation leistet humanitäre Hilfe und bietet Dienste und Kurse speziell für Jugendliche an. Die Organisation Markaz al-Naqab lil Anshita al-Shababiyyeh' (Jugendzentrum der Al-Naqab) ist im Flüchtlingslager Burj al-Barajneh engagiert. Die Organisationen Harakat Shabab Filesteen (Jugendbewegung Palästinas) und Markaz Ma'an (Zusammen) wiederum konzentrieren sich auf Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen. Einige kleinere Organisationen wie der Verein Saradah oder das Jesuitische Hilfswerk haben Kindergärten gegründet. Im Süden Libanons und im Flüchtlingslager 'Ain al-Hilweh ist die Organisation Naba' besonders aktiv, die Unterstützung von der EU erhält. Auch al-Najdah (Südlibanon) und Jam'iyat al-Ghad (Wadi al-Zinah im Libanon-Gebirge), die zur PFLP gehören, leisten wertvolle humanitäre Hilfe. In den beiden Flüchtlingslagern al-Rashidiyyeh und Burj al-Shamali ist die Organisation Atfal al-Sumud (Kinder des Widerstands) tätig.

Die eher traditionellen internationalen Hilfsorganisationen wie der Rote Halbmond haben aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen an Bedeutung verloren

und stehen der aktuellen Situation und den damit zusammenhängenden Herausforderungen eher ratlos gegenüber. Im Norden ist der Rote Halbmond immer noch wegen seiner medizinischen und humanitären Hilfen wichtig, im Süden aber tritt er so gut wie gar nicht mehr in Erscheinung. Die alten Gesundheits- und Anlaufstationen des Roten Halbmonds in den Flüchtlingslagern des Südens sind sanierungsbedürftig und müssten den aktuellen medizinischen Anforderungen angepasst werden. Das Ausmaß der Not wird daran erkenntlich, dass mehr als 150 Menschen allein in Shatila jeden Tag die bescheiden ausgestatteten Einrichtungen des Roten Halbmonds aufsuchen. Die Organisation versucht mühsam, ihre Kinder- und Jugendarbeit aufrechtzuerhalten.

Was die PLO und deren Mitgliedsorganisationen angeht, so haben diese auf Anweisung des palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas mehr als eine Million US-Dollar im Jahr 2013 für die Unterstützung der aus Syrien geflohenen PalästinenserInnen ausgegeben. Dies waren jedoch einmalige Zahlungen und stehen in der aktuellen Situation nicht zur Verfügung. Insgesamt ist die Rolle der PLO in dem gegenwärtigen Stadium des Konflikts eher nachrangig. Einige der Büros und Einrichtungen der Mitgliedsorganisationen wurden in Notunterkünfte für Flüchtlinge umgewandelt, manche Fraktionen verteilten selektiv etwas Geld. So zahlte die Fatah-Bewegung in drei Raten jeweils 50 US-Dollar pro Flüchtling aus. Nach eigenen Angaben verteilte die Hamas 800.000 US-Dollar unter den palästinensischen Flüchtlingen aus Syrien und versorgte Flüchtlinge in der libanesischen Bekaa-Ebene mit Heizöl für den Winter. Zentral sind zudem die sogenannten Volkskomitees, die es in jedem palästinensischen Flüchtlingslager gibt. Diese Komitees sind die Hauptverantwortlichen für alle sozialen Belange in den Lagern. Aufgrund der vorherrschenden Parallelstruktur – meist wird ein Teil dieser Komitees von der PLO und ihren Organisationen und ein anderer Teil von der Allianz kontrolliert – verläuft die Verteilung von Hilfsgütern aber nicht immer konfliktfrei. Diese Komitees sind auch für die Verteilung der Hilfe zuständig, die von der Palästinensischen Autonomiebehörde oder Einzelpersonen bereitgestellt werden.

Rechnet man alle NGOs zusammen, die in den palästinensischen Flüchtlingslagern des Libanon tätig sind, so überrascht deren hohe Zahl. Allein im Flüchtlingslager 'Ain al-Hilweh sind Angaben von AktivistInnen zufolge mehr als 63 zivilgesellschaftliche Organisationen engagiert. Oftmals handelt es sich jedoch um dieselben Strukturen und Freiwilligen, nur unter unterschiedlichem Namen. Angesichts der akuten Not und des großen Leids in den Flüchtlingslagern sind ihre Angebote und Leistungen jedoch weit davon entfernt, die Probleme der Menschen lösen zu können, vor allem seitdem der Syrien-Konflikt eskaliert ist.

3 LIBANON UND DER SYRIEN-KONFLIKT

Ziemlich schnell wurde das Nachbarland Libanon in den Syrien-Konflikt hineingezogen. Syrische AktivistInnen flohen vor dem Terror des Regimes und fanden insbesondere im Umfeld der sunnitischen Mustaqbal-Bewegung oder in den salafistischen Milieus im Libanon Aufnahme. Diese hatten die syrische Revolution von Anfang an befürwortet und standen dem syrischen Regime – aufgrund dessen Unterstützung der Hisbollah bei der Bekämpfung der SunnitInnen – feindlich gegenüber. Aufseiten der LibanesInnen gab es neben Unterstützern aber auch klare Gegner des Aufstands, abhängig von den jeweiligen politischen Präferenzen und Zugehörigkeiten. Die Hisbollah und die Amal-Bewegung, die eine Vorherrschaft unter den SchiitInnen im Libanon ausüben, etwa lehnen die Revolution im Nachbarland ab und beschuldigten die Aufständischen des Komplotts gegen den «antiisraelischen Widerstand», zu dessen Grundpfeilern sie das Baath-Regime in Syrien zählen. Andere libanesische Kräfte wie die Mustaqbal-Bewegung und die Muslimbruderschaft, die zu den wichtigsten sunnitischen Organisationen im Land zählen, befürworten die syrische Revolution, weil sie dem syrischen Regime und der Hisbollah feindselig gegenüberstehen.

Die libanesische Bevölkerung, samt aller sie konstituierenden Glaubensgemeinschaften, Konfessionen und politischen Gruppierungen, befand sich plötzlich mittendrin im Schlamassel des Syrien-Konflikts. Die SunnitInnen erhoffen sich von einem Sieg der syrischen Revolution und dem Sturz des Assad-Regimes, dass auch das Rückgrat der Hisbollah gebrochen wird, weil sie mit der Baath-Partei einen ihren wichtigsten Unterstützer und Waffenlieferanten verlieren würde. Sie hoffen also auf eine Verschiebung der Machtverhältnisse im Libanon zu ihren Gunsten. Die Hisbollah hingegen hegt keine Zweifel an der absoluten Notwendigkeit, das syrische Regime zu unterstützen, denn mit dem Sturz Baschar al-Assads würde auch die Hisbollah fallen. Die politischen Kräfte des Libanon sind also im Syrien-Konflikt gefangen, und zwar auf allen Ebenen: militärisch, sicherheitstechnisch, politisch und humanitär. Die islamistischen Bewegungen begannen damit, ihre Kämpfer in den Dschihad in Syrien zu schicken, vor allem in die Grenzgebiete (Homs und Rif Damaskus). Auch die Hisbollah entsandte eine nicht bekannte Anzahl an Kämpfern ins syrische Nachbarland, und zwar ebenfalls nach Homs und nach Rif Damaskus. Diese beiden syrischen Provinzen sind für die Hisbollah von zentraler Bedeutung wegen ihrer geografischen Verbindung zur benachbarten libanesischen Bekaa-Ebene, die unter der Kontrolle der Hisbollah steht und wo sich zugleich auch ihre Waffenlager und die Ausbildungsorte ihrer Kämpfer befinden.

Die Hisbollah entschied sich zudem für eine offene militärische Intervention in den Syrien-Konflikt. Diese erfolgte in der Stadt al-Qusayr, die zwischen der syri-

schen Stadt Homs und der Stadt al-Hermel in der libanesischen Bekaa-Ebene liegt. Dort kämpfte die Hisbollah äußerst brutal gegen die bewaffnete syrische Opposition, was auf beiden Seiten eine hohe Zahl an Opfern kostete und mit der Vertreibung der Oppositionskämpfer endete. Damit wurde die Hisbollah zu einer aktiven Partei im Syrien-Konflikt, was Tür und Tor öffnete für die Beteiligung weiterer Kämpfer und Milizen aus verschiedenen Ländern. Die Folgen waren unter anderem mehrere Bombenanschläge in den südlichen Vororten von Beirut (al-Dahiyeh al-Janubiyeh), Hochburgen der Hisbollah, sowie ein Selbstmordattentat auf die iranische Botschaft im Libanon. In der libanesischen Stadt Tripolis, Hochburg der SunnitInnen und der salafistischen Organisationen, wurden zwei Moscheen durch Autobomben in die Luft gesprengt, was Dutzende von Todesopfern forderte. Auch in der libanesischen Stadt Saida kam es zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen pro-revolutionären salafistischen Kräften, der libanesischen Armee und der Hisbollah-Miliz. Erwähnt werden sollten auch die anhaltenden offenen Kämpfe im Norden des Libanon zwischen zwei benachbarten Armenvierteln von Tripolis: zum einen Jabal Muhsin, ein Stadtteil mit einer alawitischen Mehrheit, der auf der Seite des Assad-Regimes steht, und zum anderen Bab al-Tabbaneh, einem Viertel, dessen Bevölkerung Gegner des syrischen Regimes ist und das von salafistischen Gruppierungen kontrolliert wird. In den seit fünf Jahren andauernden Kämpfen zwischen diesen beiden Vierteln wurden über 1.000 Menschen getötet.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die kommenden Phasen des Syrien-Konflikts die ohnehin komplizierte Lage im Libanon noch weiter verschärfen werden. Solange keine Lösung für Syrien gefunden wird, bleibt die ganze Region ein Krisengebiet und in gewisser Weise ein Pulverfass.

3.1 SYRISCHE FLÜCHTLINGE IM LIBANON

«Libanons brisanteste politische Akte» – so wird von ganz unterschiedlichen politischen und konfessionellen Kräften die Präsenz syrischer Flüchtlinge im Libanon beschrieben. Wie schon so häufig zuvor sind die Verantwortlichen im Libanon weit davon entfernt, eine Lösung für dieses brisante Problem zu finden. Vielmehr scheinen sie mal wieder ohne Plan und Verstand zu agieren.

Nach über drei Jahren Syrien-Krise besteht ein offizieller Konsens darüber, dass die libanesischen Behörden – bewusst oder unbewusst – die Flüchtlingswelle aus Syrien zu sehr auf die leichte Schulter genommen haben. Sie haben keinerlei Strategie entwickelt, um die jetzige explosive Situation entschärfen zu können. Häufig sind Statistiken Boten schlechter Nachrichten: Etwa 1,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien leben derzeit im Libanon, in dem insgesamt etwa nur 4 Millionen

EinwohnerInnen registriert sind. Die Economic and Social Commission for Western Asia (ESCWA) der Vereinten Nationen prognostizierte, dass die Zahl der Flüchtlinge im Land im Jahr 2014 auf 2,3 Millionen ansteigen wird. Allein im Jahr 2013 gab es unter den Flüchtlingen aus Syrien um die 100.000 Geburten. Zwischen 20.000 und 30.000 libanesische StaatsbürgerInnen mussten aufgrund der Krise ihre Arbeitsstelle in Syrien verlassen und in den Libanon zurückkehren. Nach Angaben von palästinensischen und libanesischen Quellen sind in die schon längst überfüllten palästinensischen Flüchtlingslager weitere 40.000 Menschen zugezogen. Diese Zahlen lassen diejenigen syrischen Staatsangehörigen außer Acht, die sich schon vor dem Ausbruch der Krise im Libanon aufhielten. Hiermit sind auch nicht die wohlhabenderen Familien unter den Geflohenen erfasst, die nicht auf den Listen des UNHCR stehen. Insgesamt wird die Zahl der SyrierInnen aus den beiden zuletzt genannten Gruppen auf etwa 300.000 bis 400.000 geschätzt.

Mehr als 25 Prozent der BewohnerInnen des Libanon sind inzwischen syrische Flüchtlinge. Gleichzeitig gibt es keine klare offizielle Strategie zum Umgang mit dieser Situation. Die internationalen Hilfen und Unterstützungsangebote sind bislang ungenügend. Aus dieser Situation ergibt sich nicht nur eine humanitäre Krise für die syrischen Flüchtlinge und ihre schon länger im Land lebenden GastgeberInnen. Vielmehr belastet diese Situation auch die soziale und politische Stabilität des Libanon, insofern davon das konfessionelle Gleichgewicht berührt ist und sich die politischen Fraktionen und Parteien des Landes an der politischen Einschätzung des Syrien-Konflikts spalten.

Anfang Mai 2013 hatte die Zahl der beim UNHCR registrierten Flüchtlinge die Eine-Million-Grenze überschritten. Dies war die Folge der großen Fluchtwelle aus Syrien, die 2012 ihren Höhepunkt erreichte, mit einem durchschnittlichen Zuzug von monatlich 50.000 Flüchtlingen in den Libanon. Zwischen 80 und 90 Prozent der Flüchtlinge gehören der sunnitischen Glaubensrichtung an. Der Rest der Flüchtlinge sind ChristInnen und AlawitInnen. Etwa ein Drittel stammt aus Homs, die anderen kommen aus Idlib, Aleppo, Rif Damaskus und Hamah. Flüchtlinge aus der Stadt Damaskus waren zum Zeitpunkt der Untersuchung eine Minderheit unter den ins Nachbarland Geflohenen.

Schon seit Beginn des Konflikts spielt die Glaubensrichtung der Flüchtlinge bezüglich der Entscheidung, wo sie sich niederlassen, eine nicht zu unterschätzende Rolle. SunnitInnen bevorzugen es, in sunnitische Gegenden zu flüchten, ChristInnen und AlawitInnen hingegen flüchten in erster Linie in die christlichen und dann in zweiter Linie in die schiitischen Gegenden des Libanon. Ein Drittel der Flüchtlinge lebt im Norden des Libanon, ein weiteres Drittel hat sich in der Bekaa-Ebene angesiedelt und der Rest verteilt sich über Beirut, lebt im Libanon-Gebirge oder im Südlibanon. Im Allgemeinen trafen die syrischen Flüchtlinge zuerst im Norden des Libanon ein und verteilten sich dann auf die

Bekaa-Ebene. Da die libanesische Bevölkerung dieser Gegenden sich mit dem Kampf der SyrierInnen gegen das Regime identifiziert und ihr Leid teilt, wurden die Flüchtlinge in diesen Gegenden großzügig aufgenommen.

Da der Konflikt in Syrien anhalten und sich womöglich noch weiter zuspitzen wird, wird auch der Flüchtlingsstrom über die Grenze in den Libanon nicht abreißen. Damit dürften die sunnitischen Regionen des Landes – manchmal auch als das «Umfeld der SympathisantInnen» oder «freundlich gesinnte Gegenden» bezeichnet – bald die Grenzen ihrer Aufnahmekapazität erreicht haben. Die Flüchtlinge müssten sich daher neue Zufluchtsgebiete suchen und sich stärker über den gesamten Libanon verteilen.

Zu den Gegenden, in denen syrischen Flüchtlinge in der letzten Zeit untergekommen sind, gehört Beiruts südlicher Vorort al-Dahiyeh al-Janubiyeh, eine Hochburg der Hisbollah und deshalb auch eine der am strengsten bewachten Ecken des Landes. Die Präsenz syrischer Flüchtlinge in den schiitischen Gebieten des Libanons ist besonders heikel. Um die Situation dieser Flüchtlinge dort zu verstehen, müssen wir zuerst wissen, was diese Menschen dazu veranlasst hat, in einer Art zweiten Fluchtwelle die «freundlich gesinnten Gegenden» des Libanon zu verlassen und sich stattdessen in einem ihnen weniger wohl gesonnenen Gebiet niederzulassen. Es ist zudem wichtig, zwischen der Situation dieser Flüchtlinge in den ländlichen schiitischen Gegenden (Südlibanon und Baalbek) auf der einen Seite und ihrer Situation in Beiruts Hochsicherheitsviertel im Süden der Stadt zu unterscheiden. Erst dann werden wir die Ursachen für bestehende Aversionen gegenüber den syrischen Flüchtlingen besser verstehen können.

3.1.1 Beweggründe syrischer Flüchtlinge, «freundlich gesinnte Gegenden» des Libanon zu verlassen⁵⁴

Offiziellen Aussagen der UNHCR zufolge gehört die Mehrheit der registrierten Flüchtlinge im Libanon den ärmsten Bevölkerungsschichten an. Einer von der UNO durchgeführten Studie aus dem Jahr 2008 zur sozialen Situation im Libanon zufolge (es ist die jüngste Studie dieser Art) leben mehr als 63 Prozent der Bevölkerung im nordlibanesischen Akkar unterhalb der Armutsgrenze. In der libanesischen Stadt Tripoli sind es 58 Prozent der Bevölkerung, die unterhalb der Armutsgrenze leben, in al-Hermel in der libanesischen Bekaa-Ebene sind es 33 Prozent und im westlichen Bekaa 31 Prozent.

Ein Mitarbeiter einer der humanitären Hilfsorganisationen, die in Saida syrische Flüchtlinge unterstützen und mit dem wir gesprochen haben, äußerte die Ein-

⁵⁴ Die Informationen in diesem Abschnitt basieren im Wesentlichen auf zwei Quellen. Zum einen stammen sie aus den schon zuvor erwähnten Berichten internationaler Organisationen und regionaler und lokaler Zeitungen. Zum zweiten beruhen die Daten auch auf direkten Beobachtungen des Forschungsteams während ihrer Aufenthalte im Libanon.

schätzung: «Selbst wenn eine Lösung für den Syrien-Konflikt gefunden würde, werden viele der syrischen Flüchtlinge [aufgrund ihrer Mittellosigkeit] trotzdem noch lange im Libanon bleiben.» In Akkar, im Norden des Libanon, hört man dagegen oft den Satz: «Die Syrier leben besser als wir.» Als ein Schiff auf dem Weg nach Australien mit 18 jungen Männern aus Akkar unterging, richteten sich die Anschuldigungen sofort gegen die syrischen Flüchtlinge. Die Einheimischen machten die syrischen Flüchtlinge nicht nur für die Auswanderung der Jugendlichen verantwortlich, sondern beschuldigen sie auch noch, den LibanesInnen Jobs wegzunehmen und Hilfen von internationalen Organisationen zu erschleichen und zu veruntreuen.

In der Gegend von Wadi Khaled, im Norden des Libanon an der syrisch-libanesischen Grenze, in unmittelbarer Nähe zur Region Tal Kalakh, erwiesen sich die historisch guten familiären Beziehungen und Handelskontakte zwischen den beiden Ländern als nicht stark genug, um dem Druck, der sich aus der Präsenz von mehr als 17.000 syrischen Flüchtlingen ergab, standzuhalten. Laut Erhebungen des UNHCR wohnen in jeder libanesischen Gastfamilie neun Flüchtlinge. Wadi Khaled ist eine Gegend, deren EinwohnerInnen zu einem großen Teil vom Warenschmuggel (z. B. von Grundnahrungsmitteln, Treibstoff, Gas und Kleidung) leben. Durch die brenzlige Situation an der Grenze ist dieser Einkommensweg gefährdet, was sich negativ auf die ohnehin schon schlechte wirtschaftliche Lage der Bevölkerung auswirkt. Bürgermeister dieser «freundlich gesinnten Gegenden» berichten, dass es nach der Verteilung von Hilfsgütern oft zu Problemen zwischen den «Gästen» und ihren «GastgeberInnen» komme. Außerdem gibt es vermehrt Beschwerden über die nun größeren Mengen an Abfall und die wachsende Belastung der Wasser- und Abwassersysteme.

Dies sind aber noch längst nicht alle Auswirkungen der Zuwanderung. Viele Waren im Libanon sind um das Dreifache teurer geworden. Auch die Miet- und Immobilienpreise sind stark gestiegen. Die Konkurrenz um Arbeitsplätze ist extrem. Es ist allgemein bekannt, dass syrische Arbeitskräfte billig sind, aber in Zeiten der Krise sind sie bereit, für noch weniger zu arbeiten. Die LibanesInnen beklagen sich darüber und fürchten ein allgemeines Lohndumping. Einem lokalen Händler zufolge erhält ein syrischer Arbeiter 6 US-Dollar am Tag anstatt der im Libanon üblichen Mindestbezahlung von 20 US-Dollar pro Tag. Zudem haben viele SyrierInnen ihre eigenen kleinen Geschäfte eröffnet, was die Konkurrenz auf dem Markt erhöht. Die Einheimischen haben auch Angst vor zunehmender Kriminalität. Diebstähle und Fälle von Mord und Vergewaltigungen haben in den letzten Jahren im Libanon deutlich zugenommen. Die von den libanesischen Sicherheitsbehörden veröffentlichten Daten weisen auf eine zunehmende Beteiligung syrischer Staatsangehöriger an solchen Vergehen hin.

All diese Faktoren trugen dazu bei, dass die syrischen Flüchtlinge in den ihnen «freundlich gesinnten

Gegenden» nun weniger willkommen sind oder sogar aus einigen dieser von SunnitInnen kontrollierten Regionen vertrieben wurden. Damit ließ der Zuzug neuer Flüchtlinge deutlich nach. Zudem gibt es aber auch viele SyrierInnen, die schon vor Beginn der Krise lange Zeit in schiitischen Gegenden gelebt und dort eine kontinuierliche Beschäftigung gefunden haben. Nach und nach wurden diese syrischen Arbeiter zu einem integralen Bestandteil dieser libanesischen Gemeinden, woraufhin viele ihre Familien nachziehen ließen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2013 jedoch wuchs die allgemeine Abneigung aufseiten der schiitischen Bevölkerung gegenüber den syrischen Flüchtlingen. Diese wurde hervorgerufen und verstärkt durch eine Reihe von Ereignissen: das Abfeuern von zwei Raketen in die Umgebung von Mar Mkhayel, zwei Explosionen in Bir al-'Abed und al-Ruweis⁵⁵ sowie die Verhaftung von Mitgliedern terroristischer Gruppierungen, zu denen auch einige Syrier gehörten, die Bomben- und Sprengstoffanschläge vorbereitet hatten. Nach diesen Ereignissen verließen viele SyrierInnen die Viertel von Dahiyeh, Beiruts südlicher Vorstadt. Andere blieben in ihren Häusern, wagten sich aber kaum mehr auf die Straße, aus Angst vor Übergriffen. Einige schlossen ihre Geschäfte und Betriebe.

Durch die Schlacht um die syrische Stadt al-Qusayr, mit der sich die Hisbollah zum ersten Mal offen militärisch am Syrien-Konflikt beteiligte, wurden zudem Sicherheitsüberlegungen immer wichtiger. Die syrischen Flüchtlinge unterlagen strengen Überwachungen der Hisbollah, und jede syrische Familie musste sich unter der Aufsicht der Hisbollah in ihrem Wohnort anmelden und dort weitreichende persönliche Angaben machen. Zudem wurden sie in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und von libanesischen BewohnerInnen der Gegenden wiederholt belästigt und provoziert. All dies führte dazu, dass die Flüchtlinge aus Syrien sich immer mehr auf das ganze Landesgebiet verteilten.

Während ihres Aufenthalts in den schiitischen Regionen versuchen die aus Syrien Geflohenen in der Regel, sich unauffällig zu verhalten. So hält man sich etwa mit Meinungsäußerungen zum Syrien-Konflikt oder zum Assad-Regime eher zurück. Eine syrische Frau erzählte uns, dass ihr Bruder – ein Kämpfer der Freien Syrischen Armee – in einem Gefecht umgekommen war. Um sich und ihrer Familie Ärger zu ersparen, verheimlichte sie ihre Trauer um den gefallenen Bruder in der Öffentlichkeit. Das Gefühl, nicht willkommen zu sein, oder die tägliche Furcht vor Übergriffen sind ein häufiger Fluchtgrund. Ein syrischer Mann aus Homs, der mit seiner Familie in eine schiitische Gegend geflohen war, erzählte uns, dass allein der Anblick der bewaffneten Amal-Bewegung und der Hisbollah ihm Angst einflößten. Besonders bangte er um seinen 23 Jahre alten Sohn. Ähnliche Ängste brachten eine andere syrische

⁵⁵ Mar Mkhayel liegt am Rande von al-Dahiyeh al-Janubiyeh, Beiruts südlicher Vorstadt, die eine Hochburg der Hisbollah ist. Die Viertel Bir al-'Abed und al-Ruweis liegen im Herzen von al-Dahiyeh al-Janubiyeh.

Familie dazu, ihren Sohn zu verleugnen und lediglich als einen entfernten Verwandten auszugeben, als sie in der örtlichen Hisbollah-Zentrale zu einem Kaffee vorgeladen wurden.

3.1.2 Die Lage der Flüchtlinge in den schiitisch dominierten Gegenden

Die Gründe für die zunehmenden Feindseligkeiten und Vorbehalte, mit denen syrische Flüchtlinge in den überwiegend sunnitisch geprägten Regionen des Landes konfrontiert sind, sind hauptsächlich sozialer und wirtschaftlicher Natur. Dies gilt zwar auch für die schiitisch geprägten Gebiete des Libanon, in denen Flüchtlinge Aufnahme finden, aber hier treten konfessionsbedingtes Misstrauen und Glaubensfragen hinzu. Der in der ganzen Region eskalierende «Religionskrieg» zwischen SunnitInnen und SchiitInnen bedroht den ohnehin schon brüchigen Frieden im Libanon. Nun hat der blutig ausgetragene Konflikt in Syrien mit seinen konfessionellen Spaltungen und Flüchtlingsströmen die Spannungen in der libanesischen Gesellschaft noch weiter verschärft. Hinzu kommt die direkte Verwicklung der Hisbollah in die Syrien-Krise. Dennoch ist es geboten, die Lage der syrischen Flüchtlinge in den überwiegend von SchiitInnen bewohnten Landesteilen des Libanon differenziert zu betrachten. So hat die Hisbollah-Führung von Anfang an – im Gegensatz zu manch einem ihrer Verbündeten – großen Wert darauf gelegt, dass die syrischen Flüchtlinge im Libanon willkommen geheißen und gut behandelt werden. Hassan Nasrallah, Generalsekretär der Hisbollah, betonte mehrmals in seinen Reden die Notwendigkeit, den syrischen Flüchtlingen mit Anstand und Menschlichkeit zu begegnen.

Die folgenden Ausführungen befassen sich hauptsächlich mit der Situation der syrischen Flüchtlinge in den südlichen Vororten Beiruts (al-Dahiyeh al-Janoubiyeh) und mit ihrer Lage im Südlibanon. Zur Bekaa-Ebene, die lange Zeit eher wenig attraktiv für Flüchtlinge war, aber zuletzt auch zu einem Zufluchtsort geworden ist, sei an dieser Stelle lediglich angemerkt, dass die Situation dort einer gesonderten Untersuchung bedarf. Aufgrund ihrer Eigenschaft als Grenzgebiet zwischen Syrien und dem Libanon gibt es hier spezifische sicherheitsrelevante Aspekte sowie soziale und wirtschaftliche Verflechtungen zu beachten, die bereits lange vor dem Beginn der Krise die Lebenssituation in dieser Gegend prägen.

3.1.3 Die Lage der Flüchtlinge in Beiruts südlichen Vororten

Nach Schätzungen eines Hisbollah-Funktionärs, der mit der Angelegenheit der syrischen Flüchtlinge beauftragt ist, leben in den südlichen Vororten von Beirut (in der Gegend von al-Dahiyeh) inzwischen um die 6.000 bis 7.000 syrische Flüchtlingsfamilien. Al-Dahiyeh teilt sich in ein Kerngebiet, in dem die Bevölkerung überwiegend schiitisch ist, und in Randgebiete, deren Bevölkerungsstrukturen in konfessioneller Hinsicht ge-

mischt sind. Die syrischen Flüchtlingsfamilien sind fast gleichmäßig auf beide Gebiete von al-Dahiyeh verteilt. Seit ungefähr anderthalb Jahren steigt die Anzahl der Flüchtlinge in diesem Teil von Beirut spürbar an.

Faktisch übt die Hisbollah die territoriale Kontrolle in dieser Gegend aus. Sie verpflichtet jeden Flüchtling, der sich dort niederlassen will, sich namentlich registrieren zu lassen. Die syrischen Flüchtlinge werden in Gruppen eingeteilt, um sie zum einen besser überwachen zu können und zum anderen, um sich um ihre humanitären und sozialen Belange zu kümmern. Die von uns befragten Hisbollah-VertreterInnen äußerten sich nicht zu den sicherheitsrelevanten Fragen im Umgang mit den Flüchtlingen, da diese allgemeine Überwachungs- und Kontrollstrategien berühren, mit denen die Hisbollah in dieser Gegend ihren Machtanspruch durchsetzt. Die Hisbollah scheint jedoch vor allem daran interessiert zu sein, alleinstehende Personen zu beobachten und zu überwachen. In manchen Wohngebäuden, in denen sehr viele syrische Familien untergebracht sind, zieht die Hisbollah aber dennoch hin und wieder Erkundungen nach den verschiedenen Familienmitgliedern ein (ihre Funktionäre nennen das «fürsorgliches Nachfragen»).

Die Hisbollah verweigert internationalen Organisationen den Zutritt zu den von ihr kontrollierten Gebieten im Süden von Beirut. Nach Auskunft unseres Interviewpartners hat dies weniger mit Sicherheitsbedenken zu tun, sondern beruht auf einem mangelnden Vertrauen, was die «Effektivität dieser Organisationen» und ihrer MitarbeiterInnen betrifft. Nach Ansicht der Hisbollah besteht die Taktik der Vereinten Nationen darin, «immer nur zu verzögern, obwohl wir sie sogar darum gebeten haben, in unseren Vierteln eine Zählung der Flüchtlinge durchzuführen. Diejenigen, die sich aber dann zu dieser Aufgabe gemeldet haben, waren scheinbar nur dem Namen nach bei der UN beschäftigt. Sie wurden nie aktiv.»

Des Weiteren berichtete der von uns befragte Hisbollah-Funktionär, dass seine Organisation sowohl die volle Verantwortung für die Verpflegung der aus Syrien Geflohenen übernehme als sich auch um die Versorgung mit Matratzen oder Gasflaschen zum Kochen und Heizen bemühe. Hisbollah ist wohl auch für ihre medizinische Versorgung zuständig. Nach Auskunft des Funktionärs gibt die Organisation für die Behandlung der lokalen Bevölkerung zwischen 300 bis 400 Millionen libanesischer Lira im Monat aus. Ein Beweggrund der Hisbollah, sich derart um die aus Syrien geflohenen Menschen zu kümmern, könnte darin liegen, dass sie bestrebt ist, den Konflikt aus ihren unmittelbaren Herrschaftsbereich herauszuhalten. Nach Ansicht vieler ist die Hisbollah auch deswegen darauf aus, die «Kontrolle über die Flüchtlinge» zu gewinnen, weil diese immer häufiger rekrutiert werden, um Anschläge gegen die Hisbollah zu verüben. Diese Furcht ist wohl nicht unbegründet: Tatsächlich hat es in der Gegend von al-Dahiyeh und in al-Hermel in den letzten Monaten mindestens sechs solcher Anschläge gegeben.

3.1.4 Die Lage der Flüchtlinge im Südlibanon

Nach vielen Jahren der Besatzung hat sich der Süden zu einer der sichereren Regionen des Landes entwickelt, ganz im Gegensatz zu den Städten Tripoli und Beirut, wo sich Entführungen und Selbstmordanschläge häufen. Im Südlibanon gibt es keine größeren Konzentrationen von syrischen Flüchtlingen. Die meisten sind in Dörfern und nicht in Lagern untergekommen. Eine Ausnahme bildet die ganz im Süden liegende Stadt Tyrus, wo syrische ArbeiterInnen und TagelöhnerInnen, die hauptsächlich in der Landwirtschaft tätig sind, schon vor Beginn der Syrien-Krise in größerer Zahl in Zeltlagern wohnten. Den Vereinten Nationen zufolge leben im Südlibanon ungefähr 5.000 aus Syrien stammende Familien, hauptsächlich in Tyrus, Nabatiyyeh, Hasbanyah und Bint Jbeil. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich lediglich rund 20 Prozent aller sich im Süden aufhaltenden Flüchtlinge überhaupt registrieren lassen. Der UNHCR beziffert die Zahl der dort registrierten Flüchtlinge auf etwa 60.000. Allein in Tyrus sollen 6.000 leben.

Die Zahlenangaben, aber auch die Lebensbedingungen der syrischen Flüchtlinge im Süden des Libanon variieren sehr stark. Auch wenn es überall gewisse Sicherheitsbedenken gibt, wird auf dem Land und in der Stadt recht unterschiedlich mit «Fremden» oder «Bedürftigen» (wie im Fall der syrischen Flüchtlinge) umgegangen. Ganz allgemein ist die ländliche Bevölkerung offener gegenüber Neuankömmlingen eingestellt als die in den Städten. Zuständig für deren Versorgung sind hier ebenfalls vornehmlich die verschiedenen politischen Organisationen, insbesondere die Hisbollah und die Amal-Bewegung, aber auch die Gemeindestrukturen. Aber auch in den ländlichen Gebieten fällt die Gastfreundschaft unterschiedlich aus. So haben die Flüchtlinge, die zuerst im Süden ankamen, auch das größte Maß an Zuwendung und Unterstützung erhalten, während die NachzüglerInnen wesentlich schlechter gestellt sind. Es gibt auch im Süden des Landes Familien, die keinerlei Hilfe bekommen und die im Freien oder in Fahrstuhlschächten übernachten müssen.

Grundsätzlich ist es für internationale Organisationen und Hilfswerke leichter, im Südlibanon zu arbeiten, vergleicht man die Lage etwa mit der im Süden von Beirut. Die Mittel dieser Organisationen reichen aber nicht aus, um allen Bedürftigen zu helfen. Daher konzentrieren sie sich auf die Ärmsten unter den Armen. Die Hisbollah und die Amal-Bewegung kooperieren mit den Gemeindeverwaltungen, die wiederum mit internationalen Organisationen (insbesondere den Hilfswerken der Vereinten Nationen) zusammenarbeiten. Humanitäre Einrichtungen, die der Hisbollah nahestehen, wie zum Beispiel die Amal-Stiftung, spielen eine Rolle bei der medizinischen Versorgung. Die Stiftung bietet auch psychologische Hilfe an, organisiert Freizeitaktivitäten für Kinder und kümmert sich um schulische Belange (sie hilft zum Beispiel bei der Anpassung der libanesischen Schulcurricula für syrische Kinder).

Staatliche Behörden oder Akteure spielen bei der humanitären Hilfe und der Bewältigung der Flüchtlingskrise so gut wie keine sichtbare Rolle.

Die Betreuung von Flüchtlingen stellt für die politischen Parteien und Organisationen sowie für die Kommunen in diesen Gegenden eine wachsende Belastung dar. Hinzu gesellt sich ein zunehmender Unmut der lokalen Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen, der noch dadurch befördert wird, dass die staatlichen Stellen keinerlei Verantwortung übernehmen und keinerlei Ressourcen zur Verfügung stellen. Ein weiteres Problem ist die steigende Zahl von Selbstmordattentaten in den schiitischen Gegenden der Städte, zu der sich extremistische sunnitische Rebellengruppen wie Jabhat al-Nusra (Unterstützungsfront für das syrische Volk, ein Ableger von al-Qaida) bekennen. Dies schürt noch mehr Missmut und Angst, weil solche Gruppierungen unter den aus Syrien Geflüchteten eine gewisse Sympathie genießen.

3.2 GEBROCHENE ZUSAGEN DER LIBANESISCHEN REGIERUNG

Wollen PalästinenserInnen aus Syrien die Grenze in den Libanon überqueren, so benötigen sie eine Ausreisegenehmigung, die durch die Behörde für «Immigration und Passangelegenheiten» in Damaskus ausgestellt wird. Das libanesisches «Direktorat für Allgemeine Sicherheit» erteilt ihnen bei der Einreise ein Visum, das zunächst sieben Tage gültig ist und dann auf Antrag um einen Monat verlängert werden kann. Nach Ablauf dieses Monats ist der Aufenthalt im Libanon illegal und kann strafrechtlich verfolgt werden.

Die Zuspitzung der blutigen Ereignisse in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Syrien und die darauffolgenden Fluchtwellen veranlassten die PLO und weitere palästinensische Organisationen dazu, Kontakt zur libanesischen Regierung aufzunehmen, mit dem Ziel, die Grenzüberquerung in den Libanon zu erleichtern. Zuvor war es außerdem immer wieder zu temporären Schließungen der Übergänge gekommen, was an der Grenze gestrandete Flüchtlinge dazu brachte, illegal in den Libanon einzureisen. Die libanesischen Regierung machte verbal Zugeständnisse und erklärte, dass die palästinensischen Flüchtlinge genauso wie die anderen Flüchtlinge aus Syrien behandelt werden sollten. Demnach sollte es ihnen möglich sein, ihre Aufenthaltsgenehmigung dreimal jeweils um einen Monat zu verlängern. Auch die Einreisegebühren wurden gesenkt. Dennoch unterliegt die Ausreise der PalästinenserInnen in den Libanon weiterhin der Genehmigung der zuständigen Sicherheitsbehörde in Damaskus. Diese Genehmigung ist nur schwer zu erhalten. Zum einen ist der Antrag auf die Behörde für «Immigration und Passangelegenheiten» in Damaskus enorm, zum anderen ist die Behörde für viele wegen der in Syrien herrschenden Sicherheitssituation nur schwer erreichbar.

Trotz der Zusagen der libanesischen Regierung, die palästinensischen Flüchtlinge genauso wie andere ge-

flohene SyrierInnen zu behandeln, gibt es weiterhin eine Reihe von Diskriminierungen. Nach Ankunft der palästinensischen Flüchtlinge aus Syrien hat die libanesische Regierung als Erstes dafür gesorgt, dass der Sicherheitskordon rund um die palästinensischen Lager verstärkt wurde. Die libanesische Armee errichtete neue Checkpoints an den Eingängen vieler Flüchtlingslager und hat die Kontrolle der Ein- und Ausgehenden verschärft.

Auf der einen Seite stehen also die offiziellen Äußerungen des libanesischen Präsidenten und des Ministers für soziale Angelegenheiten, die versprechen, die palästinensischen Flüchtlinge wie alle anderen aus Syrien Vertriebenen im Land aufzunehmen und ihnen Schutz zu bieten. Auf der anderen Seite zeigt sich vor allem in den Flüchtlingslagern, dass die Realität oftmals anders aussieht. Während die meisten politischen Akteure im Libanon in der Öffentlichkeit eine ähnliche Position wie die des Präsidenten vertreten, gibt es inzwischen auch Stimmen, die sich offen gegen die Flüchtlinge aussprechen. So forderte der Minister für Wasser und Energie, Jibran Basil, im Namen der «Freien Patriotischen Bewegung»,⁵⁶ dass die palästinensischen und syrischen Flüchtlinge nach Syrien zurückgeschickt werden sollten und man keine weiteren in das Land lassen sollte. Dies sei notwendig, weil die Flüchtlinge den LibanesInnen Arbeits- und Lebenschancen nehmen würden. Auch andere Bewegungen wie zum Beispiel die Partei der libanesischen Brigaden, auch als Phalanges libanaises oder Hizb al-Kata'eb al-Lubnaniyyeh bekannt, bringen «ihre Sorge» angesichts des wachsenden Zuzugs von Flüchtlingen in den Libanon zum Ausdruck. Sie fordern eine bessere Sicherung der Grenze und vertreten die Ansicht, dass der Libanon nicht für die Syrien-Krise und die damit verbundenen Opfer verantwortlich sei.

3.3 DIE «NEUEN» FLÜCHTLINGE UND DIE POLITISCHE REALITÄT DES LIBANON – VERSUCH EINER EINSCHÄTZUNG

Die offizielle libanesische Politik steht den Flüchtlingen aus Syrien (auch den PalästinenserInnen) erst einmal nicht feindselig gegenüber, sondern hat zumindest bislang deren Aufnahme befürwortet. Es gibt jedoch inzwischen mehr als ein unterschwelliges Unbehagen angesichts der großen Zahl von Menschen aus dem Nachbarland, die im Libanon Schutz suchen. Dies wird in der medialen Berichterstattung sowie auch auf der Straße deutlich. Die allgemeine Stimmung droht zu kippen.

In vielen aktuellen Betrachtungen werden inzwischen Parallelen gezogen zwischen den vielen SyrierInnen, die heute in den Libanon kommen, und den Ereignissen im Zuge des «Schwarzen Septembers» im Jahr 1970. Damals waren bewaffnete palästinensische Guerillaeinheiten unter der Führung der PLO in den Libanon eingezogen, nachdem man sie aus Jordanien vertrieben hatte. Viele LibanesInnen bewerten dies rückblickend als ein gewaltsames Eindringen und

sehen darin die Ursache für den langjährigen Bürgerkrieg, der ihr Land über Jahre erschütterte. Auch wenn der Vergleich hinken mag – heute kommen die syrischen und palästinensischen Flüchtlinge auf der Suche nach einer sicheren Zuflucht unbewaffnet –, drücken sich hier doch Ängste aus, dass der aktuelle Zustrom das fragile politische und konfessionelle Gleichgewicht im Libanon zunichte machen könnte.

Heute ist die politische und konfessionelle Landkarte des Libanon jedoch eine andere als noch in den 1970er Jahren. Viele ChristInnen im Land scheinen keinerlei Anstoß an dem verstärkten Zuzug von PalästinenserInnen aus Syrien zu nehmen. Gleichwohl zielt die fast schon rassistische Propaganda der Partei «Freie Patriotische Bewegung» in Bezug auf Flüchtlinge aus Syrien auf die Schürung von Ressentiments unter ihrer vorwiegend christlichen Anhängerschaft, die grundlegenden demografischen Veränderungen im Libanon eher skeptisch gegenübersteht. Mit dem Ende des Bürgerkriegs durch die Unterzeichnung des Abkommens von Taif im Jahr 1989 verloren die ChristInnen im Libanon massiv an Macht. Zahlreiche christliche politische Führer wurden ins Exil verbannt oder ins Gefängnis gesteckt. Ungefähr zur gleichen Zeit erstrahlte der Stern des schiitischen Widerstands im Südlibanon unter der Führung der dem Iran nahestehenden Hisbollah. Durch diese Entwicklungen wurde der traditionelle libanesische Konflikt – rechts gegen links bzw. Christen gegen Muslime – verdrängt und durch einen neuen Konflikt, nämlich dem zwischen Sunniten und Schiiten ersetzt. Nach der Ermordung von Rafiq al-Hariri, sunnitische Führer und Ministerpräsident des Landes, im Jahr 2005 nahm dieser neue Konflikt konkrete Züge an. Die Spannungen zwischen der sunnitischen und schiitischen Bevölkerung im Libanon und anderen Ländern des Nahen Ostens nahmen deutlich zu, noch befördert durch den saudisch-iranischen Konflikt mit seinen vielfältigen regionalen Verflechtungen.

Die heutige politische Situation ist kompliziert und hat keine eindeutige geografische Dimension im Sinne einer klaren Nord-Süd- oder Ost-West-Teilung. Die damaligen Trennungslinien des Bürgerkriegs zwischen MuslimInnen und ChristInnen verlaufen heute vornehmlich zwischen SunnitInnen und SchiitInnen. Manchmal liegen zwischen den bewaffneten Kämpfern ihrer Milizen nur einzelne Straßenzüge, zugleich erstreckt sich der Konflikt auf das gesamte politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Leben des Libanon. Nach mehreren Unruhen zwischen radikalen sunnitischen und schiitischen Kräften steht der Libanon heute erneut kurz vor einem Bürgerkrieg. Der Konflikt zwischen rechten und linken Ideologien ist dabei in den Hintergrund getreten und überlagert worden von konfessionellen Streitigkeiten und «Glaubenskriegen» zwi-

⁵⁶ Vorwiegend von libanesischen ChristInnen unterstützte Partei unter der Führung von Michel Aoun. Dieser war ab 1981 Oberkommandierender der libanesischen Armee und eine führende Figur im libanesischen Bürgerkrieg. Er bezog klare Positionen – bis hin zum bewaffneten Kampf – gegen die damalige Besatzungsmacht Syrien.

schen Sunniten und Schiiten, zwischen den Symbolen Aischa und Zainab. In diesem Zusammenhang haben auch die nationalen Staatsgrenzen in gewisser Weise an Bedeutung verloren, da der Konflikt die gesamte Region erfasst hat und in verschiedenen Konstellationen und Stellvertreterkriegen ausgefochten wird.

Der Zuzug einer großen Zahl von syrischen und palästinensischen Flüchtlingen ist daher nicht Ursache des im Libanon vorherrschenden Konflikts, sondern nur ein weiterer Faktor, der diesen zusätzlich anheizt. So werden die palästinensischen Flüchtlinge zum Teil unfreiwillig in den Konflikt hineingezogen und sind eher Opfer und nicht mehr länger Teil einer Bewegung mit klaren Zielen und strategischen Akteuren, wie dies in vergangenen Zeiten der Fall war. Die palästinensischen Flüchtlingslager und die Sammelunterkünfte der syrischen Flüchtlinge fallen außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des libanesischen Staates. Hier tummeln sich nun eine Reihe von Strömungen und Organisationen, die zum Teil direkt in den Syrien-Konflikt involviert sind und ihren Einfluss auf die BewohnerInnen geltend machen. Nicht nur die schiitische Hisbollah, sondern auch die sunnitische Mustaqbal-Bewegung versuchen die Flüchtlinge auf ihre Seite zu ziehen und für ihre Sache zu mobilisieren. Dies nimmt unterschiedliche Formen an: eine verstärkte visuelle Präsenz (Poster und politische Slogans) in den Lagern, die selektive Bereitstellung von Lebensmitteln und Hilfsgütern (unter parteipolitischen Vorzeichen), die gezielte Eröffnung von Parteibüros oder anderen Einrichtungen in den Lagern.

Von einer Sicherheitsperspektive aus betrachtet, begünstigen die prekäre Lage der palästinensischen Flüchtlingslager sowie die große Zahl von Menschen, die dort unter zum Teil katastrophalen Bedingungen leben, solche Mobilisierungen und somit die Aufrechterhaltung und Dynamisierung des Konflikts. Es werden vor allem junge Menschen von Milizen rekrutiert, aber in den Flüchtlingslagern leben auch viele erfahrene und gut ausgebildete Kämpfer, die ideologisch relativ leicht zu mobilisieren sind. Die Flüchtlingslager sind dementsprechend «natürliche» Brutstätten bzw. Tummelplätze für verschiedene ideologische und politische Kräfte, mit ihren spezifischen Interessen im Libanon und in der Region. Aber auch für die zahlreichen staatlichen Sicherheits- und Nachrichtendienste sind sie interessant. Dementsprechend konkurrieren sehr viele Akteure darum, über verschiedene Maßnahmen und Instrumente (Sicherheitskontrollen, humanitäre und wirtschaftliche Hilfe etc.) Zugriff auf die Flüchtlinge in den Lagern zu bekommen und sie für ihre Zwecke auszunutzen.

Daraus lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass die längerfristigen Implikationen der Massenflucht aus

Syrien in den Libanon nur vor dem Hintergrund des übergreifenden sunnitisch-schiitischen Konflikts in der Region zu verstehen sind. Für die schiitische Hisbollah bedeutet die große Zahl von Flüchtlingen im Libanon eine demografische Verschiebung zugunsten der SunnitInnen. Von daher ist es von besonderem Interesse zu beobachten, wie sich die Situation in den Flüchtlingslagern im Süden des Landes, wo eine überwiegend schiitisch libanesisches Bevölkerung zu Hause ist, entwickeln wird. Ein besonderes Augenmerk verdienen auch die Flüchtlingslager in den Städten, wo sie oftmals entlang der sunnitisch-schiitischen Demarkationslinien angesiedelt sind.

Auch wenn die Befürchtung vor einer demografischen Verschiebung von der Hisbollah nicht öffentlich formuliert wird und nicht ihrer offiziellen Position entspricht, bleibt Vorsicht geboten. Die Situation der Flüchtlingslager, und besonders der palästinensischen, ist äußerst prekär, und das in mehrfacher Hinsicht. Die Hisbollah und die Amal-Bewegung üben über sie eine verstärkte Kontrolle aus, entweder auf direktem Wege oder vermittelt über die Hilfe ihrer syrischen und palästinensischen Verbündeten. Oft beklagen sich die Neuankömmlinge in den Lagern über die Kontrollen und intensiven Befragungen zu ihrer politischen Haltung bezüglich des Syrien-Konflikts. Und dies zu Recht: Im Libanon ist es schon des Öfteren zu Übergriffen auf Personen gekommen, die sich gegenüber dem Assad-Regime kritisch geäußert hatten.

Unter den libanesischen ChristInnen herrschen zum Teil ähnliche Ängste vor. Auch sie fürchten eine umfassende demografische Veränderung, da sie damit ihren Einfluss und ihre Existenz gefährdet sehen. Deswegen schwingen sich die Freie Patriotische Bewegung oder die Partei der libanesischen Brigaden zu Hütern der Christen und ihrer Interessen auf und grenzen sich in mehr oder minder rassistischer Manier von den Flüchtlingen aus dem Nachbarland ab. Mithilfe dieser Propaganda wird auch ein innerchristlicher Machtkampf ausgetragen.

Die aus Syrien flüchtenden Menschen jedoch verfügen nicht über die Mittel, um sich gegen diese Formen der Instrumentalisierung wirksam zur Wehr setzen zu können. Es fehlt ihnen an Bürgerrechten und an grundlegenden materiellen Ressourcen. Die größte Gefahr, die mit der hohen Zahl von Flüchtlingen im Libanon verbunden ist, ist die einer humanitären Katastrophe. Viele von ihnen müssen unter erbärmlichen Bedingungen leben und leiden bittere Not. Dass hierauf zum Teil mit Rassismus und dem Schüren von Ressentiments reagiert wird, spricht nicht gerade für die demokratische Kultur im Libanon, dessen Gesellschaft entlang so vieler Konfliktlinien gespalten ist.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ALF	Arab Liberation Front/Arabische Befreiungsfront	PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine/Volksfront für die Befreiung Palästinas
DFLP	Democratic Front for the Liberation of Palestine/Demokratische Front zur Befreiung Palästinas	PFLP-GC	Popular Front for the Liberation of Palestine – General Command/Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando
ESCWA	United Nations Economic and Social Commission for Western Asia/Regionalkommission Westasien des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen	PLF	Palestine Liberation Front/Palästinensische Befreiungsfront
FIDA	Palestinian Democratic Union/Demokratische Union Palästinas	PLO	Palestine Liberation Organization/Palästinensische Befreiungsorganisation
FSA	Free Syrian Army/Freie Syrische Armee	PPP	Palestinian People's Party/Palästinensische Volkspartei
ICRC	International Committee of the Red Cross/Internationales Komitee vom Roten Kreuz	PPSF	Palestinian Popular Struggle Front/Palästinensische Volkskampffront
NCB	National Coordination Body for Democratic Change/Nationales Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees/Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen
NRO/NGO	Nichtregierungsorganisation/Nongovernmental Organisation	UNICEF	United Nations Children's Emergency Fund/Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
PA	Palestinian National Authority/Palästinensische Autonomiebehörde	UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East/Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten
PAF	Palestinian Arab Front/Palästinensisch-Arabische Front		

